Die deutsche Volkswirtschaft bei Ausbruch des Weltkrieges

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde
der Hohen Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexanders-Universität
Erlangen

Vorgelegt von
Guido von Maffei
Freiham bei München

31:51

Die deutsche Volkswirtschaft bei Ausbruch des Weltkrieges

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde
der Hohen Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexanders-Universität
Erlangen

Vorgelegt von

Guido von Maffei

Freiham bei München

Tag der mündlichen Prüfung: 15. März 1930

Referent: Privatdozent Dr. Dr. Ernst Meier

Dekan: Prof. Dr. Georg Lippold

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Druck der Graph. Kunstanstalt Jos. C. Huber, Diessen vor München.

Inhaltsverzeichnis.

Inhaltsverzeichnis 3

Einleitung 5

I. Teil: Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung vor dem Kriege 8

I. Kapitel: Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft vor Kriegsausbruch 8

II. Kapitel: Deutschlands wirtschaftliche Kriegsbereitschaft . . . 13

1. Planmäßige Hebung der wirtschaftlichen Liquidität seit 1909 13

2. Wirtschaftliche Kriegsvorsorge auf dem Gebiete des Ernährungswesens 17

3. Die Vorbereitung der Eisenbahn für den Krieg 19

II. Teil: Die Erschütterungen der deutschen Volkswirtschaft bei Ausbruch des Weltkrieges 23

I. Kapitel: Wirkung auf die Börse 24

II. Kapitel: Wirkung auf den Geldmarkt und Kreditverkehr . . 27

1. Panik der kleinen Sparer 28

2. Beanspruchung der Reichsbank und der sonstigen Kreditstellen. Wirkung auf Diskont und Wechselkurs 29

III. Kapitel: Wirkung auf die Produktion 35

1. Allgemeine Lage 35

2. Kohlenförderung und Eisenerzeugung 36

3. Textilindustrie 40

4. Chemische Industrie 43

5. Baugewerbe 45

IV. Kapitel: Wirkung auf den Verkehr 47

V. Kapitel: Wirkung auf den Arbeitsmarkt 51

VI. Kapitel: Wirkung auf die Konsumtion 57

1. Preistreibereien und Steigen der Warenpreise durch die Angstkäufe der Verbraucher 57

2. Planlose Deckung des Heeresbedarfs 59

III. Teil: Öffentliche Maßnahmen zur Behebung der krisenhaften Erscheinungen 62

I. Kapitel: Organisation des Kriegskredits 62

1. Änderung des Bankgesetzes, Festigung der Stellung der Reichsbank und Deckung des Kreditbedarfes des Reiches 62

2. Errichtung von Darlehenskassen 65

3. Einrichtung von Kriegskreditbanken für den Mittelstand . . 67

II. Kapitel: Regelung des Zahlungsverkehrs und Erlaß von Schutzbestimmungen zu Gunsten des Schuldners 70

III. Kapitel: Verordnung von Höchst- und Richtpreisen 72
IV. Kapitel: Die Nahrungsmittelbewirtschaftung 76
V. Kapitel: Gründung von Zentralorganisationen und Reichsstellen zur Deckung des Bedarfs der Wehrmacht und der Zivilbevölkerung 81
VI. Kapitel: Regelung des Arbeitsmarktes 84
1. Zentralisierung des Arbeitsmarktes 84
2. Fürsorgemaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt 85
3. Einführung von Arbeitslosenunterstützung und Kriegswohlfahrtspflege 87
IV. Teil: Maßnahmen der Privatwirtschaft zur Behebung der krisenhaften Erscheinungen 90
I. Kapitel: Anpassung der Produktion an die Kriegsverhältnisse 90
1. Anpassung der Landwirtschaft 90
2. Anpassung der Industrie 95
a) Umstellung der Betriebe auf den Kriegsbedarf 95
b) Gründung von Kriegsgesellschaften 97
c) Organisierung der Rohstoffversorgung und Bereitstellung von Ersatzstoffen 98
Anhang:
Deutschlands Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt im Jahre 1913 103
Einnahmen der Eisenbahnen 103
Preistabellen für Fleisch und Getreide 104, 105
Preistabellen für landwirtschaftliche Produkte und Metalle 105, 106
Lebenslauf 107
Literaturverzeichnis 108

Einleitung.

„In entscheidender Stunde zeigen sich die Reserven des Wirtschaftskörpers einer Nation. Durch Jahre hindurch aufgespeichert und sorgsam behütet, werden sie das Sammelbecken, aus dem die ökonomische Kraft zu schöpfen vermag.“ [1])

Die Zustände, die in den Staaten bei einer akuten Kriegsgefahr eintreten, bieten in den Tagen kurz vor der Kriegserklärung und in den folgenden Wochen meist das Bild einer zum Teil mit wilder Panik verbundenen wirtschaftlichen Krisis.[2]) Das ursächliche Moment jeder Krise, das ins Wankengeraten des Kreditgebäudes, die Kreditkrise, wirkt sich hier heftig aus und zieht nach und nach die ganze Volkswirtschaft in den Bereich des gefährlichen Strudels. Es folgt eine Zahlungs-, Börsen-, Produktions-, Absatz- und Arbeitskrisis. Aber was eine durch den Kriegsausbruch hervorgerufene Erschütterung des Wirtschaftslebens besonders gefährlich macht, sind die zum Teil panikartigen Erscheinungen in den Tagen vor und nach der Kriegserklärung. Gar viele suchen angesichts der Katastrophe, die sie vor sich zu sehen glauben, ihr Hab und Gut an sich zu ziehen, ihre Waren und Wertpapiere, Rohstoffe und Fabrikate, Wechsel usw. flüssig zu machen;[3]) Außenstände werden eingezogen, Depositen, Einlagen und Giroguthaben zurückgefordert, auf die Gefahr hin, daß durch die zu starke Voranstellung der rein privatwirtschaftlichen Interessen die allgemeine Überstürzung ungemein vergrößert wird. Nicht daß daran nur die wirtschaftlich primär interessierten Kreise des Volkes, wie Produzenten, Händler usw. teilnehmen, sondern auch die breiten Massen der Konsumenten und kleinen Sparer, die entweder durch Angstkäufe oder durch Runs auf die Geldinstitute das einsetzende Durcheinander noch gewaltig steigern.

---

[1]) H. Pesch: Krieg und Wirtschaftsleben, Deutschlands finanzielle Leistungsfähigkeit, S. 1.

[2]) E. Pfülf: Die Panik im Kriege, München 1908, S. 2 ff.

[3]) J. Riesser: Finanzielle Kriegsbereitschaft und Kriegsführung, Jena 1913, S. 1.

Die Kreditwirtschaft droht wieder in die überwundene Barwirtschaft überzugehen, da das Vertrauen, die Grundlage aller papierenen Bezahlungssurrogate wie Banknoten, Schecks, Wechsel, ins Wanken kommt, und jeder in fieberhafter Hast durch sinnlose Verkäufe von Waren, Rohstoffen und Wertpapieren sich Metallgeld als Zahlungsmittel zu verschaffen sucht, das auch für die Reservebildung am besten geeignet erscheint; indem es so seiner wichtigsten und grundlegenden Funktion als Zahlungsmittel entzogen wird, wird eine große Gefahr heraufbeschworen.

Bald stockt der Zahlungsverkehr und damit der Geschäftsverkehr: Der Absatz im Inland, der Export nach auswärts ist gelähmt, weil im In- und Ausland nur das Notwendigste bestellt wird und Luxusausgaben ganz ausfallen. Damit aber und mit der Einberufung der Arbeitskräfte zur Wehrmacht geht die Produktion zurück, soweit sie nicht mit Kriegslieferungen beschäftigt ist. So ergeben sich schwere Störungen, die sich naturgemäß zuerst auf den feinfühligsten Apparaten des Wirtschaftslebens, auf den Geld- und Kapitalmärkten äußern.[4])

Die Vorstellung von Mangel, wie sie mit dem Begriff „Krieg" ausgelöst wird, führt in kurzer Zeit zur Konsumtionskrise, indem in den ersten Kriegstagen die Märkte von den wichtigsten Waren entblößt sind. Der Mangel wird noch verschärft durch die einsetzende Zurückhaltung der Händler und Produzenten und durch die Verkehrs- und Produktionskrise. Letztere ist auf die plötzliche Schwierigkeit der Rohstoff- und Kapitalbeschaffung, auf die Unsicherheit der Marktbildung und der Absatzverhältnisse und nicht zuletzt auf den Entzug der besten Arbeitskräfte durch Einberufung zum Wehrdienst zurückzuführen.[5]) Die Produktionskrise hat sofort eine Arbeitskrise zur Folge, die zwar durch die Aufsaugung der Arbeitsmassen durch die Wehrmacht gemildert wird. Die Produktions- und Arbeitskrise wird natürlich in ihrem Ausmaß ungünstig beeinflußt durch das Aufhören des Luxuskonsums und durch die auftretende übertriebene Sparsamkeit auf allen Gebieten, die nicht der lebensnotwendigen Bedürfnisbefriedigung dienen.

Der Krieg ist ein direkter Zerstörer von Gütern, aber indirekt ist seine destruktive Auswirkung oft noch schlimmer durch Unterbrechung von unzähligen Beziehungen, so z. B. zwischen den einzelnen Staaten, zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Produzenten und Kapitalisten, zwischen Konsumenten und Produ-

[4]) G.-Briefs: Art. „Kriegswirtschaftslehre u. Kriegswirtschaftspolitik", (Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 5. Bd., Jena 1923) S. 988, 997.

[5]) E. Gothein: Krieg und Wirtschaft, Festrede an der Universität Heidelberg am 21. 11. 1914, Heidelberg 1914, S. 73.

zenten usw... Der wirtschaftliche Verlust, der dadurch herbeigeführt wird, ist unter Umständen schwerwiegender als die unmittelbare Materialvernichtung durch die eigentlichen Kriegshandlungen.

Diese schwere Zeit, in welcher der Pulsschlag des ganzen wirtschaftlichen Lebens stockt und sein Blutumlauf gestört ist, wird zu Gunsten der finanziellen Kriegsbereitschaft in erster Linie erleichtert durch ein liquides Zentralnoteninstitut, zusammen mit den sonstigen Staatsnotenbanken und Privatbanken. Was insbesondere die Zentralnotenbank betrifft, so muß sie vor allem liquid, d. h. im Stande sein, dem geschilderten ungeheuren Ansturm der um ihr Guthaben bangenden Menge in der Mobilmachungszeit mit Ruhe und ohne Zögern die Stirne zu zeigen. Sie muß also namentlich den Real- und Angstbedarf dieser Zeit befriedigen können, der sich zwar auch in großem Umfange bei den Kreditbanken, Sparkassen und sonstigen privaten und öffentlichen Kreditinstituten geltend macht, sich aber in erster Linie bei ihr anmeldet oder doch in weitem Umfange auf sie abgewälzt wird. In einer modernen arbeitsteiligen und auf Kredit aufgebauten Volkswirtschaft nimmt naturgemäß diese momentane Erschütterung der Wirtschaft ein viel stärkeres Ausmaß an, als in Staaten mit weniger fein organisierten Wirtschaftsapparaten oder gar bei primitiven Völkern, die noch auf der Stufe der Haus- und Naturalwirtschaft stehen.

Die Reaktion des Krieges auf das Wirtschaftsleben, dieser Schlag, den der erste Kriegsstoß auf den Kapital- und Kreditmärkten hervorruft, pflanzt sich in der Folge auf alle Gebiete der Wirtschaft fort, die nach dem bekannten Wort Plenge's: [6]) „Krieg erzeugt Wirtschaft", das für den neuzeitlichen Krieg eine unumschränkte Geltungskraft besitzt,[7]) einer mehr oder weniger großen Umwandlung unterzogen werden.

Untrennbar hängt von dem Bestand an Zahlungsmitteln die Gestaltung der Kreditversorgung auf dem Geldmarkt zusammen. Der jeweilige Zahlungsmittelumlauf wird bestimmt durch die Kreditpolitik der Zentralnotenbank, die mit Hilfe des Diskontes die Umlaufsmenge an Zahlungsmitteln reguliert.[8]). Da der Ausgangspunkt der volkswirtschaftlichen Desorganisation in der Erschütterung des kurzfristigen Kredites zu suchen ist und die krisen- und panikartigen Erscheinungen bei Ausbruch eines Krieges ohne Gefährdung der Kreditorganisation kaum ein gefährliches

[6]) J. Plenge: Der Krieg und die Volkswirtschaft, Münster 1915, S. 11.

[7]) E. Meier: Art. „Kriegswirtschaft" (Handwörterbuch des Kaufmanns, Lexikon für Handel und Industrie, 3. Bd. Berlin 1927), S. 514.

[8]) E. Gothein: a. a. O., S. 84 f.

Ausmaß annehmen könnten, so hat es eine vorbeugende kluge Kreditpolitik des zentralen Noteninstitutes in der Hand, die plötzliche Erschütterung der Volkswirtschaft abzuschwächen und ihre Spuren möglichst schnell zu verwischen.

Die Aufgabe vorliegender Arbeit soll es nun sein, diese panikartigen und krisenhaften Erscheinungen an Hand des Beispiels zu schildern und zu beobachten, das die deutsche Volkswirtschaft bei Ausbruch des Weltkrieges in den letzten Julitagen und im Monat August des Jahres 1914 geboten hat. Neben der Darstellung dieser Ereignisse sollen auch die Maßnahmen gezeigt werden, die in Deutschland von der Regierung und den Privaten zur Behebung der schlimmsten Mängel und zur möglichst reibungslosen Überführung von der Friedens- zur Kriegswirtschaft ergriffen wurden.

I. Teil.

Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung vor dem Kriege.

I. Kapitel.

Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft vor Kriegsausbruch.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts hat sich in Europa eine bemerkenswerte Differenzierung der nationalen Volkswirtschaften vollzogen. Der Industrialisierungsprozeß beseitigte in vielen Staaten das Übergewicht der Landwirtschaft, sodaß aus einem Agrarstaat ein überwiegender Industriestaat entstand. Diese Strukturwandlung hat die Bedeutung der internationalen Handelsbewegungen infolge der zunehmenden Arbeitsteilung in das richtige Licht gerückt. Die Abhängigkeit der Industrieländer von Rohstoff und Nahrungsmittel liefernden Ländern einerseits und das Kapitalbedürfnis der jungen, noch nicht aufgeschlossenen Agrarstaaten andererseits haben die weltwirtschaftliche Verflechtung um vieles gesteigert und den Weltmarkt in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Geschehens gestellt.

Wie im Folgenden zu ersehen ist, hat sich Deutschland zu einer hervorragenden Stelle unter den einzelnen Ländern emporgearbeitet, gehörte es doch zu denjenigen Staaten, die viel später als England und Frankreich in das Stadium der industriell-kapitalistischen Entwicklung eingetreten sind.

Deutschland nahm 1913 nach der Höhe des Außenhandels unter den Ländern der Erde den zweiten Platz ein.

Gesamtaußenhandel 1913.[9])

	in Mill. Mark	in % des Welthandels
England	28 632	16,2
Deutschland	22 546	12,6
Frankreich	12 394 [10])	7,4
U. S. A.	17 971	9,6
Belgien	10 948	6,5
Rußland	6 251 [10])	3,7

[9]) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1915, S. 64* f.
[10]) ebenda, (1924/25) S. 73*.

Deutschlands Anteil an der Gesamtausfuhr und -einfuhr folgender Länder im Jahre 1913 stellte sich folgendermaßen:[11])

I. Deutschland als Käufer.[12])

Es nahmen v. d. Gesamtausfuhr	in Milliarden Mark. Deutschland	England	Frankreich	Rußland	Belgien	Verein. Staat.
Englands	10,0	—	6,3	3,7	3,3	11,0
Frankreichs	13,1	19,6	—	0,9	16,4	6,2
Rußlands	30,9	21,6	5,6	—	3,7	0,9
Belgiens	26,0	16,0	19,0	2,0	—	3,7
d. U. S. A.	11,7	20,0	5,1	1,0	2,3	—

II. Deutschland als Verkäufer.

Es lieferten v. d. Gesamteinfuhr						
Englands	9,9	—	6,1	5,5	3,2	18,0
Frankreichs	12,2	12,4	—	5,5	6,8	10,3
Rußlands	40,8	12,9	5,0	—	0,6	8,5
Belgiens	15,0	10,0	13,0	3,8	—	9,0
d. U. S. A.	15,0	16,4	7,6	1,5	2,4	—

Der Industriealisierungsprozeß jedoch hat Deutschland in dreifache Abhängigkeit vom Weltmarkte gebracht. Einmal mußten in zunehmendem Maße Rohstoffe für die Industrie vom Ausland beschafft werden (Baumwolle, Eisen, Erz, Kupfer, Kautschuk und Mineralöle), dann wurde Deutschland, da für die rasch zunehmende Industriebevölkerung die inländische landwirtschaftliche Erzeugung zu knapp war, für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus einem Exportland in steigendem Maße ein Importland, das andererseits für fertige Erzeugnisse auf ausländischen Märkten wiederum Absatz suchen mußte.[13])

Die Art der Verflechtung Deutschlands mit dem Weltmarkt ist aus folgender Tabelle ersichtlich.[14])

	Deutschlands Einfuhr in Millionen Mark 1913	Deutschlands Ausfuhr
I. Rohstoffe für Industriezwecke einschl. halbfertiger Waren	6242,3 = 58,0%	2657,4 = 26,3%
II. Fertigwaren	1478,8 = 13,7%	6395,8 = 63,3%
III. Nahrungs- und Genußmittel	2759,5 = 25,6%	1035,9 = 10,2%
IV. Vieh	289,7 = 2,7%	7,4 = 0,1%

Aus diesen Ziffern ist der überwiegende Industriestaatscharakter und die starke Abhängigkeit vom Weltmarkt ohne weiteres zu entnehmen. Trotz großen landwirtschaftlichen Fort-

[11]) A. Dix: Deutschland im Wirtschaftsleben seiner Gegner, Berlin 1915, S. 73.

[12]) Vergl. Anhang Tab. I.

[13]) A. Dix: a. a. O., S. 74 ff.

[14]) B. Harms: Deutschlands Anteil am Welthandel und Weltschiffahrt, Berlin 1916, S. 93 und 109 f.

schrittes konnte die eigene Produktion von der Einfuhr wichtiger Nahrungsmittel vor dem Kriege nicht unabhängig gemacht werden, was auf die Zunahme der heimischen Konsumkraft zurückzuführen ist, die sich durch die Volksvermehrung von 1873 bis 1913 um 60% und durch die Hebung des allgemeinen Wohlstandes, nicht zuletzt infolge Änderung der Ernährungsart, in einer Steigerung des Fleischverbrauchs von 1897 bis 1912 von 40 kg auf 54 kg pro Kopf jährlich ausdrückte.[15])

Wie die Landwirtschaft bestrebt war, durch Intensivierung möglichst viel dem Boden abzuringen und so den wachsenden Mehrbedarf der Bevölkerung auszugleichen, wird durch folgende Tabelle bewiesen:[16])

Ernte pro Hektar:	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
		in Doppelzentner		
Deutschland 1881/90	14,8	11,7	15,4	13,8
1901/10	19,6	16,3	19,0	18,3
Zunahme:	4,8	4,6	3,6	4,5
	32%	39%	23%	33%

Gleichzeitig wurde auch die Anbaufläche der wichtigsten Kulturen vergrößert, die von 1878 bis 1913 zusehends stieg:[17])

Anbaufläche	1878	1913
	in 1000 ha	
für Getreide	13 549	14 971
„ Kartoffeln	2 760	3 475
„ Futterrüben	329	639
„ Zuckerrüben	176	555

Trotz dieser Ertragssteigerung des Bodens war es notwendig, ausländische Zufuhren, hauptsächlich für die deutsche Viehhaltung, in Anspruch zu nehmen. Es betrug die Mehreinfuhr tierischer Nahrungsmittel in Millionen Mark:[18])

	Eier, Eiweiß, Eigelb	milchwirtschaftliche Erzeugnisse	Schlachttiere und Fische
1901	120	50	75
1903	130	55	70
1906	150	105	100
1909	160	150	95
1912	185	200	120

Mit der Wandlung Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat mußte die Bedeutung des ausländischen Marktes gegen früher um vieles steigen, die Frage der Erwerbung auswärtiger

---

[15]) G. Cassel: Deutschlands wirtschaftliche Widerstandskraft, Berlin 1916, S. 106 f.

[16]) E. Günther: Die wirtschaftlichen Hilfskräfte Deutschlands und seiner Hauptgegner, Essen 1915, S. 30 f.

[17]) Fr. Aereboe: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland, Berlin 1927, S. 20.

[18]) ebenda, S. 24.

Kapitalinteressen mußte für Deutschland eine zunehmende Bedeutung gewinnen. Der Kapitalexport, der für hochentwickelte Industriestaaten charakteristisch ist, trat somit in den Dienst der Absatzorganisation und half zugleich auch die Rohstoffquellen sichern. Das Wort Riessers:[19]) „Internationale Geschäftsbeziehungen und internationale Emissionen dürfen immer nur Mittel zur Erreichung nationaler Ziele sein und müssen sich in den Dienst nationaler Arbeit stellen", kennzeichnet treffend die wichtige Bedeutung der Auslandsanlagen, die meistens zur Ergänzung der heimischen Industrie notwendig sind, besonders da, wo in einem Produktionszweige des Auslands bereits größere Leistungsfähigkeit als im Inland erreicht ist.[20])

Über die Höhe der deutschen Kapitalanlagen im Ausland liegen allerdings nur sehr schwankende Schätzungen vor, da diese Art von Kapitalbewegungen sich nicht statistisch erfassen lassen.[21]) Das Reichsmarineamt schätzte 1904 allein das im überseeischen Auslande arbeitende Kapital auf 9 Milliarden Mark,[22]) während Steinmann-Bucher und Zizek das im Ausland angelegte deutsche Kapital auf etwa 30 Milliarden Mark werteten.[23]) Der Jahresdurchschnitt der deutschen Emissionen ausländischer Schuldtitel in den letzten 29 Jahren vor dem Kriege hatte rd. 400 Mill. Mark betragen.[24]) — Es liegt auf der Hand, daß große Auslandsanlagen, wie sie Deutschland vor dem Kriege besessen hat, die deutsche Volkswirtschaft mit der Weltwirtschaft eng verketteten und deshalb durch die Unterbrechung des Verhältnisses zwischen Schuldner und Gläubiger bei Kriegsausbruch eine empfindliche Rückwirkung auf das deutsche Wirtschaftsleben hervorrufen mußten.

Die vorausgegangenen Zahlen mögen einigermaßen klarlegen, wie Deutschland gleichzeitig mit dem industriellen Aufschwung ständig eine größere wirtschaftliche Rolle gespielt hat, bis es vor Ausbruch des Weltkrieges als eine Weltmacht gelten konnte.

Allerdings wird der wirtschaftlichen Machtstellung einer Nation, die in starker Abhängigkeit von Rohstofflager und Märkte des Auslands erkauft wurde, ein gewaltiger Schlag versetzt, wenn der Ausbruch eines Krieges eine Unterbrechung des internationalen Güterverkehrs nach sich zieht, die sich um so verhängnisvoller auswirkt, je weiter die Spezialisierung in einem Staate fortgeschritten ist.[25])

---

[19]) J. Riesser: Die deutschen Großbanken, Jena 1912, 4. Aufl., S. 319.

[20]) G. v. Schulze-Gaevernitz: Die deutsche Kreditbank (Grundriß der Sozialökonomik, V. Abt., 2. Teil) Tübingen 1915, S. 162.

[21]) P. Arndt: Neue Beiträge zur Frage der Kapitalsanlage im Ausland (Zeitschr. f. Sozialwissenschaft, VI. Jahrg., Heft V, 1915) S. 297 f.

[22]) J. Kähler: Betrachtungen über den deutschen Außenhandel, München 1913, S. 9 ff.

[23]) A. Steinmann-Bucher: 350 Milliarden deutsches Volksvermögen, Berlin 1909, S. 47.

[24]) P. Arndt: a. a. O., Heft VII, S. 448 und 451.

[25]) Harms: a. a. O., S. 76.

II. Kapitel.

Deutschlands wirtschaftliche Kriegsbereitschaft.

1. Planmäßige Hebung der wirtschaftlichen Liquidität seit 1909.

Die wirtschaftlichen Einwirkungen des Krieges auf Deutschland sind nur dann richtig zu erfassen und zu bewerten, wenn zuerst neben den Einflüssen der Marokkokrise und des Balkankriegs die Maßnahmen zur Vorbereitung einer wirtschaftlichen Rüstung in Betracht gezogen werden.

Eingehendere Erörterungen über die finanzielle Rüstung[26]) setzten besonders 1905 gelegentlich der ersten Marokkokrisis ein. Nachdem sich deutlich gezeigt hatte, daß der große industrielle Aufschwung, in dem sich Deutschland seit Mitte der neunziger Jahre fast ununterbrochen befunden hatte, mit einer starken Kreditanspannung verbunden gewesen war, kam die Reichsbank zu der Erkenntnis, daß das deutsche Geld- und Kreditwesen auf zu unsicherer Grundlage beruhte.[27]) Diesem Zustand zu begegnen, trat seit 1906 eine Reihe wichtiger bankpolitischer Gesetze und Maßnahmen in Kraft; sie setzten ein mit dem der Reichsbank durch Gesetz vom 20. 2. 1906 erteilten Rechte, Banknoten in Abschnitten von 50 ℳ und 20 ℳ auszugeben, um einen Teil des im Umlauf befindlichen Goldes durch diese sogen. kleinen Banknoten zu ersetzen. Auf diese Weise sollte der Goldbestand der Reichsbank erhöht werden. Dem gleichen Zwecke diente das Gesetz vom 5. 6. 1906, das bestimmte, daß von den Reichskassenscheinen, die bis dahin in Abschnitten von 50, 20 und 5 ℳ zur Ausgabe gelangten, die 50- und 20-ℳ-Scheine durch 10-ℳ-Scheine ersetzt werden sollten.

Ferner wurde eine Bankenquête veranstaltet; auf Grund ihrer Ergebnisse kam es zu einer Revision des Bankgesetzes. Die Bankgesetznovelle vom 1. 6. 1909 bestimmte, daß den Banknoten vom 1. 1. 1910 der Charakter eines gesetzlichen Zahlungsmittels verliehen wurde; diese Maßnahme wurde in einem notwendigen Goldzufluß zur Reichsbank begründet, in Wirklichkeit sollte sie im Kriegsfall bei Uneinlösbarkeit der Banknoten in Gold eine Beunruhigung der breiten Massen verhindern.[28]) Außerdem war die

[26]) Da unter wirtschaftlicher Mobilmachung nur diejenigen Maßnahmen verstanden werden, die darauf abzielen, die Wirtschaftskraft eines Landes auf den Kriegszustand umzustellen, ist diese Ausdrucksweise, die vielfach für die wirtschaftliche Vorbereitung im Frieden auf den Krieg gebraucht wird, aber unter dem Begriff wirtschaftliche Rüstungspolitik fällt, unzutreffend.

Vergl. hierzu Art. „Wirtschaftliche Mobilmachung", (Handwörterbuch des Kaufmanns, Lexikon für Handel und Industrie, 5. Bd., Berlin 1927) S. 1039 f.

[27]) L. Bendix: Krieg und Geldmarkt (Volkswirtschaftliche Zeitfragen, Heft 3, Berlin 1915), S. 7 ff.

[28]) A. G. M. Prenzlow: Beiträge zu einer volkswirtschaftlichen Wehrpolitik, Berlin 1913, S. 60 ff.

Reichsbank andauernd bestrebt, durch geeignete Politik, wie durch Verminderung des Umlaufs an Bargeld, durch Vermehrung des Goldbestandes der Reichsbank und durch Verbesserung der Liquidität der Banken eine größere Liquidität der deutschen Wirtschaft herbeizuführen.[29])

Die Reichsbank vermehrte die Zahl der Abrechnungsstellen von 21 im Jahre 1911 auf 24 im Jahre 1913. Im Juni 1910 eröffnete die Reichsbank zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs die Scheckaustauschstelle. Nach derselben Richtung der Ersparung von baren Umlaufsmitteln wirkte die Einführung des Postschecks im Jahre 1909.[30]) Ferner gewährte sie zinsfreie Vorschüsse auf Goldimporte und erhöhte ihren Bestand an Golddevisen.[31]) Zur Schonung des Goldvorrates wurden Ende 1911 die kleinen Noten in erheblich verstärktem Maße in den Verkehr gepreßt, wo sie den Goldumlauf ersetzten, sodaß das Gold sich bei der Reichsbank ansammeln konnte.[32]) Auf diese Weise gelang es, mehrere Hundert Mill. Mark Verkehrsgold an sich zu ziehen. Der Erfolg dieser Politik zeigte sich deutlich im durchschnittlichen Goldvorrat der Reichsbank.[33])

	in Millionen Mark
im Jahre 1908	785
1909	795
1910	778
1911	828
1912	880
1913	1068
1914 (bis 15. 6.)	1344 [34])

Ferner mußte zum Vorteil der deutschen Wirtschaft noch eine größere Liquidität der deutschen Großbanken erreicht werden, die bereits 1911 mit dem Zwang der Veröffentlichung der Zweimonatsbilanzen eingesetzt hatte.[35]) Der Druck der Reichsbank auf die Großbanken zur Verbesserung der Liquidität pflanzte sich weiter auf alle Zweige von Handel, Industrie und Gewerbe.[36]) Vor allem hat die auf finanzielle Rüstung gerichtete Bankpolitik ihren Ausdruck in der Stellungnahme des Zentralnoteninstituts gegenüber den Effektenbanken gefunden, die sich im Verlauf der Jahre durch die Ausdehnung des Depositengeschäftes von der Reichsbank immer mehr unabhängig gemacht hatten. Es wurde für notwendig erachtet, diese Institute zu etwas größerer Zurück-

[29]) E. Loeb: Wirtschaftliche Vorgänge, Erfahrungen und Lehren im Europäischen Kriege, Jena 1918, S. 3 ff.
[30]) H. Moeller: Art. „Giroverkehr", (Handwörterbuch des Kaufmanns, 2. Bd., a. a. O.) S. 694.
[31]) Loeb: a. a. O., S. 4.
[32]) Prenzlow: a. a. O., S. 61.
[33]) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1914, S. 293.
[34]) Volkswirtschaftliche Chronik für das Jahr 1914, S. 530.
[35]) Loeb: a. a. O., S. 6 f.
[36]) Loeb: a. a. O., S. 13 f.

haltung in der Kreditgewährung zu bestimmen. In der Tat besserten sich infolge dieser bankpolitischen Maßnahmen die Kreditverhältnisse in Deutschland wesentlich. Es wurde das kurzfristig von fremden Ländern, namentlich von Frankreich, entliehene Geld zurückbezahlt und überhaupt ein günstigeres Verhältnis zwischen verfügbaren Barmitteln und kurzfristigen Verbindlichkeiten geschaffen.[37]) Begünstigt wurde diese Entwicklung in den letzten Jahren vor dem Kriege noch durch den Rückgang der geschäftlichen Konjunktur in Deutschland, wodurch sich die Barbestände bei den Banken ohnehin erhöhten.

Der Grad der Liquidität der deutschen Wirtschaft seit dem Höhepunkt der letzten Konjunktur im Herbst 1912 bis zum Attentat von Serajewo spiegelt sich in der Höhe des Diskonts wieder: Der Reichsbankdiskont notierte am 30. Juni

1911	1912	1913	1914
4%	4½%	6%	4%

Wie sehr es der Reichsbank im Laufe der letzten Jahre vor dem Kriege gelungen war, den Goldbestand und die Liquidität zu verbessern, zeigt nachstehende Übersicht vom 30. Juni 1914 im Vergleich zu den früheren Jahren:

Aktiva (in 1000 ℳ)	1911	1912	1913	1914
Metallbestand	1 120 610	1 227 686	1 363 309	1 630 600
Davon Gold	803 857	887 971	1 080 967	1 306 354
Reichskassenscheine	55 814	36 570	13 973	49 859
Wechsel und Schecks	1 355 389	1 463 396	1 505 359	1 212 746
Lombardforderungen	73 976	116 937	127 901	71 632
Effekten	86 369	68 498	101 747	367 014
Sonstige Aktiva	216 540	143 663	191 085	218 211
Passiva				
Notenumlauf	1 964 723	2 087 651	2 316 765	2 406 580
Giroguthaben	678 747	690 272	696 396	858 296

Nach diesem Ausweis war der Notenumlauf der Reichsbank am 30. 6. 1914 mit 67,76% in Metall gedeckt gegen 58,85% am 30. 6. 1913 und 58,81% am 30. 6. 1912; die Noten und sonstigen Verbindlichkeiten mit fast 50% in Metall gegen 45,25% am 30. 6. 1913 und 45,83% am 30. 6. 1912.[38]) Eine Deckung in Metall von fast 70% des Notenumlaufes konnte nach den damaligen Anschauungen auch den höchsten Anforderungen an die Deckungsverhältnisse einer Notenbank gerecht werden. Desgleichen eine Halbdeckung der Gesamtverbindlichkeiten, Noten und Giroguthaben zusammen, zumal die Erfahrung gelehrt hatte, daß von den

[37]) Bendix: a. a. O., S. 8 f.

[38]) Bankarchiv (Zeitschrift für Bank- und Börsenwesen), Berlin, Juli 14., XIII. Jahrg., Nr. 19.

Giroguthaben noch nie die Hälfte ihres Höchstbestandes abgehoben worden war.

Neben dieser Vorkehrung für den Kriegsfall hatte das Deutsche Reich auch eine ganze Reihe von finanziellen Kriegsvorbereitungen getroffen. Der Ursprung dieser finanziellen Kriegsrüstung geht bis in das Jahr 1871 zurück, in dem aus der französischen Kriegsentschädigung in Höhe von 5 Milliarden Franken ein Betrag von 120 Millionen Mark abgezweigt wurde mit der ausdrücklichen und einzigen Zweckbestimmung, die Mobilmachungskosten im Kriegsfall zu decken. Der Betrag von 120 Millionen Mark wurde damals deshalb gewählt, weil sich die Mobilmachungskosten des Heeres des Norddeutschen Bundes einschließlich der an die süddeutschen Staaten gewährten Zuschüsse auf rd. 40 Millionen Thaler belaufen hatten. Der im Juliusturm von Spandau aufbewahrte Reichskriegsschatz blieb Jahrzehnte lang unverändert; seine Zweckmäßigkeit wurde im Reichstag wie auch in der Presse wiederholt in Zweifel gezogen und die Anlage eines Reichskriegsschatzes, sofern ein solcher überhaupt nötig erschien, in verzinslichen Wertpapieren empfohlen, um dadurch den durch das Brachliegen des Geldes hervorgerufenen Zinsverlust zu vermeiden. Als jedoch im Jahre 1913 angesichts der wiederholten Verstärkung der Wehrmacht in Frankreich und Rußland auch Deutschland zu einer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Reichsheeres schritt, wurde gleichzeitig neben dieser Verstärkung der militärischen Kriegsrüstung auch der finanziellen Kriegsbereitschaft gedacht. Durch das „Gesetz über Änderungen im Finanzwesen" vom 3. Juli 1913 wurde der Reichskanzler ermächtigt, bis zur Höhe von 120 Millionen Mark Reichskassenscheine auszugeben und den Erlös zur Beschaffung eines gleichen Betrages in gemünztem Gold dem Reichskriegsschatz zuzuführen. Ferner war durch dieses „Gesetz über Änderungen im Finanzwesen" bestimmt worden, daß ein Silberschatz von 120 Millionen Mark durch Ausgabe eines gleichen Betrages von Reichskassenscheinen anzulegen war. Dieser Silberschatz konnte neben der Verwendung zu Kriegszwecken auch in Friedenszeiten zur Verfügung der Reichsbank gestellt werden, sobald bei unruhiger Gestaltung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse ein außerordentlicher Bedarf eintreten würde.[39]) Bis Ende Juli 1914 konnten auf diese Weise 85 Millionen Mark in Gold und 11,8 Millionen Mark in Silber als Reserve angesammelt werden. Dieser Betrag von zusammen 96,8 Millionen Mark wurde zugleich mit dem Goldbestand des Reichskriegsschatzes in Höhe von 120 Millionen Mark unmittelbar nach Kriegsausbruch der Reichsbank zugeführt, wodurch deren Notenemissionsrecht um rund 650 Millionen Mark erhöht wurde.[40])

---

[39]) E. Meier: Art. „Reichskriegsschatz", (Handwörterbuch des Kaufmanns, 4. Band) S. 611.

[40]) E. Meier: Art. „Kriegswirtschaft", (Handwörterbuch des Kaufmanns, 3. Band) S. 524.

2. Wirtschaftliche Kriegsvorsorge auf dem Gebiete des Ernährungswesens.

Armee und Marine leben und arbeiten schon im Frieden für den Krieg. Der Krieg ist gewissermaßen Ziel und Fortsetzung ihrer Friedenstätigkeit. Dagegen bedeutet der Kriegszustand auf wirtschaftlichem Gebiet keine Fortsetzung der geregelten Friedensarbeit, sondern mehr oder weniger eine Erschütterung der ganzen Volkswirtschaft, die durch entsprechende Maßnahmen wirtschaftlicher Kriegsvorsorge erheblich gemildert werden kann.

Nachdem der Antrag Kanitz bezüglich Errichtung eines staatlichen Handelsmonopols für eingeführtes Auslandsgetreide abgelehnt war,[41]) gab der infolge der Einfuhrscheine stattgefundene starke Getreideexport Deutschlands weiteren Anlaß, im Jahre 1909 der deutschen Getreideversorgung für den Fall eines Krieges besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, besonders da Deutschland im Getreidebezug vom Ausland abhängig und zu gewissen Zeiten durch das System der Einfuhrscheine gänzlich von Getreide entblößt war; diese Tatsache machte sich besonders im Mai 1907 geltend, als der Getreidemangel dazu zwang, das Weißbrot mit einem Zusatz von Roggenmehl zu strecken.[42])

Die Zuspitzung der internationalen Lage im Sommer 1911 gab Veranlassung, das Problem des Ernährungswesens im Kriegsfall erneut aufzugreifen; zunächst wurde eine ständige Mobilmachungskommission eingesetzt, die versuchte, eine Vorratsstatistik durchzuführen. Zu diesem Zwecke wurden unter Berücksichtigung der Produktions- und Konsumschätzungen, wie der Einfuhr und Ausfuhr die vorrätigen Bestände ermittelt und monatlich fortgeschrieben.[43]) Da in Deutschland im Kriegsfall während der Monate Mai und Juni durch Unterbindung der Zufuhren vom Ausland die Gefahr bestand, daß eine Getreideknappheit eintreten würde, brachte Unterstaatssekretär Richter den Vorschlag ein, die um diese Zeit in der Regel in Rotterdam lagernden Getreidemengen aufzukaufen, der jedoch abgelehnt wurde.[44]) Erst am 18. 5. 1914 wurde wieder eingehender über die wirtschaftliche Kriegsbereitschaft beraten, mit dem Ergebnis, daß es notwendig sei, eine Brotgetreidereserve von 2 Millionen Tonnen zu schaffen, um Berlin und die Großindustriezentren während des Aufmarsches der Armee im Falle der Mobilmachung vor Ernährungsschwierigkeiten zu schützen. Ferner wurde auf die Kartoffeltrocknung zur Streckung des Roggenmehls hingewiesen und auf Grund der Viehbestände ange-

---

[41]) E. Meier: Art. „Kriegswirtschaft". (Handwörterbuch des Kaufmanns, 3. Bd., Berlin 1927), S. 517.

[42]) C. v. Delbrück: Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland, München 1924, S. 66 ff.

[43]) ebenda, S. 69 ff.

[44]) ebenda, S. 72.

nommen,[45]) daß die Fleischversorgung der Bevölkerung für ein ganzes Kriegsjahr sichergestellt sei.

Auch der große Generalstab brachte diesen Fragen wirtschaftlicher Kriegsvorsorge nicht wenig Interesse entgegen. Zur Sicherstellung der Verpflegung des deutschen Volkes im Mobilmachungsfalle wurde von verschiedenen Seiten tatkräftige Förderung der landwirtschaftlichen Produktion zur Umstellung verlangt. Im einzelnen zielten die Vorschläge darauf ab, einen Überblick zu gewinnen über die Menge der im Inlande lagernden landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie über alle zur Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe nötigen Produktionsmittel, wie Düngemittel, Saatgut und Futtermittel, um so die Art und den Grad der Abhängigkeit der deutschen Versorgung vom Ausland einwandfrei ermitteln zu können.[46]) Es ist überraschend, daß die mit diesem Zweig der Kriegsvorsorge zusammenhängenden Fragen vor Kriegsausbruch nicht genügend gewürdigt wurden, was einerseits auf die damals verbreitete Ansicht zurückzuführen ist, daß ein Krieg von mehrjähriger Dauer nicht möglich sei, andererseits herrschte die Besorgnis, durch Maßnahmen wirtschaftlicher Kriegsvorsorge Beunruhigung in der öffentlichen Meinung des In- und Auslandes zu verursachen.[47]) Vor allem wurde von Freiherrn v. Wangenheim aufs nachdrücklichste Magazine für Aufstapelung von Getreide empfohlen. Als jedoch Deutschland vom Weltkrieg überrascht wurde, fehlte jegliche Getreidereserve.[48]) Verschiedentlich[49]) wurde auch ein ständiger wirtschaftlicher Generalstab gefordert, der jedoch im Mai 1914 vom Reichsamt des Innern ausdrücklich abgelehnt wurde.[50])

Durch das System der Einfuhrscheine wurde die Ansammlung größerer Getreidevorräte zur Unmöglichkeit. Zum Glück brach der Krieg am 1. August aus, als noch die ganze Ernte im Lande war. Wäre der Krieg einige Monate später ausgebrochen, so hätte inzwischen infolge des zu Ausfuhrprämien ausgearteten Einfuhrscheinsystems bereits ein beträchtlicher Teil der deutschen Ernte den Weg ins Ausland angetreten. Wäre er aber einige Monate früher, etwa im April ausgebrochen, so wäre Deutschland in Ermangelung einer statistischen Aufnahme[51]) der Vorräte, die erst für den 1. 7. 1914 festgesetzt war, in sechs Wochen verhungert, da durch das Einfuhrscheinsystem jeder überschüssige Getreidevorrat in Deutschland automatisch vom Ausland aufgesogen wurde,

[45]) Delbrück a. a. O., S. 86 f.

[46]) A. Dix: Deutschlands wirtschaftliche Zukunft im Krieg und Frieden, (Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, Bd. 40, Jena 1910) S. 481.

[47]) Delbrück: a. a. O., S. 70.

[48]) Kriegsarchiv München (Mobilmachungsakte).

[49]) v. Dix und Possehl.

[50]) A. Dix: Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft, Berlin 1920, S. 165.

[51]) Gesetz über statistische Aufnahme der Vorräte vom 20. Mai 1914, RGBl. S. 129.

sodaß immer nur ein eben ausreichendes Minimum im Lande zur Verfügung stand. Selbst im Juli 1914 hat noch eine Ausfuhr von nahezu 1 Million Doppelzentner stattgefunden.[52])

Da Deutschland die wirtschaftliche Kriegsvorsorge zu wenig ausgearbeitet hat, war es bei Kriegsausbruch auf wirtschaftlichem Gebiet vielmehr auf Improvisationen angewiesen als auf dem Gebiete des Heerwesens.

3. Die Vorbereitung der Eisenbahn für den Krieg.

Mit besonderer Gründlichkeit wurde schon von der Zeit der Reichsgründung an die Vorbereitung des Eisenbahnwesens auf den Kriegsfall getroffen, sodaß die Vorsorge gerade auf diesem Gebiete wohl den vollkommensten und im Ernstfalle sich am besten bewährenden Teil der deutschen Rüstungspolitik in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht bildete.

Die rechtlichen Grundlagen für die militärische Benützung der Eisenbahnen im Krieg waren in der Reichsverfassung von 1871 [53]) geregelt: „Den Anforderungen der Behörden des Reiches in betreff der Benutzung der Eisenbahnen zum Zwecke der Verteidigung Deutschlands haben sämtliche Eisenbahnverwaltungen unweigerlich Folge zu leisten. Insbesondere ist das Militär und alles Kriegsmaterial zu gleichen, ermäßigten Sätzen zu befördern", und ferner durch das „Gesetz über Kriegsleistungen" vom 13. 6. 1873 (RGBl. S. 129). Als Ergänzung hierzu traten die Ausführungsverordnung des Kriegsleistungsgesetzes vom 13. 6. 73 am 1. 4. 1876 (RGBl. S. 137) und die auf Grund dieser Ausführungsverordnung erlassene Militärtransportordnung für Eisenbahnen am 18. 1. 1899 (RGBl. S. 108) in Kraft.

Darnach sicherte die Reichsverfassung der Heeresverwaltung bei den wichtigsten Fragen des Ausbaues und der Leistungsfähigkeit der Bahn dauernde Mitwirkung. Das Reich hatte ein Aufsichtsrecht über die Eisenbahnen und die Möglichkeit, in Rücksicht auf die Landesverteidigung Forderungen beim Bau wie beim Betrieb sowie bei der Ausrüstung der Bahnen zu stellen. Dem Reichseisenbahnamt, das die Innehaltung der den Eisenbahnen aus Gründen der Landesverteidigung aufzulegenden Verpflichtungen überwachte, oblag die Wahrung der militärischen Belange gegenüber den Eisenbahnverwaltungen.[54])

Die für die Entwicklung des deutschen Eisenbahnnetzes vom Standpunkte der Landesverteidigung seitens der Heeresverwaltung beim Bau neuer Bahnen gestellten Forderungen erstreckten sich hauptsächlich auf die Möglichkeit der Durchführung ganzer Mili-

[52]) F. Hoff: Am Abgrund vorüber. (Die Volksernährung im Kriege, Berlin 1919) S. 50 ff.

[53]) Art. 47.

[54]) Völcker: Der deutsche Eisenbahnverkehr und der Krieg (Krieg und Wirtschaft, 3. Heft, Tübingen 1915), S. 561 ff.

tärzüge in beiden Richtungen, auf selbständige Einführung in die Anschlußbahnhöfe, auf Herstellung von Rampen und Minenanlagen in Kunstbauten und auf besondere Anforderungen, soweit es sich um Bahnen im Bereich der Festungen handelte.[55]) Nach dem siegreichen Krieg von 1870/71 wurde aus Reichsmitteln in erheblichem Maße finanzielle Unterstützung für den strategischen Ausbau des Bahnnetzes gewährt. Dabei kam die durch den wirtschaftlichen Aufstieg bedingte Verkehrssteigerung auch den militärischen Interessen zugute; so entstanden zur Stärkung der Westgrenze, um den im Kriegsfall verstärkten Verkehr möglichst reibungslos zu gestalten, eine Reihe strategisch wichtiger Eisenbahnlinien.[56]) Von größter Bedeutung wurde für die Kriegsorganisation der deutschen Eisenbahnen die Verstaatlichung, die in den einzelnen Bundesstaaten zu verschiedenen Zeiten durchgeführt wurde, wobei für die Überleitung von Privat- in Staatsbesitz und -betrieb in den einen Bundesstaaten mehr, in den anderen weniger, neben wirtschaftlichen Motiven auch militärische Gesichtspunkte maßgebend waren. Preußen, das 1879 10033 km Privateisenbahnen und 9724 km Staatsbahn umfaßte, erweiterte bereits 1885 sein staatliches Eisenbahnnetz um 24624 km, während das der Privatbahnen nur mehr 1650 km erreichte, dank der Bestrebungen für die einheitliche Ausgestaltung des Eisenbahnwesens, die schon von Bismarck stark befürwortet wurde. Auch in den übrigen deutschen Staaten war der Verstaatlichungsprozeß um diese Zeit fast vollständig durchgeführt, mit Ausnahme von Bayern, wo die Pfalzbahn als die mächtigste Privateisenbahn Deutschlands bis 1907 bestehen blieb.[57]) Der strategische Ausbau erstreckte sich außerdem auf den Bau von Bahnlinien zur Gewinnung neuer Transportstraßen; zur Erhöhung der Leistung wurden zweigleisige Strecken durch vermehrte Zugfolgestationen, zweite Geleise oder weitere Ausweichstellen für ganze Militärzüge gebaut, Umgehungskurven um stark belastete Bahnhöfe, Strombrücken u. a. m. Vor allem im Osten wurde eine Vermehrung der Weichselbrücken und eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der ostpreußischen Bahnen in die Wege geleitet und unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges der Ausbau der schleswig-holsteinischen Bahnen durch die Schaffung von drei leistungsfähigen Linien erweitert.[58])

Die Frage der elektrischen Betriebsführung der Eisenbahn bildete ein viel umstrittenes Thema. Wenn auch viele Vorteile, wie Ersparnis von Brennstoff, Ausnutzung der Wasserkräfte, große Geschwindigkeit bei dichter Zugfolge u. a. m. für diese Betriebs-

---

[55]) Reichsarchiv: Der Weltkrieg 1914/18. Das deutsche Feldeisenbahnwesen, 1. Bd., Berlin 1928, S. 1.

[56]) A. Schneider: Das deutsche Feldeisenbahnwesen unter dem Einfluß des Weltkrieges, Dissertation Erlangen 1928, (noch im Druck).

[57]) Das deutsche Eisenbahnwesen der Gegenwart, herausgeg. vom Reichsverkehrsministerium, Berlin 1911, Bd. I, S. 14 ff.

[58]) Reichsarchiv, a. a. O., S. 2 f.

art ins Feld geführt wurden,[59]) so brachte andererseits die Elektrifizierung der Eisenbahn in Rücksicht auf die Landesverteidigung erhebliche Nachteile mit sich, die vor allem in der Durchbrechung der Einheitlichkeit des Betriebes sowie in einer großen Empfindlichkeit der Bahnanlagen gegenüber Störungen liegen. Daher lehnte die Heeresverwaltung die elektrische Einrichtung auf Bahnstrecken, die für den Aufmarsch wichtig waren, ab.[60])

Die Mittel für den Ausbau der strategischen Linien wurden zunächst aus der französischen Kriegsentschädigung bestritten. Weiterhin hat das Deutsche Reich im ganzen 304,7 Millionen Mk. für diesen Zweck zur Verfügung gestellt, die durch Anleihen in der Zeit von 1887 bis 1911 aufgebracht wurden.[61])

Zur näheren Erörterung von Mobilmachungsfragen nahmen im Jahre 1913 die Linienkommandanturen auf Veranlassung des Chefs der Eisenbahnabteilung mit Vertretern aus Landwirtschaft, Handel und Industrie Fühlung. Es erging die Aufforderung, bereits in Friedenszeiten ausreichende Lebensmittel und Rohstoffbestände bereit zu halten, sodaß die Eisenbahnen in der Mobilmachungs- und Aufmarschperiode sich möglichst ausschließlich in den Dienst ihrer militärischen Aufgaben stellen könnten. Da die grundsätzliche Ausschließung des Güterverkehrs während der Mobilmachung nicht angängig erschien, wurden Maßnahmen geschaffen, um die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung, insbesondere von Großstädten und Industriebezirken, sicher zu stellen. Lebensmittelzüge wurden jedoch nur vorgesehen, soweit die militärische Beanspruchung der Strecken eine weitere Verkehrssteigerung zuließ und rollendes Material und Personal zur Verfügung stand. Im Mobilmachungsfahrplan wurden auch besondere Milchzüge in die Städte zur Zeit völliger Stockung des sonstigen Güterverkehrs eingelegt. Am 1. 4. 1914 wurde eine Anweisung über die Kohlenversorgung im Krieg in Wirksamkeit gesetzt, die für die Zeit der Beschränkung des öffentlichen Verkehrs auf den Eisenbahnen Gültigkeit hatte. Die Regelung der Kohlenzufuhr erstreckte sich auf die Eisenbahnen selbst, die Marine, die Militär-, Staats- und Kommunalbehörden und auch auf private Unternehmungen, die nach dem Grad ihrer Bedeutung für Kriegführung und Öffentlichkeit in einer bestimmten Reihenfolge zum Kohlenbezug zugelassen waren. Um einen genügenden Spielraum zu haben, sammelte die Eisenbahnverwaltung schon in Friedenszeiten Kohlenvorräte. Der eiserne Kohlenbestand der Eisenbahnen deckte den Brennstoffbedarf des Netzes östlich der Weichsel für mindestens vier, den der übrigen Eisenbahnnetze mindestens für drei Wochen.[62])

---

[59]) Das deutsche Eisenbahnwesen der Gegenwart, a. a. O., S. 213.

[60]) Das deutsche Eisenbahnwesen der Gegenwart, herausgeg. vom Reichsverkehrsministerium, Berlin 1923, Bd. II, S. 58.

[61]) Nach privaten Angaben von Dr. E. Meier, Erlangen.

[62]) Reichsarchiv, a. a. O., S. 22 ff.

Alles in allem betrachtet, war die Vorbereitung der wirtschaftlichen Rüstung in Deutschland vor Ausbruch des Weltkrieges noch nicht allzuweit gediehen. Durch die Maßnahmen auf finanziellem Gebiet wurde die finanzielle Krise bei Beginn des Völkerkrieges in Deutschland auf ein Mindestmaß beschränkt. Ebenso hat eine zielbewußte Rüstungspolitik auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens, neben der militärischen Mobilmachung, einen verhältnismäßig reibungslosen Übergang vom Frieden- zum Kriegsbetrieb auf dem wirtschaftlichen Gebiete ermöglicht. Große Unterlassungssünden sind allerdings bezüglich der Rohstoff- und Lebensmittelversorgung begangen worden und hier sind auch nur zu bald große Schwierigkeiten entstanden; schon bei Ausbruch des Krieges haben sich daher in der Tat starke Störungen eingestellt.

II. Teil.

Die Erschütterungen der deutschen Volkswirtschaft bei Ausbruch des Weltkrieges.

Mit dem Ausbruch des Weltkrieges fiel mit einem Schlag das kunstvolle Gebäude der Weltwirtschaft zusammen; viele internationale Beziehungen wurden zerstört, andere nur mühsam aufrecht erhalten. Der Weltkrieg hat mit seinem ersten Auftreten dem Wirtschaftsleben einen scharfen Stoß bereitet; er hat die krediterschütternde Wirkung, die jeder Krieg mit sich bringt, ins Ungeheuere gesteigert: es entstand ein allgemeines Mißtrauen durch die Unsicherheit der Lage, eine Verkaufsbewegung und eine Zusammenziehung des Geldumlaufs in solchem Maße, daß jeder Vergleich mit früheren Wirtschaftskrisen unmöglich wird.[63]) Wilde Zahlungsbewegungen fanden von Land zu Land statt, da die auftretende Panik noch alle Sicherheitsmaßregeln für die Zukunft treffen wollte und überall zeigten sich sprunghafte, unregelmäßige Schwankungen der Wechselkurse.[64]) Der Ausbruch des Krieges beeinträchtigte die Weltwirtschaft, denn er traf ihre empfindlichsten Teile: ihr Kreditsystem und ihren Kapitalmarkt, das eigentliche Zentrum ihrer Friedensarbeit. Die Produktion kam ins Stocken, die Zirkulation wurde auf manchen Märkten unterbrochen, auf manchen panikartig beschleunigt. Bares Geld und bestimmte Waren standen unter stürmischer Nachfrage. Die Flucht ins Bargeld führte zu Preisdruck, die Flucht in die lebensnotwendigen Waren zu wilden Preisbewegungen, ohne daß diese ihrerseits die Produktion anregten, denn die allgemeine Unsicherheit der Lage veranlaßte den Produzenten auszuverkaufen und seine Mittel flüssig zu machen.

Um die Wirkungen eines Krieges in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung richtig zu erfassen, ist es von größter Wichtigkeit, in welchem Konjunkturstadium sich eine Nation bei Ausbruch des Krieges befindet. Fällt der Kriegsbeginn in eine Zeit der Hochkonjunktur, so sind die Störungen ungleich größer als im Stadium der Wirtschaftsflaute.

Die allgemeine Lage, in der sich Deutschland vor Ausbruch des Krieges befand, charakterisierte sich dahin, daß in der seit

[63]) Plenge: a. a. O., S. 24 ff.
[64]) ebenda, S. 28.

1879 unter Schwankungen anhaltenden Periode des Aufschwunges von Industrie, Landwirtschaft und Handel ein Höhepunkt im Herbst 1912 erreicht war, nachdem ein Jahr vorher durch die Marokkokrisis eine Entziehung fremder Gelder aus Deutschland stattfand, wodurch schließlich der Berliner Börsenkrach herbeigeführt wurde. Mit Ausbruch des Balkankrieges setzte an der Börse wieder eine rückläufige Bewegung der Industriepapiere ein, während in der Industrie selbst die Beschäftigung zuerst noch recht lebhaft blieb. In der Eisen- und der Automobilindustrie, die ihre Produktionsfähigkeit sehr gesteigert hatten, hielt der Konsum nicht gleichen Schritt mit der Erzeugung, wodurch sich eine Überproduktion einstellte. In diesem Stadium gelangte die Konjunktur und die Börse im zweiten Vierteljahr des Jahres 1914 auf den Punkt der Stagnation, von dem aus infolge der schnellen Entwicklung der Technik des flüssigen Geldstandes und der Erwartung günstiger Ernten in nicht ferner Zeit ein neuer wirtschaftlicher Aufstieg in Aussicht genommen wurde.[65]) Diese Hoffnung wurde infolge des Ausbruches des Weltkrieges zunichte.

I. Kapitel.

Wirkung auf die Börse.

Bei Betrachtung der ersten Kriegseinwirkungen auf die deutsche Volkswirtschaft ist es notwendig, die einzelnen Teilgebiete des Wirtschaftslebens einer Untersuchung zu unterziehen. Die ersten Anzeichen eines drohenden Krieges zeigen sich naturgemäß auf den empfindlichsten Wirtschaftsmärkten,[66]) auf dem Börsen- und Geldmarkt. Die Börse, die nicht umsonst als das Barometer der Wirtschaft bezeichnet wird, hat auch im Sommer 1914 zuerst das kommende Völkerringen angezeigt. Das Attentat von Serajewo war der Alarmschuß, der die Welt aus ihrer Friedensruhe aufschreckte. Von der österreichisch-ungarischen Monarchie, die durch ihren Konflikt mit Serbien zunächst im Mittelpunkt der politischen Ereignisse stand, nahmen auch die außergewöhnlichen Vorgänge auf dem Geld- und Kreditmarkt ihren Ausgang. Vom Tage des Attentates, den 28. Juni 1914 an, setzten an der Börse bereits die Unsicherheiten und Kursschwankungen ein. Aber erst mit dem österreichischen Ultimatum an Serbien (24. Juli 1914) reagierte die Börse stärker, nachdem in den ersten drei Wochen des Monats Juli eine große Geldflüssigkeit bemerkbar war, welche ihren Grund in den geringen Geldansprüchen der unter einer ausklingenden Depression stehenden deutschen Wirtschaft und in der unter

[65]) E. Loeb: Wirtschaftliche Vorgänge, Erfahrungen, Lehren im europäischen Kriege, Berlin 1918, S. 10 f.

[66]) A. Weber: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, München-Leipzig 1929, S. 215.

dem Einfluß der Wiener Börse herrschenden fast absoluten Geschäftslosigkeit an den deutschen Börsen hatte. Die Zinssätze am offenen Markte blieben daher auf niedererem Stande als in England und Frankreich.[67])

Zeichen der Schwäche, die die Börse verschiedentlich am 9. Juli zeigte, gingen von großen Verkäufen für Wiener und Budapester Rechnung aus. In den folgenden Tagen verschärfte sich noch das Angebot auf allen Gebieten, da eine scharfe Note Österreichs an Serbien zu erwarten war; in der Folge traten bis 18. Juli bereits sehr bedeutende Kursrückgänge gegenüber den Kursen vom Juni ein. Es notierten:[68])

	am 30. Juni 1914	am 18. Juli 1914
Phönix	235	227,25
Bochumer	222	216,5
Harpener	177,1	172,5
A. E. G.	240,3	237
Schuckert	142,25	138,25
Löwe	306	296,75
Kleyer	302	289
Daimler	377	367,5
Deutsche Bank	234	231
Diskonto-Gesellschaft	183,10	180⅞
Petersburger Internationale	179,25	171
Hapag	125,80	123,75
Kanada	195,5	186,5
3%ige Reichsanleihe	76,8	76
4%ige Ungar. Kronenrente	79,5	78,2

Mit der Bekanntgabe der österreichischen Note an Serbien am 24. Juli, die die Börsen in der Überzeugung, daß Rußland die Partei Serbiens ergreifen würde, als gleichbedeutend mit dem europäischen Krieg erachteten,[69]) trat sofort an den Börsen eine Deroute ein, die sich bis zur amtlichen Schließung der Börsen am 29. Juli fast ohne Unterbrechung fortsetzte. Es notierten am:[70])

	Juli 1914					
	23.	24.	25.	27.	28.	29.
Phönix	225⅜	219,20	211¾	215,9	215,8	209
Bochumer	210⅜	203¾	199¾	203½	202¾	195,6
Harpener	168⅛	164¾	163	160,6	158,4	150
A. E. G.	232,5	226,5	219,75	223,5	222	215
Schuckert	134,25	125,25	124	122,1	124,25	118,75
Löwe	292	285	278	275	280,25	—
Kleyer	282	274	265	—	250	—
Daimler	357	335	330	325	328,25	—

[67]) Loeb: a. a. O., S. 15 f.
[68]) ebenda, S. 16 f.
[69]) Loeb: a. a. O., S. 19.
[70]) ebenda, S. 18.

	Juli 1914					
	23.	24.	25.	24.	28.	29.
Deutsche Bank	229⅞	226½	222	224¾	225	221½
Diskonto-Ges.	179½	177½	173¼	174¼	175¼	173
Petersburger Internation.	—	—	—	—	—	—
Hapag	121⅛	116¼	108½	109	111	109
Kanada	184⅞	180	174,8	176,1	172½	162
3%ige Reichsanleihe	75,4	75,1	74,3	73,9	73,75	73
4%ige Ungar. Kronenrente	76,8	75½	72½	73,6	71¼	—

Am stärksten ist das Kursniveau am Markte der Dividendenwerte gesunken. Für 152 an der Berliner Börse gehandelte Dividendenwerte stellte sich am 30. Juni der Durchschnittskurs auf 169,13, am 25. Juli aber nur noch auf 155,81; das bedeutet einen Kurssturz von 8 411,59 Mill. ℳ am 30. Juni auf 7 749,02 Mill. ℳ bis 25. Juli.[71])

Die Krise setzte mit dem schwarzen Sonnabend vom 25. Juli ein. Das systematische Vorgehen der Baissiers, die an allen Börsenplätzen verkauften, um sich glatt zu stellen und die dadurch gelähmte Kauflust ließen die Kurse zum Teil rasch sinken.[72])

In Berlin blieb die Börse zunächst noch offen. Zur Beruhigung des Publikums schrieb die Berliner Handelsgesellschaft in ihrem Wochenbericht vom 25. Juli u. a.:[73]) „Es ist natürlich nicht zu übersehen, inwieweit die Gelddispositionen der Banken durch die politischen Vorgänge beeinflußt werden, immerhin kann man sagen, daß die Liquidität bei uns eine kaum je dagewesene ist und daß nach dieser Richtung hin Grund zu Befürchtungen nicht vorhanden ist."

Am 26. Juli erhöhte die österreichisch-ungarische Bank den Diskont von 4% auf 5% und am 27. Juli beschloß die Wiener Börsenkammer die Börse vom 27. Juli an zu schließen und zwar vorläufig auf drei Tage.

Die deutschen Effektenbörsen stellten am 29. Juli unter der Führung Berlins zunächst nur den Terminhandel ein. „Eine Notierung von Terminkursen in Wertpapieren findet bis auf weiteres nicht statt. Um die Abwicklung von laufenden Termingeschäften per Ultimo Juli zu ermöglichen, soll heute gleichzeitig mit der Feststellung der Kassakurse um 1½ Uhr soweit möglich eine Notierung der Terminkurse per Ultimo des Monats erfolgen".[74]) Durch diese Maßregel sollte dem Betreiben der Baissiers Einhalt geboten

[71]) R. Calwer: Das Wirtschaftsleben im Krieg (Monatsberichte des wirtschaftsstatistischen Büros, Berlin, Heft 1 vom 1. 10. 1914), S. 15 ff.
[72]) Calwer: a. a. O., S. 1 ff.
[73]) Loeb: a. a. O., S. 19 f.
[74]) L. Bendix: Krieg und Geldmarkt (Krieg und Volkswirtschaft, 6. Heft, Berlin 1915), S. 6.

werden. Das Offenhalten der Börse über den 25. Juli hinaus war unzweifelhaft insofern ein großer Fehler, als hierdurch dem Auslande Gelegenheit gegeben wurde, in Berlin noch am 27. und 28. Juli Effekten zu verkaufen; davon wurde ausgiebig Gebrauch gemacht, was zu wilden Kursstürzen führte.[75])

Der Verkehr der Börse, der nur mehr für die Feststellung der Kassakurse zugelassen war, war nach dem 29. Juli gleich Null, sodaß angesichts der hoffnungslosen politischen Lage die Berliner Börse und die Provinzialeffektenbörsen am 31. Juli 1914 vollständig geschlossen wurden.

Im Ausland wurde am 27. Juli die Brüsseler Börse vollständig geschlossen, worauf die Kanadischen Börsen ihren Betrieb ebenfalls einstellten. Zu denselben Maßnahmen schritten am 29. Juli Petersburg, Amsterdam, Liverpool und Antwerpen.[76]) In Paris wurde der Handel in Aktien am 27. Juli eingestellt und am folgenden Tage wurde die Kulisse für jegliches Geschäft gesperrt. Am 31. Juli sahen sich auch die Londoner Börse und die New Yorker Stock-Exchange gezwungen, ihren Betrieb einzustellen, wodurch auch für die übrigen großen Effektenmärkte der U. S. A. die Möglichkeit weiterer Betätigung entfiel.[77])

Über die damals herrschenden Zustände gab die Frankfurter Zeitung am 1. August 1914 ein anschauliches Bild:[78]) „Kaufaufträge für ausländische Wechsel werden von der hiesigen Bankwelt selbstverständlich nicht mehr ausgeführt . . . Die Banken und Firmen sind ohne Verabredung der gleichen Meinung: Gold darf in diesem Augenblicke nicht ausgeführt werden. Bei Zurückrufung ausländischer Guthaben, die in Mark hier ruhen, stellt man jetzt anheim, die Entnahme auf Mark auszustellen, umgekehrt ist es längst den deutschen Banken unmöglich gemacht, ihre Guthaben vom Auslande hereinzubekommen. Die russischen Banken machten dabei schon in den letzten Tagen Schwierigkeiten. Da auch die Post ausbleibt und teilweise zurückkommt, stockt also der gesamte internationale Zahlungsverkehr."

Das Schließen der Börsen hatte zur Folge, daß die Beunruhigung weiter Bevölkerungskreise durch die großen Kursschwankungen aufhörte; so wurden durch die Zurückhaltung der Banken Verkäufe von Wertpapieren à tout prix ausgeschlossen.[79])

II. Kapitel.

Wirkung auf den Geldmarkt und Kreditverkehr.

Der Unterschied zwischen Geldmarkt und Kapitalmarkt wird in Zeiten der Krise besonders klar. Während eine Wirkung auf

[75]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 521.
[76]) Bendix: a. a. O., S. 5 f.
[77]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 591, 1005.
[78]) Frankfurter Zeitung vom 1. August 1914 Nr. 211.
[79]) Loeb: a. a. O., S. 32.

dem Kapitalmarkt oft kaum zu bemerken ist, sind die Veränderungen am Geldmarkt umso einschneidender. Dadurch, daß der Geldmarkt die kurzfristigen und täglichen Bedürfnisse befriedigt, ist er von vorneherein den Konjunkturschwankungen stärker ausgesetzt als der Kapitalmarkt mit seiner langfristigen Kapitaldisposition. Indem der Geldmarkt aber vorübergehend überflüssige Mittel des Kapitalmarktes aufnimmt und verwendet und andererseits die Umwandlung kurzfristiger Gelder in langfristige Anlagen erleichtert, wird er gleichsam zum „Torwächter des Kapitalmarktes",[80]) der den Zu- und Abfluß auf diesem regelt und dadurch dessen Stabilisierung fördert. Aus diesem Grunde treffen wir auch auf dem Geldmarkt in verhältnismäßig kurzen Zeiträumen gewaltige Zinsschwankungen an — z. B. zwischen 2 u. 6—8% im Laufe eines Jahres —, während der Zinsfuß auf dem Kapitalmarkte jahrelang unverändert bleiben kann und gewöhnlich nur zwischen 4 u. 6% schwankt. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit kann es nur die Aufgabe sein, die Verhältnisse am Geldmarkt in den Krisentagen der Monate Juli und August des Jahres 1914 zu betrachten und die durch den Kriegsausbruch dort bewirkten Störungen zu beleuchten; denn nur der Geldmarkt ist durch die plötzliche Unterbrechung der wirtschaftlichen Beziehungen den stärksten Erschütterungen ausgesetzt gewesen. Der Kapitalmarkt dagegen ist von dem ersten Stoß des Krieges nicht so unmittelbar getroffen worden.

Es dürfte von Interesse sein, den eigentlichen Geldmarkterscheinungen eine kurze Schilderung des Verhaltens der breiten Massen der kleinen Sparer voranzustellen. Durch deren panikartigen Runs auf die Banken und Sparkassen und Abrufung der kurzfristig und sogar langfristig angelegten Gelder sind die Verhältnisse am Geldmarkt natürlich besonders zugespitzt und erschwert worden.

1. Panik der kleinen Sparer.

Bemerkenswerter Weise war der Andrang zu den Sparkassen und Banken am stärksten unmittelbar vor Kriegsausbruch, nämlich am 26. und 27. Juli, und zwar besonders in den Grenzprovinzen Elsaß-Lothringen, Ostpreußen und Posen.[81]) Es waren meist die kleinen Sparer, die den Kopf verloren und die Banken und Sparkassen stürmten, während die großen Gläubiger Zuversicht behielten. Die Wahrnehmung, daß gerade die kleinen Leute ängstlich waren und vielfach ihr Papiergeld in Gold einwechselten, war auch bei der Städtischen Sparkasse in Berlin zu machen; dort haben die ängstlichen Sparer, obwohl die Kasse erst um 9 Uhr geöffnet wurde, bereits um 5 Uhr früh auf dem Mühlendamm Spalier gestanden. Die städtische Bevölkerung ist in diesem Falle, schon weil

[80]) Weber: a. a. O., S. 440.
[81]) Loeb: a. a. O., S. 30 ff.

sich beunruhigende Nachrichten in ihr rascher verbreiten, nervöser als die ländliche, weshalb auch die ländlichen Kreditkassen viel mehr von der Panik verschont blieben.[82]) Am 29. Juli ließ der Ansturm auf die Banken und Sparkassen bereits erheblich nach, weil die verlangten Gelder überall prompt ausbezahlt wurden, dann wohl auch infolge der öffentlichen Aufklärungen über die Sicherheit der deutschen Sparkassen in der Presse und an den Anschlagsäulen. Wie der Berliner Oberbürgermeister Wermuth[83]) über den Verkehr an der Berliner Sparkasse mitteilte, wurden am 27. Juli von etwa 7000 Sparern insgesamt 935 000 Mark und am 28. Juli insgesamt von etwa 6800 Sparern 865 000 Mark abgehoben. Da die Berliner Sparkasse nahezu über 400 Millionen Mark Einlagen verfügte, kamen diese Abhebungen kaum in Betracht, denn die Abheber waren ausnahmslos kleine Sparer, die nur wenig über 100 ℳ auf der Sparkasse eingezahlt hatten. Sparer mit größeren Einlagen hatten ihre Gelder in keinem einzigen Falle zurückverlangt. Charakteristisch ist, daß am 27. Juli 48 000 ℳ und am 28. Juli bereits über 65 000 ℳ einbezahlt wurden und zwar zum Teil von Frauen, die am Tage vorher ihre Guthaben aus Furcht abgehoben hatten.

Aus folgender Tabelle geht deutlich hervor, daß die Beunruhigung der Sparer nur eine vorübergehende Erscheinung war. Es betrugen bei den deutschen Sparkassen in Millionen Mark:[84])

1914	Einzahlungen	Abhebungen	Zu- (+) bezw. Ab (−) nahmen
im August	202,19	170,29	+ 31,90
„ September	175,46	174,91	+ 0,55
„ Oktober	199,39	347,16	— 147,77
„ November	152,52	146,62	+ 5,90
„ Dezember	170,67	136,53	+ 34,14

Im Oktober ist der Einfluß der ersten Kriegsanleihe bemerkbar, wofür 4460,7 Mill. ℳ gezeichnet wurden.[85])

2. Beanspruchung der Reichsbank und der sonstigen Kreditstellen. Wirkung auf Diskont und Wechselkurs.

Man war sich einig, daß den Banken im Kriegsfall eine wesentliche Aufgabe zufiel, deren Lösung letzten Endes von der Kriegsbereitschaft der Reichsbank abhing.[86]) Die Reichsbank hatte ihren Status im Verlauf der ersten Wochen im Juli ungewöhnlich gestärkt, sodaß sie am 23. Juli über eine steuerfreie Notenreserve

[82]) Gothein: a. a. O., S. 75.
[83]) Berliner Tagblatt vom 29. 7. 1914 Nr. 380.
[84]) O. Brandt: Die deutsche Industrie im Kriege 1914/15, Berlin 1915, S. 216 f.
[85]) Knauß: a. a. O., S. 152.
[86]) ebenda, S. 213.

von 456 Mill. ℳ verfügen konnte und dadurch dem Wirtschaftsleben im Juli 1914 einen starken Rückhalt gab. Ihre Kraft wird treffend dadurch bezeichnet, daß sie bei Ausbruch des Weltkrieges ihren Diskont als letzte aller Notenbanken nur um 1% erhöhte, trotz liberalster Befriedigung der an sie herantretenden Ansprüche.

Schon mit Kriegsgefahr setzte eine stürmische Inanspruchnahme der Mittel der Reichsbank ein, was sich in dem Bestand an Wechseln und Schecks sowie vom 31. Juli ab auch an diskontierten Schatzanweisungen zeigte:[87])

	Bestand	Zunahme
23. Juli	750 892 000	
31. „	2 081 075 000	+ 1 330 183 000
7. August	3 737 074 000	+ 1 665 999 000
15. „	4 425 984 000	+ 688 910 000
22. „	4 616 010 000	+ 190 126 000
31. „	4 750 067 000	+ 134 057 000

Schwierigkeit bot die Befriedigung des Bedarfs an Umlaufmittel; es sollte der Bedarf der Heeresverwaltung gedeckt werden, der 750 Mill. ℳ in den ersten sechs Mobilmachungstagen betrug, dann mußten die aufgehorteten Zahlungsmittel ersetzt und weiter jener Bedarf an Umlaufmitteln befriedigt werden, den die neuen Barzahlungsmethoden und der Panikbedarf erforderten.[88])

Entsprechend der vermehrten Inanspruchnahme der Reichsbank stieg die Notenausgabe. Der Betrag der umlaufenden Reichsbanknoten in Mark stellte sich am:

23. Juli	auf	1 890 985 000	
31. „	„	2 909 422 000	+ 1 018 527 000
7. August	„	3 897 203 000	+ 987 781 000
15. „	„	3 881 931 000	— 15 272 000
22. „	„	3 999 962 000	+ 118 031 000
31. „	„	4 234 873 000	+ 234 911 000

Die Reichsbank, die einen erheblichen Goldbestand[89]) angesammelt hatte, verlor in der Woche vom 23. 7. bis 31. 7. Gold im Betrage von mehr als 103 Mill. ℳ dadurch, daß sie in diesen ersten Tagen der Panik dem Publikum noch Noten in Gold umwechselte.[90]) Der Goldbestand der Reichsbank bewegte sich wie folgt:[91])

[87]) Calwer: a. a. O., S. 19 ff.

[88]) G. Briefs: Art. „Kriegswirtschaftslehre und Kriegswirtschaftspolitik" (Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., V. Bd., Jena 1923), S. 999.

[89]) Vergl. S. 14 dieser Arbeit.

[90]) Bendix: a. a. O., S. 14.

[91]) Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, (Verhandlungen des Reichstags, Bd. 315, 1914/18, 13. Legislaturperiode, II. Session 1914/15, Nr 26) S. 6 ff.

23. Juli	1 356 857 000	
31. „	1 253 199 000	— 103 658 000
7. August	1 477 558 000	+ 224 359 000
15. „	1 508 528 000	+ 30 970 000
22. „	1 529 775 000	+ 21 247 000
31. „	1 556 499 000	+ 26 724 000

Als bis 7. August, vor allem durch Übernahme des Reichskriegsschatzes und der Goldreserve,[92]) der Goldvorrat wieder auf 1 477,5 Mill. ℳ gestiegen war, hatte sich die Panik einigermaßen gelegt und der Verkehr nahm die Banknoten auf; die Aufsaugung der inländischen Goldvorräte setzte ein, sodaß von Ausweis zu Ausweis der Goldbestand der Reichsbank zunahm.

Viel stärker als der Verlust an Gold war der Abgang von Silber sowie anderen kursfähigen Münzen, der durch die Zurückhaltung seitens des Publikums und dadurch, daß vom Militär für Löhnung, Verproviantierung und ähnliche Zwecke viel Silber von der Reichsbank angefordert wurde, veranlaßt wurde.[93])

In welcher Höhe der Giroverkehr der Reichsbank an der Erledigung der Zahlungen in Deutschland in der ersten Kriegszeit beteiligt war, ergibt sich aus den Ziffern der Umsätze, die vom 1. 8. bis 31. 12. 1914 105 330,6 Millionen Mark gegen 39 146,0 Millionen in den entsprechenden Monaten des Vorjahres betrugen.[94]) Nach Kriegsausbruch bewirkte das allgemein hervortretende Bestreben nach Abwicklung der Geschäfte, daß die Guthaben der privaten Kunden bei der Reichsbank in einem vorher nie dagewesenen Umfang verstärkt wurden. Als bereits in der letzten Juliwoche der Bestand der fremden Gelder im Giroverkehr um 300 Millionen Mark zugenommen hatte, stieg er in der darauf folgenden Woche noch um ca. 600 Millionen Mark und erreichte am 23. September 1914 mit 2709 Millionen Mark den höchsten Stand.[95]) Den größten Einfluß auf den Giroverkehr übten die Giroumsätze der Reichsbank für öffentliche Rechnung aus, die während der letzten Monate des Jahres 1914 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Steigerung von 169% erfuhren, während die Steigerung für den Giroverkehr der privaten Kunden nur 7% betrug.[96])

Die Entwicklung des Reichsbankstatus in den ersten Kriegswochen zeigt folgendes Bild:[97])

---

[92]) Vergl. S. 16 f. dieser Arbeit.

[93]) Vergl. S. 32 dieser Arbeit.

[94]) Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, a. a. O., Nr. 74, S. 15.

[95]) Die Reichsbank 1901 bis 1925, Berlin Druckerei der Reichsbank, S. 77.

[96]) ebenda.

[97]) Loeb: a. a. O., S. 64.

In Millionen Mark

1914	Juli 31.	August 7.	August 15.	August 22.	August 31.	September 7.	September 15.
Goldbestand	1253	1478	1509	1530	1557	1580	1620
Silber, Nickel, Kupfer	275	118	82	66	50	39	33
Metallbestand zus.:	1528	1596	1591	1596	1607	1619	1653
Reichs-u. Darlehens-kassenscheine	33	96	126	118	183	160	155
Noten anderer Banken	11	22	31	39	9	14	19
Metall- und metallgleiche Deckung	1572	1714	1748	1753	1799	1793	1827
Notenumlauf	2909	3897	3881	3999	4234	4138	4053
Wechsel u. Schecks	2081	3737	4426	4616	4750	4679	4660
Lombardforderungen	202	226	222	162	104	108	118
Gesamtinanspruchnahme	2283	3963	4648	4778	4854	4787	4778
Giroguthaben	1258	1879	2551	2619	2441	2418	2494
	1025	2084	2097	2159	2413	2369	2284
Deckung des Notenumlaufes d. Metall	52,5	43,4	44,2	44,9	42,3	43,0	44,6

Auf den internationalen Geldmärkten trat ebenfalls mit der scharfen Note Österreichs an Serbien eine plötzliche Wendung, eine kritische Verschlechterung der Verhältnisse ein. Als vollends der Krieg zwischen diesen beiden Mächten ausbrach und Rußland mobilisierte, kam jetzt, da die politischen Vorgänge über die gefährliche Lage keinen Zweifel mehr ließen, die Leihtätigkeit auf den Geldmärkten völlig ins Stocken und überall zeigte sich das Bestreben, ausgeliehene Mittel zurückzuziehen; Wertpapiere mit internationalem Markt wurden tunlichst verkauft und ausländische Guthaben gekündet. Um jeden Goldabfluß nach dem Ausland zu verhüten und um die heimische Nachfrage nach Kredit herunterzuschrauben, erhöhten die Zentralnotenbanken ausnahmslos ihre Diskontsätze[98]) und zwar

Österr.-Ungar. Bank	am	27. 7.	von 4%	auf 5%
„ „ „	„	31. 7.	„ 5%	„ 6%
Russische Staatsbank	„	28. 7.	„ 5½%	„ 6%
Niederländ. Bank	„	29. 7.	„ 3½%	„ 4½%
Belgische Nationalbank	„	30. 7.	„ 4%	„ 5%
„ „	„	31. 7.	„ 5%	„ 6%
Bank von Frankreich	„	30. 7.	„ 3½%	„ 4½%
Schweizer Nationalbank	„	30. 7.	„ 3½%	„ 4½%
„ „	„	31. 7.	„ 4½%	„ 5½%

[98]) Volkswirtschaftliche Chronik, 1914, S. 521.

Bank von England	„	30. 7.	„	3%	„ 4%
„ „ „	„	31. 7.	„	4%	„ 8%
Schwedische Reichsbank	„	31. 7.	„	4½%	„ 5½%
Deutsche Reichsbank	„	31. 7.	„	4%	„ 5%

Der verhältnismäßig niedere Diskontsatz der Deutschen Reichsbank konnte zumal angesichts der Verdoppelung der englischen Bankrate nicht beibehalten werden und schon am 1. Aug. 1914 erfolgte eine abermalige Erhöhung auf 6%.[99])

Der Güter- und Kapitalverkehr mit dem Ausland findet seinen ziffernmäßigen Ausdruck in der Zahlungsbilanz, deren jeweiliger Stand durch die Bewegung der Wechsel- oder Devisenkurse registriert wird. Ist die Zahlungs- oder Forderungsbilanz passiv, so ergibt sich hieraus, daß die Nachfrage nach Wechseln auf das Ausland größer ist als das Angebot. Dieses Mißverhältnis hat dann eine Erhöhung der Preise für Forderungen auf das Ausland zur Folge, die Wechselkurse steigen. Der umgekehrte Fall tritt bei einer aktiven Forderungsbilanz ein. Stabile Wechselkurse können also nur bei einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz bestehen. Bei Goldwährungen bewegen sich die Schwankungen der Wechselkurse um die Parität nur innerhalb der sogen. Goldpunkte. Besteht nicht die Möglichkeit, durch Ausfuhr und Einfuhr von Gold die Wechselkurse nach oben und unten zu begrenzen, so sind die Schwankungen unbegrenzt möglich. Hier muß die staatliche Währungspolitik durch geeignete Maßnahmen ein Schwanken des Wechselkurses auf das Mindestmaß zu beschränken suchen, besonders durch weitsichtige Diskontpolitik und Regelung des Notenumlaufes.

Die Wechselkurse sind aber nicht nur der Niederschlag der volkswirtschaftlichen Haushaltführung, also die Registrierung rein wirtschaftlicher Vorgänge und Daten. In ihnen drückt sich auch das Vertrauen aus, das das Ausland der heimischen Währung und der ganzen Volkswirtschaft entgegenbringt. Da die Währung zu sehr mit der Staatsgewalt verkoppelt ist, so bringt eine Erschütterung des Staates, wie es z. B. eine Revolution oder ein Krieg darstellt, auch meist eine vorübergehende Erschütterung des Vertrauens mit sich, die Wechselkurse werden deshalb in solchen Zeiten nicht unbeeinflußt bleiben.

Hierzu kommt, daß angesichts eines bevorstehenden Krieges umfangreiche Kapitalbewegungen stattfinden — z. B. Kapitalflucht aus dem kriegsbedrohten Land, Einforderung ausländischer Guthaben oder von Schulden des Inlandes an das Ausland usw. — welche den Wechselkurs stark beeinflussen können. Es ist daher nicht verwunderlich, daß der Ausbruch des Weltkrieges auf dem Devisenmarkt beträchtliche Veränderungen verursachte.

[99]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 588.

Hand in Hand mit dem Steigen der Privatdiskontsätze im letzten Drittel des Monats Juli von $2\frac{1}{2}$% auf 4% [100]) stieg an der Berliner Börse die Notierung für Scheck Paris und London, da der Berliner Markt als letzter die Kurse für Devisen einigermaßen halten konnte und in Berlin selbst großer Bedarf für englische und französische Wechsel bestand.

Die Devisen notierten in Berlin: [101])

Juli 1914	London	Paris	Wien	Petersburg
23.	20,51	81,47	84,625	213,50
24.	20,52	81,50	84,475	213,25
25.	$20,52\frac{1}{2}$	81,55	84,—	—
27.	20,52	81,5	83,3	210,5
28.	$20,52—20,52\frac{1}{2}$	81,5—81,6	82,9	210,5—208
29.	bis 20,61	bis 82,20	gestrichen	$206\frac{3}{4}—202—203$

Die Steigerung der Devisen London und Paris erklärt sich in der Hauptsache auch aus dem Bestreben Englands und Frankreichs ihre deutschen Guthaben abzuheben, der Rückgang der Devisen Wien und Petersburg umgekehrt aus dem Bestreben Deutschlands seine Guthaben aus Österreich und Rußland zurückzuziehen. Im August brachte die Einstellung der Devisennotierungen auf dem freien Markt eine starke Nachfrage nach Devisen und sonstigen ausländischen Zahlungsmitteln mit sich, die zur Bezahlung der nach Deutschland importierten Waren dienten.[102]) Da besonders Noten neutraler Länder zur Bezahlung von Lebensmittellieferungen gesucht waren,[103]) entwickelten sich hohe Kurse für die Banknoten; die holländischen Noten zeigten Anfang Oktober gegenüber dem deutschen Währungsgeld einen Aufschlag von bereits 5% und Ende November 1914 von 12%.[104]) Da die Ausfuhr von Gold verboten war und die Reichsregierung sich erst im späteren Verlauf des Krieges zu Goldabgaben an das Ausland zur Valutaunterstützung entschloß, war Deutschland gezwungen, mit Hilfe von Auslandskrediten [105]) oder auch durch Kompensationsartikel in Form des Zuckerexportes, wie durch Verkauf japanischer und argentinischer Renten und Coupons die Handelsverbindung aufrecht zu erhalten.[106])

Der deutsche Geldmarkt war durch die kriegerischen Ereignisse auf eine harte Probe gestellt worden. In der Überwindung der Schwierigkeiten zeigte sich seine innerliche Festigkeit. Diese war das Ergebnis einer zielbewußten Friedensarbeit, an deren energischer Durchführung die Reichsbank hervorragenden Anteil hatte. Eine schon seit Einsetzen des Konjunkturrückganges geübte

[100]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 522.
[101]) Loeb: a. a. O., S. 19 f.
[102]) R. Knauß: Die deutsche, englische und französische Kriegsfinanzierung, Berlin 1923, S. 70 f.
[103]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 590.
[104]) Loeb: a. a. O., S. 49.
[105]) Knauß: a. a. O., S. 72 f.
[106]) Loeb: a. a. O., S. 47.

Selbstbeschränkung in der Kreditgewährung, ein zielbewußtes Streben der Banken nach Erhöhung ihrer Liquidität und nicht zum wenigsten die in den letzten Jahren besonders energisch betriebene Goldansammlungspolitik des Zentralnoteninstituts, die seine Leistungsfähigkeit ganz außerordentlich erhöhte, alle diese Maßnahmen zusammen haben den deutschen Geldmarkt derart fundiert, daß er, wenn auch unter unvermeidlichen kurzwährenden Störungen, den ersten Kriegssturm überstand.[107])

III. Kapitel.

Wirkung auf die Produktion.

1. Allgemeine Lage.

Bei Betrachtung der Kriegswirkungen auf die Produktion kann es im Rahmen dieser Arbeit natürlich nur darauf ankommen, die wichtigsten Produktionszweige darzustellen. Da eine entscheidende Beeinflussung der landwirtschaftlichen Produktion durch den unmittelbaren Kriegsausbruch — abgesehen von dem Entzug von tierischen und menschlichen Arbeitskräften — nicht in einem ähnlichen Maße wie in der industriellen Produktion erfolgt ist, so bleibt die Landwirtschaft in diesem Abschnitt außer Betracht.

Die Hauptmomente, die bei Ausbruch des Weltkrieges als störend für den geregelten Fortgang der deutschen Produktion anzuführen sind, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1) entstand eine Gefährdung der Produktionsbasis durch a) Schwierigkeit oder Unmöglichkeit der weiteren Rohstoffbeschaffung infolge Aufhörens des Imports, Beschlagnahme für die Heeresverwaltung, Stillegung oder Einschränkung der inländischen Lieferungsunternehmungen, Störung des Transportwesens und teilweise erhebliche Verteuerung der Rohstoffe.

b) Gefährdung der Produktionsmittel durch plötzliche Sperre des Kredits, durch Nichteingang von fälligen Forderungen (besonders bei Exportfirmen) und durch Drängen der Gläubiger auf Rückzahlung in Anspruch genommener Kredite.

c) Entzug von Arbeitskräften durch Einberufung zum Wehrdienst.

2) trat eine Gefährdung und Umgestaltung des Absatzes ein, dazu trugen bei:

a) die allgemeine Unsicherheit der Marktlage,

b) der Verlust großer ausländischer Absatzgebiete und

c) die Umgestaltung des Binnenmarktes durch Änderung der Nachfrage: Wegfall des Luxuskonsums, Verringerung der Gesamtnachfrage durch Minderung der Kaufkraft der breiten Massen infolge Arbeitslosigkeit und Wehrdienst, Beschränkung der Nach-

frage nur auf lebenswichtige Produkte und Auftreten des Heeresbedarfes.

Alle diese Gründe haben in den letzten Julitagen und im August des Jahres 1914 eine gewaltige Erschütterung der deutschen Produktion mit sich gebracht. Stillegung, Einschränkung der Produktion und Umstellung des Produktionsapparates auf die veränderte Nachfrage und besonders auf den ungeheuren Heeresbedarf sind die unmittelbaren Folgèn des Kriegsausbruches für weiteste Teile des Gewerbes gewesen und es ist klar, daß der Übergang vom Friedens- zum Kriegsbetrieb sich nur unter großen Störungen und Reibungen innerhalb der gesamten Volkswirtschaft vollziehen konnte.

Da zur Zeit des Serajewoer Attentates die industrielle Konjunktur in Deutschland sich im Zustand der Stagnation befand, ergibt sich daraus ein niedriges Preisniveau der wichtigsten Waren und Rohstoffe. Die Metalle zeigten im Vergleich mit dem Preisniveau im September 1912 mit Ausnahme von Blei einen sehr niedrigen Stand. Mit der Bekanntgabe der österreichischen Note an Serbien, die bereits in ihrer völligen Tragweite gewürdigt wurde, wurde die Preisbewegung der wichtigsten Metalle erheblich beeinflußt und es trat von diesem Zeitpunkt ab auf dem Weltmarkt teilweise ein scharfer Preisrückgang ein. Es notierten:[108])

in sh. pro to.

	1912	Juli 1914			
	30. Sept.	23.	24.	29.	30.
Eisen (Warrants in Glasgow)	68	51	51,2½	51,1½	50,10½
Kupfer per Kasse in Berlin	179	122½	120¾	117	112¾
Zinn per Kasse in London	230	143,1	142,2	136	134
Zink per Kasse in London	27½	21,1	21,1	21,15	21,15
Blei per Kasse in London	22⅛	19	18,15	18,15	18

Mit Einsetzen des Kriegszustandes hat in Deutschland naturgemäß das Kupfer die stärkste Verteuerung erfahren, während der Preis des Roheisens sich verhältnismäßig wenig veränderte.[109])

2. Kohlenförderung und Eisenerzeugung.

Bei Kriegsausbruch wurde der Bergbau durch die Einberufungen und Transportschwierigkeiten schwer beeinträchtigt, sodaß die Kohlenförderung im Deutschen Reich im August ca. um

[107]) Plenge: a. a. O., S. 79 ff.
[108]) Loeb: a. a. O., S. 22 ff.
[109]) Siehe Anhang Tab. IV.

die Hälfte hinter der des Monats Juli zurückblieb. Im Stein- und Braunkohlenbergbau waren vor Ausbruch des Krieges ca. 710 000 Arbeiter beschäftigt. Durch Einberufung war die Zahl auf ca. 250 000 heruntergegangen.[110]) Da es im Bergbau meistens möglich ist, durch Ausnützung der Förderverhältnisse durch geeignete Schichtenverteilung und durch Abbau besonders ergiebiger Adern relativ mehr — also mit größerer Intensität — zu fördern, war der Ausfall von fast $^2/_3$ der Belegschaft nicht gleichbedeutend mit einem im Verhältnis entsprechenden Rückgang der Förderungsziffern; ferner stand ein gewisses Angebot von Arbeitskräften, die aus anderen Montanzweigen, z. B. der Kali- und Eisenindustrie zeitweilig freigeworden waren, dem Bergbau zur Verfügung, die in Anbetracht der durch die Einstellung des Güterverkehrs sehr geringen Kohlenabfuhr völlig genügten. So konnten beispielsweise im August 1914 nach den Häfen Duisburg, Duisburg Hochfeld und Ruhrort per Bahn nur 266 372 t Steinkohle gebracht werden gegen 1 685 800 t im August 1913, per Schiff nur 401 625 t gegen 1 973 112 t im August 1912.[111])

In Friedenszeiten wurden für die deutsche Kohlenabfuhr im rheinisch-westfälischen Industriebezirk täglich 3—3200 Eisenbahnwagen den Kohlenzechen gestellt. Anfangs August sank die Zahl auf 6500 pro Woche, vom 21. 8. 14 bis 10. 9. 14 waren es schon wieder 16 600, vom 11.—30. 9. 20 600 und am 28. 10. 1914 bereits 24 868 Wagen.[112])

Die Kohlenförderung betrug[113]) im gesamten Reiche im

	Steinkohle	Braunkohle
Juni	15 016 220	7 158 655
Juli	16 562 393	7 672 169
August	8 477 214	4 377 955
September[114])	9 995 385	5 988 828

Bei diesem allgemeinen Rückgang der Förderziffern hielt sich das Ruhrgebiet im Durchschnitt gut; in Oberschlesien, wo infolge der Trockenheit die Oderschiffahrt sehr eingeschränkt wurde, mußte auf Lager gearbeitet werden.

Die Förderungs- und Absatzverhältnisse des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats werden in den ersten Kriegsmonaten im Vergleich mit August 1913 durch folgende Ziffern veranschaulicht:[115])

---

[110]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 496.

[111]) Calwer: a. a. O., S. 49 ff.

[112]) Brandt: a. a. O., S. 35.

[113]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 906.

[114]) Für den Kohlenbergbau Deutschlands reichen die amtlichen Förderausweise nur bis September 1914, von da ab wurden sie eingestellt.

[115]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 565 f. und 702.

	1913		1914		
	August	Juli	August	September	Oktober
Gesamtförderung	8 670 083	8 855 292	4 623 209	5 509 528	6 041 509
Beteiligung	7 616 581	7 926 935	7 633 341	7 631 392	7 926 235
Gesamtabsatz	8 679 624	8 744 169	3 670 036	5 355 003	5 995 083
arbeitstägl. Förderung	333 465	327 974	177 816	211 905	223 760
arbeitstägl. Absatz an Kohle	216 575	224 623	93 420	135 478	145 982
arbeitstägl. Absatz an Koks	57 648	44 846	17 868	29 035	33 523
Absatz an Briketts	15 015	14 866	4 381	9 584	12 171

Die Absatzverhältnisse im Oktober 1914 mit einer Steigerung der arbeitstäglichen Förderung von 12 855 Tonnen = 7,75% wiesen eine günstigere Entwicklung als in den beiden Vormonaten auf; die zur Verfügung stehende Kohlenmenge kam aber weniger der Privatwirtschaft als der Heeres-, Marine- und Staatseisenbahnverwaltung zugute, deren dringlicher Bedarf keine Einschränkung erfahren konnte.[116])

Die Eisenindustrie, die wie keine andere auf die Kohle angewiesen ist, wurde durch die Eisenbahnsperre schwer betroffen. Ein großer Teil der Hochöfen mußte ausgeblasen werden, wenn kein Vorrat von Eisen oder Kohlen aufgestapelt war, sodaß vielfach die Lieferungstermine nicht eingehalten werden konnten.[117]) In der Zufuhr von Rohstoffen und im Absatz der Erzeugnisse nach dem Ausland war eine fast vollkommene Stockung eingetreten. Zahlreiche für den Absatz im Ausland arbeitende Industriezweige sahen keine Möglichkeit, ihre sich anhäufenden Warenbestände des Friedensbedarfs zu verringern und mußten daher zu starken Betriebseinschränkungen schreiten, soweit sie nicht durch ihre Lage zum militärischen Operationsgebiet unserer Heere zu einer völligen Stillegung genötigt waren.

Die gesamte Roheisenerzeugung wird durch folgende Ziffern ausgedrückt:[118])

	1914 in Tonnen
Juni	1 531 313
Juli	1 561 944
August	586 661
September	580 087

Entsprechend der geringen Beschäftigung trat in den Betrieben eine Arbeitszeitverkürzung von 10 auf 6 Stunden ein.[119]) Für Rheinland und Westfalen wurde über die ersten Einwirkungen des Krieges folgendermaßen berichtet:[120]) „Die Hochöfen im Rheinland und Westfalen sind zum Teil gedämpft oder ausgeblasen. Die Stahlwerke arbeiten mit großer Einschränkung. Außer Kriegs-

[116]) Volkswirtschaftliche Chronik für das Jahr 1914, S. 703.
[117]) W. Mathesius: Die deutsche Eisenindustrie und der Krieg (Chemiker-Ztg., 38. Jahrg., Nr. 136/37 vom 14. 11. 1914).
[118]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 500.

material der verschiedensten Art liegt z. Zt. nur wenig Arbeit vor . . . . Die Vorräte der Werte an Rohmaterial werden bei beschränktem Betrieb auf 2 bis 6 Monate ausreichen ohne neue Zufuhr, je nachdem die Werke sich eingedeckt haben."

In der am 11. September 1914 erfolgten Hauptversammlung des Roheisenverbandes G. m. b. H. Essen wurde folgendes berichtet:[121] „Wie in allen Geschäftszweigen ist durch den Ausbruch des Krieges auch das Roheisengeschäft stark in Mitleidenschaft gezogen . . . Der Versand ist nach Ausbruch des Krieges auf der ganzen Linie eingestellt worden. Es sind im Laufe des Monats August vornehmlich Lieferungen für die Heeresverwaltung ausgeführt worden. Dieser Versand bezifferte sich auf etwa 22% der Beteiligung . . ."

Anläßlich der am 17. 9. 1914 abgehaltenen Hauptversammlung des Stahlwerkverbandes wurde über die Geschäftslage mitgeteilt:[122] „Das Inlandgeschäft in Halbzeug liegt seit Ausbruch des Krieges still. Der Versand, der in den ersten Wochen fast vollständig stockte und sich nur auf geringe Mengen für Kriegszwecke beschränkte, hat sich, seit der Eisenbahnverkehr wieder teilweise freigegeben wurde, etwas gebessert. Mit einer sehr erheblichen Steigerung des Absatzes ist für die nächste Zeit nicht zu rechnen, da die inländischen Verbraucher, soweit sie überhaupt ihren Betrieb aufrecht erhalten können, von dem Ausfuhrmarkte in der Hauptsache abgeschnitten sind . . ."

In Oberschlesien hatte die Inanspruchnahme sämtlicher Eisenbahnen für militärische Zwecke den Versand nach Kriegsausbruch völlig zum Stocken gebracht. Weiterhin zwang auch dort die Einziehung der Arbeitskräfte zu Einschränkungen, sodaß von 26 Hochöfen bei Ausbruch des Krieges nur 17 in Betrieb bleiben konnten.[123]

Ebenso mußten die Saarwerke bei Eintritt der Mobilmachung eine große Einschränkung ihrer Betriebe vornehmen; von 26 Öfen im Frieden wurden bei Ausbruch des Krieges 15 gedämpft und 3 ausgeblasen.[124]

In Elsaß-Lothringen war bei Ausbruch des Krieges der Abgang an Arbeitern infolge sofortiger Einberufung aller Jahresklassen des gedienten Landsturms ziemlich beträchtlich, ferner war, ebenso wie im Saarland, die Nähe des Operationsgebietes für die Betriebserhaltung erschwerend, sodaß fast alle Werke ihren Betrieb einstellen mußten; von 50 Hochöfen blieben demnach bei Kriegsausbruch nur noch 5 im Betrieb.[125]

---

[119]) Reichsarbeitsblatt Nr. 9, 12. Jahrg. vom 23. 11. 1914.
[120]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 568.
[121]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 569.
[122]) ebenda, S. 570.
[123]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 568.
[124]) Loeb: a. a. O., S. 77.
[125]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 569.

Durch den großen Vorrat an Roheisen, der auf den Hüttenwerken lagerte, und durch die infolge Arbeitermangels begrenzten Erhöhungen der Eisensteinförderung kam es, daß auch in den nach Kriegsausbruch folgenden Wochen ein Aufschwung in der Roheisenerzeugung nicht wesentlich stärker einsetzen konnte.[126])

3. Textilindustrie.

Der vor dem Krieg mächtig anwachsenden Textilindustrie mußte der Handel ausländische Rohstoffe und fremde Absatzgebiete beschaffen und erschließen, sodaß sie im Jahre 1913 bei einem Arbeiterstand von über 1 Million Werte von annähernd von 5 Milliarden Mark erzeugen konnte,[127]) wofür allerdings eine Rohstoffeinfuhr aus dem Auslande von mehr als 1½ Milliarden Mark die Voraussetzung bildete. Der Verbrauch des Inlandes und der deutschen Kolonien an Textilwaren betrug 87,1%, der Rest wurde ausgeführt.[128]) Von den eingeführten Rohstoffen nahm 1913 die Baumwolle mit 628,2 Millionen Mark den ersten Platz ein; es folgten dann Wolle mit 520,4 Millionen, Seide mit 171,5 Millionen, Jute mit 93,9 Millionen und Hanf und Flachs mit 94,4 Millionen Mark.[129]) Als Lieferanten hierfür kamen, abgesehen von Österreich-Ungarn, das den Flachs lieferte, ausnahmslos Amerika und die asiatischen Länder in Betracht.[130]) In Deutschland selbst wurden infolge der für den Anbau von Faserpflanzen ungeeigneten geographischen und klimatischen Lage Flachs, Hanf und Wolle nur in geringen Mengen gewonnen; die Textilindustrie war stark auf überseeische Länder angewiesen, von denen sie 95% ihres Bedarfs an Faserstoffen einführte.[131]) Diese Abhängigkeit im Rohstoffbezug vom Ausland brachte die deutsche Textilindustrie in eine schwierige Lage, da der Rohstoffversorgung der Charakter der Unsicherheit und der Spekulation verliehen wurde.[132]) Um sich den Preisschwankungen der Auslandsmärkte nicht zu sehr unterwerfen zu müssen — an eine Faserstoffnot im Kriegsfall wurde überhaupt nicht gedacht[133]) — suchte man neben der vollständigen Ausnützung der Rohstoffe durch die Kunstbaumwollenfabrikation neue gleichwertige Rohstoffe zu finden. Es wurden alle Verfahren angewandt, um einen wollähnlichen Rohstoff aus

---

[126]) Brandt: a. a. O., S. 38.
[127]) Wirtschaft und Statistik, 2. Jahrg., Berlin 1922, S. 142 ff.
[128]) A. Kertesz: Die Textilindustrie sämtlicher Staaten, Braunschweig 1917, S. XXV.
Vergl. Anhang, Tab. I.
[129]) Der deutsche Außenhandel (Spezialhandel) im Jahre 1925 verglichen mit dem Jahre 1913, bearbeitet im Statistischen Reichsamt, Berlin 1927, Teil I, S. 4 ff.
[130]) Glafey: a. a. O., S. 6, 13.
[131]) F. Wolf: Die deutsche Textilwirtschaft im Weltkrieg, Dissertation Erlangen 1929, S. 11.
[132]) ebenda, S. 10.
[133]) ebenda, S. 12.

Stengelfasern zu gewinnen; die Herstellung der künstlichen Seiden, wie der Glanzstoffe und der Zellstoffgarne Silvalin, Textilose usw. erreichte besondere Bedeutung.[134])

Bei Ausbruch des Weltkrieges, der mit einem Schlage die Zufuhr der wichtigsten Rohstoffe größtenteils unterband, war die deutsche Textilindustrie von jetzt ab auf sich selbst angewiesen und es bestand zugleich die Notwendigkeit, den enormen Anforderungen für die Bekleidung und Ausrüstung der Wehrmacht zu entsprechen.[135])

Der geschäftliche Gang des Textilgewerbes zu Beginn des Krieges wurde durch 3 Faktoren bedingt.[136]) Erstens verringerte sich durch die Mobilmachung die Zahl der Arbeitskräfte, was jedoch infolge der überwiegenden Mehrzahl der weiblichen Arbeiter nicht sehr bedeutend war. In Friedenszeiten waren 947 325 Arbeiter beschäftigt, von denen 511 986 weiblichen Geschlechtes waren; in Rücksicht darauf war die Arbeiterzahl durch Einziehung zum Wehrdienst bis Mitte August 1914 nur um 11,5% gesunken. Zweifellos ging aber der Beschäftigungsgrad in Ermangelung von Aufträgen, die im Durchschnitt auf ein Minimum gefallen sind, erheblich stärker zurück; dieser Zustand war teilweise vorübergehend, da der Minderbedarf an manchen Modeartikeln durch den steigenden Gebrauch des Heeres nahezu ausgeglichen wurde. Immerhin war für einzelne Branchen damit zu rechnen, daß die Aufträge sich sobald nicht heben werden. Von dieser Ungunst wurden besonders solche Betriebe betroffen, die nur bessere Gebrauchs- und Luxusartikel herstellten oder in überwiegendem Maße auf die Ausfuhr angewiesen waren. Dazu kam, daß gerade in Luxusgegenständen die Lager der Detaillisten und Großisten überfüllt waren, dagegen die Kauflust des Publikums äußerst schwach war. Betriebe dagegen, die vorwiegend Leibwäsche und Bekleidungsstoffe in billigen Qualitäten herstellten, hatten eine bessere Geschäftslage. Der dritte Faktor, der den Beschäftigungsgrad mitbestimmte, war die Rohstoffversorgung, in der Deutschland fast ausschließlich vom Ausland abhängig war. Zum Glück kamen bald durch die militärischen Erfolge die Textilzentren von Belgien, Nordfrankreich und Russisch-Polen in deutschen Besitz, wodurch dem Inland erhebliche Rohstoffmengen zugeführt werden konnten.[137]) Da die gesamte Einfuhr Deutschlands an Baumwolle 1913 583 200 Tonnen und in den ersten sieben Monaten des Jahres 1914 bereits 461 700 Tonnen betrug, waren demzufolge bei Kriegsausbruch in Deutschland größere Baumwollvorräte im Vergleich zu den Vorjahren vorhanden.[138]) Auch andere Textilrohstoffe wiesen trotz ungünstiger Konjunktur eine

[134]) Glafey: a. a. O., S. 12.
[135]) ebenda, a. a. O., S. 15.
[136]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 503 f.
[137]) Brandt: a. a. O., S. 84.
[138]) Wolf: a. a. O., S. 19.

erhöhte Einfuhr auf, sodaß auch hier stärkere Vorräte als sonst zur Verfügung standen.[139]) Wenn auch durch diese Vorräte an Baumwolle, Wolle, Jute und Flachs die Betriebe in der ersten Kriegszeit aufrecht erhalten werden konnten, lagen andererseits für Seide und Hanf die Verhältnisse äußerst ungünstig, die schließlich zu einem Stillegen der Betriebe führen mußten. Für Seide war die Rohstoffzufuhr anfangs von Italien her über die Schweiz noch leicht zu bewerkstelligen ebenso wie für Baumwolle und Wolle der Weg von Amerika über die holländischen Häfen, da Baumwolle zunächst nicht als Bannware behandelt wurde, bis die Blockade dieser Einfuhr, die bis Ende 1914 88 800 Tonnen betragen hatte,[140]) schon bald ein Ende machte.[141]) Im Monat August 1914 hat das Textilgewerbe aus den angeführten Gründen in den meisten Bezirken einen starken Rückgang erfahren. Im Gegensatz zu anderen Gewerben, in denen die Mobilmachung dazu zwang zunächst zahlreiche Betriebe einzustellen, während bald wieder eine leichte Erholung eintrat, zeigte sich im Textilgewerbe, daß der Beschäftigungsgrad fast von Woche zu Woche weiter abnahm. In Elberfeld z. B. wurden Ende des Monats August bereits 8000 Arbeitslose der Textilindustrie gezählt. Viele Betriebe, die ohne Heeresaufträge waren, konnten teilweise ihre Außenstände nur schwer hereinbringen, wodurch der Geschäftsgang sehr beeinträchtigt war. Auf dem Rohstoffmarkt war die allgemeine Nachfrage verhältnismäßig rege, da die Hauptsorge die Heranschaffung neuen Rohmaterials war, mit dem man sich auf alle Fälle noch für einige Zeit eindecken wollte.[142])

Eine stärkere Wiederbelebung des Textilgewerbes konnte im Vergleich zu anderen Gewerbezweigen erst im Monat Oktober mit den größeren Heeresaufträgen einsetzen. Es kamen die Bestellungen zur Einrichtung von Lazaretten, sowie der starke Winterbedarf der Soldaten an Wäsche und warmen Bekleidungsstücken, wodurch die durch die Unterbindung der Ausfuhr entstandenen Ausfälle auf diese Weise zwar nicht vollständig ersetzt, aber doch bedeutend vermindert wurden. Wenn auch einzelne Industrien, wie die Seiden- und Sammetindustrie, von der einsetzenden Belelebung nicht so sehr beeinflußt wurden, so hatte sich der allgemeine Beschäftigungsgrad von dem Tiefstand im August immerhin beträchtlich erholt.[143]) Waren im August von je 100 Arbeitern der Textilindustrie etwa 71,8 beschäftigt, so waren es Ende September 82,9 und Ende Oktober 90,9.[143])

---

[139]) Reichsarbeitsblatt Berlin, 12. Jahrg., 1914, Nr. 1 bis 8.

[140]) F. W. Bruck: Geschichte des Kriegsausschusses der deutschen Baumwollindustrien, Berlin 1920, S. 273/74.

[141]) O. Witt: Die deutsche chemische Industrie und der Krieg, (Chemiker-Zeitung, 38. Jahrg., Nr. 122/23 vom 13. 10. 1914).

[142]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 570 ff.

[143]) Ebenda, S. 709 ff. — Vergl. S. 55 f. dieser Arbeit.

Die Hauptschwierigkeit bot die Versorgung der Betriebe mit den nötigen Rohmaterialien. Infolge der Unübersichtlichkeit der Marktlage wurden die Preise für Rohstoffe wie für die Garne und Gewebe stark in die Höhe getrieben, bis schließlich die gesetzliche Höchstpreisfestsetzung geregelt wurde.[144])

4. Chemische Industrie.

Die Chemie stand bei Ausbruch des Weltkrieges einer Fülle von Problemen gegenüber. Vor allem war sie im Verlauf des Krieges für die Volksernährung und Beschaffung künstlicher Düngemittel von großer Bedeutung.[145]) Wie hoch unsere chemische Industrie eingeschätzt wurde, mag ein schon wenige Tage nach Ausbruch des Krieges in London abgehaltenes Meeting zeigen, in dem der Beschluß gefaßt wurde, in erster Linie die deutsche chemische Industrie zu vernichten.[146])

Über die ersten Einwirkungen des Krieges auf diese Industrie äußerte sich die Direktion der Farbenfabriken Leverkusen:[147]) „Das Geschäft in Farben und Zwischenprodukten liegt seit der Mobilmachung ganz darnieder, da die Ausfuhr von Farbstoffen verboten ist und mehr als 20% unseres Umsatzes exportiert werden. Pharmazeutische Produkte sind zwar im Anfang recht gut gefragt worden, lassen aber jetzt auch schon erheblich nach. Wir werden in der nächsten Zeit die Fabriken ganz schließen müssen, da dann bereits so große Vorräte vorhanden sind, daß wir nicht verantworten können, mehr hinzulegen. Selbst wenn aber das Ausfuhrverbot für Farben aufgehoben wird und sich die Möglichkeit bietet, über Italien nach Amerika und Ostasien zu exportieren, können wir nicht auf mehr als ein Drittel Beschäftigung rechnen."

Da das Deutsche Reich 1913 für 432,91 Millionen Mark Erze, für 187,53 Mill. Mark Fette und Mineralöle, für 577,47 Mill. Mark Baumwolle und für 118,69 Mill. Mark Kautschuk einführte,[148]) versuchten die feindlichen Staaten mit allen Mitteln den deutschen chemischen Handel durch möglichst vollständige Unterbindung der Rohstoffzufuhren und seines ausländischen Absatzes lahm zu legen. Außerdem war der Verlust an gut geschulten Hilfskräften sehr fühlbar, derer die chemische Industrie in besonderem Maße bedarf, wodurch sich die vielfach notwendige Reduktion der Betriebe auf 4 Tage in der Woche[149]) ergab. Der Ausfall der Farbenindustrie durch Aufhören des Exportes konnte nur teilweise durch den Heeresbedarf ausgeglichen werden.

---

[144]) Vergl. S. 119 dieser Arbeit.

[145]) H. Großmann: Der Krieg und die chemische Industrie (Krieg und Volkswirtschaft, Nr. 285, Heft 2, Berlin 1915), S. 2.

[146]) N. Witt: Die chemische Industrie Deutschlands im Zeichen des Krieges (Chemiker-Zeitung Nr. 120/21 vom 8. 10. 1914).

[147]) Calwer: a. a. O., S. 55.

[148]) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, S. 155 ff.

[149]) Witt: a. a. O., Nr. 120/21.

Bei der stickstoffverarbeitenden Industrie wurde naturgemäß die Kalisalpeterherstellung und die Salpetersäuregewinnung lahm gelegt. Die AG. für Anilinfabrikation berichtet, daß die Ausfuhr mit Kriegsausbruch sofort stockte.[150]) Dasselbe galt für die Badische Anilin- und Sodafabrik.

Äußerst ungünstig wirkte der Kriegsausbruch auf die Zelluloidindustrie, da die Vorräte wie Baumwolle, Kampfer, Salpeter schon in den ersten Monaten beschlagnahmt wurden, sodaß diese Industrien bereits zu Beginn des Jahres 1915 stillegen mußten.

Auf dem Gebiet der Kaliversorgung besaß Deutschland 1913 mit der jährlichen Produktion von 1 676 187 t ein Weltmonopol.[151]) In Amerika stieg durch die Unterbrechung des deutschen Kaliimportes der Preis um 200—300%, sodaß die ungestörte Weiterarbeit vieler Industriezweige dadurch in Frage gestellt wurde. Für die Kaliindustrie war im Jahre 1913 der landwirtschaftliche Absatz mit rd. 91% der Gesamtproduktion der weitaus größte. Während des Krieges hörte die Ausfuhr nicht ganz auf; die fehlende Ausfuhrmöglichkeit nach Amerika wurde dadurch ausgeglichen, daß Ende 1914 rd. 12,8% der Produktion an Kalisalzen den nicht verschlossenen Weg nach Österreich, Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien und Italien nehmen konnten. Für die Phosphorsäuredüngemittel war die Versorgung Deutschlands nicht so günstig, da diese Produktion ausländisches Rohmaterial in Form der Mineralphosphate von Florida, Algier, Tunis und mehreren Südseeinseln voraussetzte; man sah sich infolgedessen in Deutschland, nachdem die Einfuhr unmöglich geworden war, nach Ersatzmitteln und anderen Einfuhrmöglichkeiten um. Es wurde versucht, die belgischen Phosphate in den Bezirken Lüttich und Hennegau für Deutschland zugänglich zu machen, jedoch war der Gehalt der dortigen Mineralien an Phosphat sehr gering, dagegen war ihr Eisengehalt höher.[152])

Die Beschaffung der stickstoffhaltigen Düngemittel, die eines der wichtigsten landwirtschaftlichen Erfordernisse darstellt, erfuhr durch die Unterbrechung der chilenischen Salpeterzufuhr infolge des Krieges ein ganz verändertes Aussehen, da die Salpetervorräte in Deutschland zu Kriegsbeginn ausschließlich für militärische Zwecke bereitstehen mußten und die Industrie auf die Lieferung dieses wichtigen Rohstoffes, soweit nicht Heereslieferungen in Betracht kamen, nur wenig rechnen konnte. Da für die zweite Hälfte des Jahres 1914 die Veröffentlichung der Handelsstatistik unterblieb, läßt sich nicht beurteilen, in welchem Grade der Export der chemischen Industrie durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen wurde,[153]) jedoch ist bei Betrachtung der Außenhandelsziffern, die

[150]) F. Schmitt: Die Lage der Stickstoffindustrien während des Krieges. Berlin 1919, S. 11 f.

[151]) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, S. 158.

[152]) Großmann: a. a. O., S. 8 f.

[153]) ebenda, S. 14.

die im Jahre 1913 für die Einfuhr an chemischen Rohstoffen 430,4 Millioner Mark und für die Ausfuhr von Chemikalien 956,4 Millionen Mark aufwiesen,[154]) anzunehmen, daß zahlreiche auf Export und Import angewiesene Zweige der deutschen chemischen Industrie große Ausfälle erlitten haben.

5. Baugewerbe.

Das Baugewerbe im weiteren Sinne umfaßte vor dem Krieg ca. 30% der Gesamtgüter des deutschen Wirtschaftslebens und war damit ein wichtiger Bestandteil der ganzen Volkswirtschaft; es kann sogar wegen seines weit umspannenden Arbeitsfeldes wie der Ziegel-, Zement-, Kalk- und Kunststeinherstellung als Schlüsselgewerbe bezeichnet werden.[155])

Mit Einsetzen des Krieges wurde das Baugewerbe, das schon in den letzten Jahren durch das Darniederliegen der Bautätigkeit zu leiden hatte, besonders schwer getroffen. Während eine Reihe von Gewerbezweigen sich infolge des Kriegszustandes eines guten Beschäftigungsgrades erfreute oder zum mindesten in der Lage war, sich mehr oder weniger den neuartigen Verhältnissen anzupassen, bestand für das Baugewerbe hiezu nur geringe Möglichkeit. Die Neueinrichtungen von industriellen Anlagen unterblieb ebenso wie auch der Bau neuer Wohnhäuser; Industrielle und Private verhielten sich abwartend, eine allgemeine Bauunlust war eingetreten. Aufträge wurden, wo irgend möglich wieder zurückgenommen. Infolge der Unsicherheit der Lage, die jedem Kriegsausbruch zu folgen pflegt, scheute man sich allgemein, Kapitalien in Wohnungen anzulegen, was durch die Lage des Baukapitalmarktes bewiesen wurde.[156]) Hier war sofort nach Kriegsausbruch das Beleihungsgeschäft fast gänzlich erloschen. Der Pfandbriefumlauf, der im ersten Halbjahr 1914 noch um 175 Millionen ℳ gestiegen war, erfuhr gleich in den ersten Kriegsmonaten eine Verringerung; es flossen 15 Millionen ℳ Pfandbriefe wieder zurück. Das Risiko einer langfristigen Kapitaleinlage erschien zu groß und das Privatkapital zog sich von der Wohnbaufinanzierung zurück.[157])

Große Schwierigkeiten erwuchsen dem Baugewerbe durch den Arbeitermangel und durch die Baustoffnot, die sich sofort nach Kriegsbeginn bemerkbar machten. Die im Baugewerbe übliche Disponierung auf weite Sicht brachte es mit sich, daß der Einfluß des Krieges erst im Jahre 1915 voll zur Geltung kam.

---

[154]) H. Großmann: Der deutsche Außenhandel mit Chemikalien und der Weltkrieg (Chemiker-Zeitung, 38. Jahrg., Nr. 132/33 vom 5. 11. 1914.)

[155]) K. Gruber: Die Lage des Baumarktes in Deutschland während des Krieges. Diss. München 1928, S. 5.

[156]) M. Wagner: Bauwirtschaft, Realkredit und Mieten im und nach dem Kriege. (Finanzwirtschaftliche Zeitfragen, 34. Heft, Stuttgart 1917) S. 13 ff.

[157]) Gruber: a. a. O., S. 16.

Wie sehr die Bautätigkeit darniederlag, dürften am besten folgende Zahlen ausdrücken: Der Reinzugang an neuen Wohnhäusern betrug:[158])

	1913	1914	1915
Berlin *)	168	101	48
Dresden	243	253	75
Bremen	655	725	262
Frankfurt	557	348	225
Breslau	157	90	37
Hamburg	705	425	152
Karlsruhe	187	122	90
Köln	532	470	378
Königsberg	260	113	66
Leipzig	403	299	152
München	365	199	77
Nürnberg	300	289	61
Stuttgart	441	382	110

*) Berlin ohne Schöneberg und Wilmersdorf.

Außer dem Rückgang machte sich auch eine Verschiebung der Bautätigkeit geltend, insofern als jetzt im Gegensatz zur privaten die öffentliche Bautätigkeit an erste Stelle gerückt war.

Neben den oben angeführten störenden Momenten sind, abgesehen von den geringen privaten Aufträgen, noch die mit Kriegsbeginn einsetzenden Transportschwierigkeiten und die Kohlennot zu nennen. So war z. B. durch den Mangel an Verkehrsmitteln die Tonindustrie kaum mehr in der Lage, ihre Produktion aufrecht zu erhalten. Aus den gleichen Gründen mußten von 18 000 deutschen Ziegeleien zu Beginn des Krieges 8000 sofort ihren Betrieb einstellen.[159]) Diejenigen Unternehmungen, die ihre Betriebe weiter zu führen in der Lage waren, konnten ihre Produktionsmöglichkeiten ebenfalls oft nur in sehr geringem Grade ausnützen infolge der mangelnden Lieferung an Kohle. Durch diesen Faktor war die Lebens- und Produktionsfähigkeit der Ziegeleien bestimmt, was ohne weiteres verständlich ist, wenn man bedenkt, daß die normale Jahresproduktion vor dem Krieg von ca. 16 Milliarden Ziegel rd. 2,8 Millionen t Kohle verschlang und für 1000 Stück Mauerziegeln der Kohlenbedarf 1775 kg betrug.[160])

Die Unrentabilität der Ziegeleien während des Krieges kommt im Rückgang der Dividende klar zum Ausdruck.[161])

	Gesellschaften	Aktienkap. in Millionen Mk.	Dividenden in % 1913/14	1914/15
Ziegeleien	47	22,23	2,8	1,3
Tonwerke	30	50,39	6,9	2,2

[158]) Die Wohnungsprobleme Europas nach dem Kriege, Studien und Berichte des Internationalen Arbeitsamtes in Genf. Genf 1924, S. 359. (Gruber: a. a. O., S. 64.)

[159]) Bayerisches Staatsarchiv München, Material der Rohstoffwirtschaftsstelle (ungeordnet in Kisten).

[160]) Bayerisches Staatsarchiv a. a. O.

[161]) ebenda.

Die Zementindustrie, die im Frieden durch Qualitätserzeugnisse sich zur Exportindustrie entwickelt hatte, wurde durch den Kriegsausbruch vor allem durch die Unterbindung des Absatzes im Ausland — mit Ausnahme von Holland — geschädigt, sodaß sich wegen des verhältnismäßig geringen Absatzes im eigenen Land auch noch im Krieg eine Überproduktion einstellte. Die Folge war ein allgemeiner Rückgang der Dividenden von durchschnittlich 8—10% in den Jahren 1912 und 1913, auf 3—4% in den Jahren 1914 und 1915.[162])

Ähnlich schlechte Verhältnisse fanden sich in der Kalkindustrie, die ebenfalls unter Kohlenmangel und ungünstigen Transportverhältnissen zu leiden hatte. Wesentlich günstiger stand es mit der Holzwirtschaft, die für die Herstellung von Baracken und ähnlichen Kriegsbauten die reichsten Absatzmöglichkeiten bot.[163]) Der Holzbedarf, der in Friedenszeiten 42 Millionen Festmeter betrug, von denen 28 Millionen von der Heimat geliefert wurden, konnte bei den gepflegten deutschen Wäldern und später durch die Möglichkeit, von besetzten Gebieten zu beziehen, auch ohne fremde Einfuhr befriedigt werden.[164])

Der Bauarbeitsmarkt zeigte ein wesentlich günstigeres Bild, da das Anschwellen der Zahl der Arbeitslosen nach Kriegsausbruch erfreulicherweise nicht weiter stieg; bereits im Oktober trat mit 209,77 Arbeitsuchenden auf 100 offene Stellen[165]) eine merkliche Verminderung der Arbeitslosigkeit ein, sodaß bis Ende des Jahres 1914 in Anbetracht der Kriegszeit der Beschäftigungsgrad nicht als allzu ungünstig bezeichnet werden konnte.

IV. Kapitel.

Wirkung auf den Verkehr.

Im Falle des Krieges erreicht das Verkehrswesen, dessen Entwicklung als die unser Zeitalter beherrschende ökonomische Tatsache angesehen wird,[166]) eine gesteigerte Bedeutung, da es nicht nur für die Front allein zu arbeiten hat, sondern nebenbei auch den Kreislauf im wirtschaftlichen Organismus lebendig erhalten muß.[167])

Bis zum 25. Juli 1914, dem Tag des Ablaufs des von Österreich-Ungarn an Serbien gestellten Ultimatums blieb der Eisen-

[162]) Bayerisches Staatsarchiv und Volkswirtschaftliche Chronik für das Jahr 1915, S. 933 f.

[163]) Ministerium für militärische Angelegenheiten, München, Nr. 100 864/K 4a 3.

[164]) **ebenda.**

[165]) Volkswirtschaftliche Chronik für das Jahr 1914, S. 928.
Vergl. S. 55 f. dieser Arbeit.

[166]) A. Weber: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, München 1929, S. 332.

[167]) v. Völcker: Der deutsche Eisenbahnverkehr und der Krieg (Krieg und Wirtschaft, 3. Heft, Tübingen 1915), S. 561.

bahnbetrieb in Deutschland vollständig erhalten. Von diesem Tage ab warf der drohende Krieg seine Schatten voraus. Es begann infolge der Kriegsfurcht ein unerwarteter Rückstrom der Reisenden in großen Massen. Der 30. und 31. Juli stellte an den Eisenbahnbetrieb die größten Anforderungen, da neben dem Rücktransport der Truppen von den Übungsplätzen eine große Zahl von Ferienreisenden, Touristen, Kur- und Sommerfrischgästen alle Hals über Kopf heimreisen wollten, ebenso Ausländer, die sich in Deutschland befanden und umgekehrt viele Deutsche, die im Auslande gelebt hatten.[168]) Der Schnellzugsverkehr von Paris nach Deutschland war schon am 1. August gesperrt. Der deutsche Botschafter v. Schön hatte jedoch noch am 2. August die Abfertigung eines letzten Zuges nach Belgien für die deutschen Flüchtlinge aus Paris erwirkt. Der Verkehr schwoll von Tag zu Tag immer höher an. Doppelte und dreifache Führung der Fernzüge, Verspätungen und Anhäufung von Reisegepäck in großen Mengen waren die unausbleiblichen Folgen. Der letzte Orientexpreß war bereits am 24. Juli in Konstantinopel abgegangen und gelangte gleichzeitig mit dem österreichischen Ultimatum nach Belgrad, wo er nicht mehr weiterfahren konnte. Der Umfang dieses Verkehrsstoßes wird durch die ungewöhnlich hohe Fahrkartenausgabe gekennzeichnet, die vom 26. Juli an bis auf das Dreifache des üblichen Verkehrs stieg; innerhalb dieser Zunahme lassen sich zwei Verkehrswellen unterscheiden, deren erste am 26. Juli im Anschluß an den Kriegsausbruch Österreich-Serbien und deren zweite am 1. August mit Einsetzen der drohenden Kriegsgefahr ihren Höhepunkt erreichte.[169])

In Deutschland war mit der Erklärung des Kriegszustandes am 31. Juli der allgemeine Eisenbahnverkehr zwar nicht völlig eingeschränkt, aber doch im beträchtlichen Maß für den privaten Verkehr in den Hintergrund gerückt.[170])

Am 1. August, als bereits jeglicher durchgehende Eisenbahnverkehr mit dem Ausland eingestellt war, verkehrten, wenn auch mit Verspätungen, noch alle deutschen Schnellzüge fahrplanmäßig. Mehr als der Personenverkehr litt der Güterverkehr unter den beginnenden Kriegstransporten. Viele Tausende von Güterwagen wurden in angestrengter Arbeit für militärische Transporte aller Art ausgerüstet.[171]) Auch am 2. August, dem ersten Mobilmachungstage, konnten die Schnellzüge noch nahezu vollständig verkehren; es bestand im wesentlichen noch der volle Friedensfahrplan für den Personenverkehr, abgesehen von den Luxuszügen, die eingestellt waren, während der Güterverkehr die Annahme von Frachten mit Ausnahme solcher für militärische Zwecke, ver-

[168]) Völcker: a. a. O., S. 566.

[169]) Reichsverkehrsministerium, Die deutschen Eisenbahnen 1910 bis 1920, Berlin 1923, S. 157.

[170]) A. Kuntzemüller: Krieg und Verkehr, (Krieg und Wirtschaft, Heft 10, Berlin 1916) S. 7.

[171]) Völcker: a. a. O., S. 567 ff.

weigerte.[172]) Obwohl an den Bahnhöfen in Rücksicht auf Kriegstransporte angeschlagen war, daß für Privatpersonen nach der Mobilmachungserklärung keinerlei Anspruch mehr auf Beförderung bestände, boten die Eisenbahnen alles auf, um die nach Hause zurückflutenden Menschenmassen noch transportieren zu können.

Mit dem Mobilmachungsbefehl waren sämtliche Eisenbahnen in Deutschland als in der Nähe des Kriegsschauplatzes gelegen zu betrachten; deshalb trat auf allen deutschen Bahnen der bereits in Friedenszeiten durch das Kriegsleistungsgesetz vom 13. Juni 1873 und der Militärtransportordnung vom 26. Januar 1887 vorbereitete Militärfahrplan an seine Stelle.[173]) Darnach verkehrten sämtliche Züge mit gleicher Fahrzeit. Ihre zulässige Höchstgeschwindigkeit betrug 30 Stundenkilometer. Da auch die Zeitabstände, innerhalb derer sie liefen, regelmäßig waren, so erfolgten Abfahrts- und Ankunftszeiten in den Stationen jeweils um die gleiche Minutenzeit. Für den allgemeinen Verkehr waren einige wenige Züge, auf Hauptstrecken vier, auf untergeordneten Strecken drei und auf besonders wichtigen Strecken fünf Züge nach jeder Richtung bestimmt, ihre Benützung war jedoch nur unter der Voraussetzung gestattet, daß sie von militärischer Seite nicht voll beansprucht wurden.

Durch die in den ersten Tagen der Mobilmachung äußerst starke Beanspruchung des Wagenmaterials seitens der Militärbehörden — eine Entlastung der Eisenbahn durch Benutzung der Wasserwege für die Beförderung von Rohstoffen und Kohle fand nur in sehr geringem Maße statt[174]) — erlitt der Güterumlauf des gesamten Wirtschaftslebens empfindliche Stockungen. So mußte unter dem Zwang der Verhältnisse durch den Chef des Feldeisenbahnwesens schleunigst Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden, um wenigstens den dringendsten Anforderungen an Lebensmitteln und Rohstoffen nachkommen zu können, wenn sich auch dadurch für die Eisenbahn eine erhebliche Mehrarbeit ergeben mußte; zu diesem Zwecke wurden Zulassungsscheine für die Beförderung von Frachten auf der Eisenbahn ausgegeben. Für die Versorgung mit Milch war bereits gesorgt, nur machte sich hierbei die Beförderung auf den langsamen Lokalzügen nachteilig geltend. In einer Reihe von Städten erwies sich die Zufuhr von Schlachtvieh, Salz und besonders Kartoffeln notwendig, um Überschüsse an kartoffelarme Gegenden zu verteilen; auch herrschte nach Mehl und Zucker verschiedentlich bald rege Nachfrage; ähnlich bei Rohstoffen, deren Vorräte oft nicht ausreichend waren, sodaß sich die Militäreisenbahnbehörden mit Beförderungsanträgen bestürmt sahen. Für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk ermöglichte der Chef

[172]) Reichsverkehrsministerium, a. a. O., S. 158.
[173]) Kuntzemüller: a. a. O., S. 8.
[174]) Reichsarchiv, Der Weltkrieg 1914 bis 1918.
Das deutsche Feldeisenbahnwesen, Bd. I, S. 46.

des Feldeisenbahnwesens bereits am 9. August die Kohlen- und Rohstoffzufuhr unter bestimmten Bedingungen.[175])

Nachdem am 21. August Mobilmachung und Aufmarsch, die im Gegensatz zu 1870 gleichzeitig nebeneinander erfolgten,[176]) größtenteils vollendet waren, konnten vom 23. und 24. August an auf den meisten deutschen Hauptlinien wieder Schnellzüge verkehren, wenn auch zunächst nur je ein Schnellzugspaar auf jeder Strecke. Sogar Speise- und Schlafwagen erschienen bald wieder in den Fahrplänen.[177]) Bis Ende September 1914 waren die Reisegelegenheiten bedeutend verbessert. Ab Anfang November betrugen die Fahrleistungen der deutschen Eisenbahnverwaltungen zwischen 50% und 75% des vorhergegangenen Friedenswinters. Am 2. November 1914 erfolgte die Aufhebung des Militärfahrplanes und es trat der eingeschränkte Friedensfahrplan in Kraft; für die Bedürfnisse der Wehrmacht wurden Militärbedarfszüge vorgesehen.[178])

Eine Statistik des Personen- und Güterverkehrs auf den deutschen Eisenbahnen wurde seit Kriegsausbruch nicht mehr veröffentlicht; wie sich der Verkehr in der ersten Kriegszeit gestaltet hat, kann aus der Höhe der Einnahmen annähernd geschätzt werden, jedoch darf nicht übersehen werden, die Einnahmen aus den Militärtransporten, die relativ niedriger waren als die aus dem übrigen Verkehr, richtig zu veranschlagen.

Im August 1914 war ein großer Ausfall im Güterverkehr zu verzeichnen, der anfangs wesentlich mehr beeinträchtigt war als der Personenverkehr. Der Rückgang betrug 58,5% gegen August 1913, jedoch konnte er sich in den folgenden Monaten nach Kriegsausbruch zusehends erholen.[179]) Schon der September brachte über $^2/_3$ der vorjährigen Monatseinnahme, der Oktober bereits $^4/_5$ und der Dezember brachte nur noch einen Ausfall von 4,6%. Allerdings liegt die Vermutung nahe, daß im Transportwesen Verschiebungen gegen früher eingetreten sind, z. B. insofern als große Getreidetransporte, die früher auf dem Wasserweg von Osten nach Westen gingen, damals infolge der Unsicherheit auf dem Meere wohl per Bahn transportiert worden sind.[180]) Aber selbst unter Berücksichtigung dieses Momentes ist der Ausfall, der sich gegenüber dem Vorjahr auf 10,84% stellt, erstaunlich gering. Größer ist er im Personenverkehr mit einer Abnahme von 14,01% im Vergleich zum Vorjahr, was jedoch weniger in einem Rückgang der Zahl an Reisenden und der Personenkilometer lag, als darin, daß ein sehr erheblicher Teil der Reisenden die Vorzüge des billigen Militärtarifs genossen.[181])

---

[175]) Reichsarchiv, a. a. O., S. 43 ff.
[176]) ebenda, S. 198.
[177]) Kuntzemüller: a. a. O., S. 9.
[178]) Völcker: a. a. O., S. 572.
[179]) Kuntzemüller: a. a. O., S. 15.
[180]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 935.
[181]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 878.

Die deutsche Reederei wurde von fast allen Gewerben durch den Krieg am stärksten in Mitleidenschaft gezogen. Ungeheure Verluste erfuhren die deutschen Schiffahrtsgesellschaften durch die Beschlagnahme zahlreicher deutscher Schiffe, die sich bei Kriegsausbruch noch in feindlichen Häfen aufhielten. Dann war mit einem Schlag durch die Gefährdung der Handelsstraßen der Überseeverkehr stark unterbunden. Dadurch war der Import von Rohstoffen ebenso wie der Export von gewerblichen Erzeugnissen stark verringert worden. Als Ersatz für den versperrten Seeweg stand Deutschland eine Reihe von Handelswegen noch offen, aber allein daraus, daß die feindlichen Länder einen großen Teil des deutschen Exportes bisher aufgenommen hatten, ergibt sich eine unausbleibliche Beeinträchtigung des deutschen Außenhandels. Man nimmt an, daß Deutschland im August 1914 Waren im Werte von 432 Millionen im Gegensatz zum August 1913 von 785 Millionen Mark ausführen konnte.[182]) Im neutralen Ausland wies jedoch der Import nach Deutschland in Eisenwaren sogar steigende Ziffern auf, da wenn möglich auf deutsche Produkte zurückgegriffen wurde.[183]) Unberührt blieb vor allem aber der deutsche Ostseehandel. Es konnten sogar neue Schiffahrtslinien zwischen Lübeck, Kopenhagen und Malmö aufgenommen werden, die die Vermittlung zwischen Deutschland und dem überseeischen Ausland zu besorgen hatten. In der Nordsee verstärkte die Holland-Amerika-Linie ihren Verkehr zur Bewältigung der deutschen Ausfuhr, ebenso nahm Genua regen Anteil an der Vermittlung des deutschen Überseehandels nach Australien, Zentralamerika und dem Stillen Ozean.[184])

Für den Seeverkehr liegt nur die Gesamtzahl der Schiffe vor, die in deutschen Häfen 1914 zu Handelszwecken eingelaufen und abgegangen sind; es waren 160 852 Schiffe mit einem Raumgehalt von 47 785 753 Registertonnen, was eine Abnahme gegen das Vorjahr um 72 759 Schiffe (= 31,2%) und 21 908 230 Registertonnen (= 31,4%) bedeutet.[185])

V. Kapitel.

Wirkung auf den Arbeitsmarkt.

Die Wirtschaftskraft eines Landes beruht in erster Linie auf der Menge produktiver Arbeit, die innerhalb des Landes geleistet

---

[182]) Direktion der Diskontogesellschaft. Die deutsche Volkswirtschaft im Kriege, Berlin 1915, S. 25 f.

[183]) Frankfurter Zeitung, 31. 3. 1915, Nr. 90.

Mit Kriegsausbruch wurde die Statistik über den Außenhandel nicht mehr veröffentlicht.

[184]) C. J. Fuchs: Die deutsche Volkswirtschaft im Kriege, Tübingen 1915, S. 33.

[185]) Statistik des Deutschen Reiches, 1915, Bd. 292, S. IIIa 2.

wird.[186]) Es ist klar, daß ein Krieg eine höchst bedeutende Erschütterung der produktiven Arbeitskraft eines Landes mit sich bringt und daß dadurch die Produktionskraft mehr oder weniger je nach der Organisation des Heeres, nach der Struktur der Volkswirtschaft und der Verflechtung mit dem Weltmarkte herabgesetzt wird.[187])

Der erste Kriegsmonat bedeutete für das Erwerbsleben Deutschlands eine wirtschaftliche Krisis von außerordentlicher Heftigkeit. Große Produktionsgebiete wurden durch den Krieg so gut wie lahm gelegt, Handel und Verkehr aus dem Geleise geworfen. Die wirtschaftliche Desorganisation wurde noch gesteigert, weil weit mehr Arbeiter als nötig entlassen wurden, eine Maßregel, die besonders geeignet war, der Panik Vorschub zu leisten. Ein deutliches Bild von dem Einfluß des Kriegsausbruches gibt die Berichterstattung der Monatsschrift „Die Arbeitsnachweise in Deutschland", wonach der Andrang am Arbeitsmarkt von 118,5 Arbeitssuchenden für je 100 offene Stellen im Juli auf 225,7 im August 1914 gestiegen ist.[188]) Nur in den schlimmsten Monaten einer schweren Krise war bisher der Andrang ebenso oder vielleicht noch höher gewesen. Nun ist aber zu berücksichtigen, daß durch Einberufungen zum Heeresdienst 6½ Millionen Männer im Laufe der Mobilmachung nach und nach ihrer wirtschaftlichen Berufsarbeit entzogen wurden, die eine außerordentliche Entlastung des Arbeitsmarktes bedeuteten.[189]) Die hohen Andrangsziffern sind deshalb unter Berücksichtigung dieser Tatsache zu würdigen und so noch höher einzuschätzen.

Für die Einwirkung eines Krieges auf den Beschäftigungsgrad ist die wirtschaftliche Gliederung der Bevölkerung nach Siedlungsweise und Erwerbstätigkeit von großer Wichtigkeit, da sich die Kriegswirkungen auf dem Lande ganz anders äußern, als in großen Plätzen mit Industrie, Handel und starkem Geldverkehr. 1914 gab es über 72 000 Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, mit zusammen 26 Millionen Menschen.[190]) Hier hat die Mobilmachung eine starke Verminderung der Erwerbstätigkeit gebracht, ohne daß die Arbeitsgelegenheit (z. B. das Einbringen der Ernte) nachgelassen hätte. In den 2441 städt. Gemeinden zwischen 2000 und 5000 Einwohnern mit etwas über 7 Mill. Menschen war bei Kriegsbeginn auch noch ein Mangel an Arbeitskräften vorhanden, da hier die Landwirtschaft noch die ausschlaggebende Rolle spielte. Schon wesentlich anders lagen die wirtschaftlichen Verhältnisse in den 1028 Kleinstädten mit über

[186]) G. Cassel: Deutschlands wirtschaftliche Widerstandskraft, Berlin 1916, S. 25.

[187]) E. Lederer: Die Lage des Arbeitsmarktes und die Aktionen der Interessenverbände zu Beginn des Krieges (Krieg und Wirtschaft, Heft 1, Tübingen 1914), S. 147.

[188]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 533.

[189]) Loeb: a. a. O., S. 27 f.

[190]) Calwer: a. a. O., S. 46.

9 Mill. Menschen, die vielfach schon Industrie hatten und deren Absatz über das lokale Gebiet weit hinausreichte, ja oft auf den Export angewiesen war. Eine größere Arbeitslosigkeit setzte erst aber in den Städten mit über 20 000 Einwohnern ein; es waren hier 223 Städte mit insgesamt beinahe 9 Mill. Menschen vorhanden. Am schlimmsten war es in den 48 Großstädten mit 14 Mill. Einwohnern, wo die wirtschaftliche Struktur auf den nationalen und internationalen Markt angewiesen war.

Im Kriege besonders zu berücksichtigen ist die Stellvertretung für die eingezogenen Arbeiter durch Hilfskräfte. An Stelle der jüngeren Kräfte, die ins Feld rückten, traten teilweise ältere, die sich schon zur Ruhe gesetzt hatten, teilweise an Stelle der männlichen Arbeitskräfte weibliche. In der Land- und Forstwirtschaft konnte die Stellvertretung durch weibliche und nicht dienstpflichtige Arbeitskräfte aus der Industrie und den Städten in großem Maße Platz greifen, außerdem standen noch eine beträchtliche Zahl an russisch-polnischen Arbeitern im Lande als Arbeitskräfte zur Verfügung; dagegen war es im Bergbau und in vielen anderen Zweigen der Industrie schwieriger, Ersatz zu finden.[191]) Durch die Verwendung von älteren oder weiblichen Arbeitskräften ließ sich aber der Ausfall von 40% der wirtschaftlich Tätigen nicht wett machen, während die Produktionskraft daher kleiner wurde, erhöhte sich der Konsum, denn die 40%, die ins Feld zogen, brauchten jetzt mehr an Lebensmitteln und Bekleidung, als im Frieden, abgesehen von ihrem großen Konsum an Waffen und Munition.[192]) Zur Deckung dieses Mehrbedarfs an Nahrungsmitteln, Bekleidung und Bewaffnung mußten die durch Produktionseinstellung freigewordenen Arbeitskräfte herangezogen werden. Aus einer Skizzierung des gewerblichen Beschäftigungsgrades im ersten Kriegsmonat geht die Lage des Arbeitsmarktes hervor.

Der gewerbliche Beschäftigungsgrad erfuhr im Monat August infolge des Kriegsausbruchs zunächst eine starke Senkung. Die Depression, die mit der Mobilmachung einsetzte, steigerte sich im Lauf der ersten beiden Wochen des Krieges. Jedoch Ende August war bereits eine rege Erholung festzustellen, zu der eine Reihe von Umständen beigetragen hat, wie die Wiederaufnahme des Güterverkehrs, dessen Unterbrechung ein Stillegen zahlreicher Betriebe bedingte, dann die umfangreichen Bestellungen der Heeres- und Marineverwaltung, die auf eine ganze Reihe von Betrieben der einzelnen Gewerbe anregend wirkten. Ferner machte sich auch die Wiederaufnahme der Bauten durch die Eisenbahnbehörden in günstiger Weise geltend, außerdem die Inangriffnahme von gemeindlichen und staatlichen Bauten.[193]) Die Feststellung der Kriegswirkungen auf den Beschäftigungsgrad der Produktion läßt sich ziffernmäßig nicht verfolgen, da statistische

[191]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 601.
[192]) Loeb: a. a. O., S. 29.
[193]) Reichsarbeitsblatt 1914, 12. Jahrg., Nr. 9, S. 724.

Angaben hierüber nicht mehr veröffentlicht wurden. Im Eisenerzbergbau war die Beschäftigung gut, geringer auf den Blei- und Zinkerzgruben. Im Kalibergbau mußten die meisten Werke, die nicht gleich stillgelegt wurden, den Betrieb einschränken; es arbeiteten in 35 Werken des Bergbau- und Hüttenwesens im August 1914 nur 53 732 Arbeiter gegen 73 350 im August 1913, was eine Abnahme von 26,75% bedeutet.[194]) In der Eisen- und Metallindustrie herrschte lediglich eine Nachfrage nach Schmieden, Autogenschweißern usw.[195]) Im übrigen war eine starke Abnahme des Beschäftigungsgrades festzustellen; bei 34 Firmen stellte sich Ende August die Beschäftigtenziffer um 21,23% niedriger als Ende August 1913, ebenso war sie bei 88 Firmen der Maschinenindustrie um 28,11% gefallen. Gut beschäftigt war dagegen die Automobil- und Motorenfabrikation. Nicht weniger beträchtlich war in der elektrotechnischen Industrie die Senkung des Beschäftigungsgrades im August, wonach bei 12 Firmen die Abnahme der Beschäftigungsziffer 38,17% betrug.[196]) Die A. E. G. hat kurz nach Kriegsausbruch berichtet, daß die Beschäftigung im Großmaschinenbau entsprechend der unterbundenen Ausfuhr auf 3 Tage der Woche und je 5 Stunden Arbeitszeit reduziert werden mußte.

Keine Abnahme der Arbeitsgelegenheit durch den Krieg hatte das Gros der mittleren und kleineren Betriebe im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe zu verzeichnen.[197]) Zu Betrieben, in denen der Geschäftsgang gut war, gehörten vor allem die Müllereien, das Bäcker- und das Schlächtergewerbe, ebenso Betriebe, die Zucker und Schokolade herstellten. Auch in der Lederindustrie nahm die Nachfrage nicht ab, es trat sogar ein Mangel an Sattlern ein.[198]) Im Tabakgewerbe konnte verhältnismäßig nur ein kleiner Teil von Fabriken den Nutzen aus den Kriegslieferungen ziehen und in den meisten Betrieben herrschte Arbeitsnot.[199])

Durch diese zahlreichen Einschränkungen der Betriebe erschien plötzlich ein Heer Arbeitsloser auf dem Arbeitsmarkt trotz der vielen Einberufungen.

Die Veränderung der Lage des Arbeitsmarktes in den einzelnen Landesteilen wird am besten durch folgende Zahlen veranschaulicht.[200])

Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitssuchende:

in	Juli 1914	August 1914	Verschlechterung um
Ost- und Westpreußen und Provinz Posen	116,64	176,16	+ 59,52
Brandenburg ohne Berlin	111,85	180,23	+ 68,38

[194]) Reichsarbeitsblatt 1914, 12. Jahrg., Nr. 9, S. 725.
[195]) Volkswirtschaftliche Chronik für das Jahr 1914, S. 602.
[196]) Reichsarbeitsblatt 1914, 12. Jahrg., Nr. 9, S. 726 f.
[197]) Calwer: a. a. O., S. 41.
[198]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 602.
[199]) Reichsarbeitsblatt 1914, 12. Jahrg., Nr. 9, S. 730.
[200]) Calwer: a. a. O., S. 37 ff.

in	Juli 1914	August 1914	Verschlechterung um
Groß-Berlin	121,89	239,50	+ 117,61
Pommern und Schleswig-Holstein	120,25	159,77	+ 39,52
Schlesien	150,62	201,10	+ 50,48
Prov. Sachsen Hannover	140,41	190,74	+ 50,33
Rheinland-Westfalen	157,62	272,70	+ 115,08
Hessen-Nassau	112,54	237,55	+ 125,01
Bayern	288,50	198,44	— 90,06
Sachsen	150,46	510,88	+ 360,42
Württemberg	279,36	177,84	— 101,52
Baden	150,95	181,09	+ 30,14
Hessen	173,04	254,16	+ 81,12
Elsaß-Lothringen	157,18	210,10	+ 52,92

Es ist sofort ersichtlich, daß die überwiegend agrarischen Landesteile unter dem Reichsdurchschnitt (= 91,82) blieben, die industriellen und hier besonders die auf Export eingestellten Gewerbe (Sachsen) zum Teil weit darüber hinausgingen.

Das Angebot der männlichen Textilarbeiter auf je 100 offene Stellen stieg im August im Vergleich zum Juli von 152,62 auf 867,53.[201]) Von den Arbeitern des Bekleidungs- und Reinigungsgewerbes entfielen auf je 100 offene Stellen:[202])

	Juni	Juli	August	August gegen Juli
Schneider	152,97	215,18	295,55	+ 80,37
Schuhmacher	123,37	120,51	128,57	+ 8,06
Barbiere, Friseure	107,04	101,38	122,45	+ 21,07
Hutmacher, Kürschner	386,85	346,94	1273,94	+ 927,00
Schneiderinnen	129,41	68,38	301,66	+ 233,28
Im Baugewerbe:				
Maurer, Putzer	147,46	148,96	423,98	+ 275,02
Zimmerer	145,42	160,19	119,02	— 41,17
Glaser	149,20	113,77	210,64	+ 96,87
Maler	131,91	143,38	501,37	+ 357,99
Ofensetzer und Dachdecker	175,05	171,27	349,31	+ 178,04
Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe:				
Tischler	187,97	162,47	614,93	+ 452,46
Drexler	196,05	201,30	129,82	— 71,48
Böttcher	159,08	187,24	227,90	+ 40,66
Bürsten- und Korbmacher	217,85	173,74	932,35	+ 758,61

Für die Porzellanarbeiter (freie Gewerkschaften) stieg die Arbeitslosenziffer von 1,7 im Juli auf 54,0 im August.[203])

[201]) Calwer: a. a. O., S. 41.
[202]) ebenda, S. 42 f.
[203]) Calwer: a. a. O., S. 43 f.

Der Andrang betrug im chemischen Gewerbe:

	Juni	Juli	August	August gegen Juli
	123,99	125,84	138,81	+ 12,97
Im Papiergewerbe	202,05	217,48	1941,43	+ 1723,95
Im graph. Gewerbe	174,22	169,68	1639,20	+ 1469,52

Der Andrang betrug im Handels- und Verkehrsgewerbe:

Handelsgewerbe	325 62	1058 16	+ 732 54
Verkehrsgewerbe	213,27	295,77	+ 82,50
Beherbergungs- und Erquickungsgewerbe	96,96	150,59	+ 53,63

Vergleicht man das Gesamtergebnis von allen Gewerben mit dem August 1913, so ergibt sich bei den gleichen Arbeitsnachweisen eine Zunahme der Arbeitsgesuche um rund 233 000 und der offenen Stellen um rund 6000 und der besetzten Stellen um rund 7000.[204])

In den Jahren 1912—1914 kamen auf je 100 offene Stellen:[205])

Arbeitsgesuche

	bei männlichen Personen			bei weiblichen Personen		
im Monat	1912	1913	1914	1912	1913	1914
Januar	192	191	234	100	98	105
Februar	178	190	218	88	91	97
März	145	168	173	84	87	92
April	150	160	161	92	96	94
Mai	153	166	172	97	100	100
Juni	146	168	168	101	101	101
Juli	140	174	158	97	103	99
August	146	178	248	92	101	202
September	141	160	200	92	99	183
Oktober	148	178	154	106	122	191
November	173	219	140	122	143	189
Dezember	175	218	124	106	123	158

Diese anormalen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt haben nur 6—8 Wochen angehalten. Im Monat Oktober war sowohl die Andrangziffer wie die Zahl der Arbeitsgesuche unter die gleichen Ziffern des Oktober 1913 gesunken und auch für die Folgezeit verlief die Entwicklung sehr günstig. Dieser Umstand war neben der schnellen Beruhigung des deutschen Wirtschaftslebens vor allem den zunehmenden Heeresaufträgen zu verdanken. Auch machte sich jetzt nach Wiederherstellung der Wirtschaft der Verlust von Millionen im Heere dienenden Arbeitskräfte in vollem Umfang geltend.

[204]) Reichsarbeitsblatt 1914, 12. Jahrg., S. 734.
[205]) ebenda, 1915, 13. Jahrg., S. 3.

VI. Kapitel.

Wirkung auf die Konsumtion.

1. Preistreibereien und Steigen der Warenpreise durch die Angstkäufe der Verbraucher.

Die große Masse der Konsumenten wurde von der Kriegspsychose überaus heftig ergriffen und suchte in der Annahme einer baldigen Stockung der Lebensmittelversorgung die dringlichsten Bedürfnisse durch wahllosen Aufkauf von Nahrungsmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs sicher zu stellen. Durch die plötzlich einsetzende Massennachfrage erhielt das Preisniveau natürlich einen starken Auftrieb; die Konsumenten haben so durch ihre sinnlosen Angst- und Vorratskäufe ihre Marktstellung bedeutend verschlechtert, die bereits in Friedenszeiten nicht günstig zu nennen war, da die Wirtschaftspolitik den Produzenten bevorzugte.[206])

Noch hatte der Krieg nicht begonnen und schon spielten sich im Kleinverkehr Szenen ab, die es begreiflich machten, wenn die Verkäufer mit den Warenpreisen in die Höhe gingen. Einige Geschäfte sahen sich genötigt, ihre Verkaufsräume vor dem Ansturm der Käufer zu schließen.[207]) Jedoch brach erst mit Kriegsbeginn eine wahre Einkaufspanik aus. Obwohl infolge der Ausfuhrverbote keine Nahrungsmittel über die Grenze gebracht werden durften, kauften Private sowohl wie die meisten Städte neben den militärischen Proviantämtern Nahrungsmittel für lange Zeiten auf.[208]) Auch hier war die Folge eine sprunghafte Preissteigerung. Charakteristisch für die auftretende Panik ist z. B. in Berlin das Steigen des Salzpreises von 8—11 Pfg. bis auf 40 Pfg. pro Pfd. in den letzten Julitagen.[209]) Zwar griffen die Militärbehörden alsbald durch Festsetzung von Höchstpreisen[210]) gegen das Steigen der Nahrungsmittel ein, aber trotzdem konnte eine recht beträchtliche Erhöhung des Preisniveaus im Detailverkehr Ende Juli und im Anfang August 1914 nicht verhindert werden.

Der Grad, in dem sich die Preissteigerung im August auf die Haushaltungskosten auswirkte, wird durch die Bewegung der Indexziffer festgestellt, die das Mittel aus den Berechnungen für ca. 200 deutsche Plätze bildet und die den auf Grund der Ration eines Marinesoldaten berechneten Nahrungsmittelaufwand für eine vierköpfige Familie pro Woche anzeigt.[211]) Die Indexziffer betrug

[206]) C. v. Tyszka: Der Konsument in der Kriegswirtschaft (Kriegswirtschaftliche Zeitfragen, Tübingen 1916), S. 13 ff.

[207]) Calwer: a. a. O., S. 71.

[208]) Brandt: a. a. O., S. 99.

[209]) A. Skalweit: Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft, Berlin 1927, S. 115.

[210]) Auf Grund des Gesetzes betreff Höchstpreise vom 4. 8. 1914, RGBl. S. 339.

[211]) Calwer: a. a. O., S. 72.

im Juni 24,73, im Juli stieg sie um 0,39 auf 25,12. Die volle Wirkung des Krieges zeigte sich aber erst im August, als die Indexziffer um 1,29 Mk. auf 26,41 Mk. stieg. Das bedeutet in einer Zeit, in der die Arbeitsgelegenheit und Verdienstmöglichkeit sehr erheblich nachgelassen hatte, eine sehr empfindliche Belastung des Konsums. Am stärksten sind die Lebensmittelpreise erfahrungsgemäß in den dem Kriegsschauplatz nahegelegenen Grenzgebieten gestiegen. In Straßburg z. B. stieg der Preis für Schweinefleisch von 1,60 ℳ auf 2.— ℳ, für Brot von 0,28 ℳ auf 0,32 ℳ, für Butter von 2,36 ℳ auf 3.— ℳ.[212])

Der Warenpreisindex für den Großhandel ergab für den Monat August 1914 eine Preissteigerung von nicht weniger als 8,56% gegenüber dem Vormonat, die vor allem durch die Bewegung der Preise für Brotgetreide, Kartoffeln und Schweine veranlaßt wurde.[213]) Die Steigerung der Preise ist besonders für Roggen sehr auffallend, da damit die Inlandsversorgung sehr reichlich war; wenn auch Transportschwierigkeiten verteuernd gewirkt haben, so reichte dieser Grund trotzdem zur Rechtfertigung der vollen Höhe der Preissteigerung nicht aus.[214])

Nach dem Wochenbericht der Preisberichtstelle des deutschen Landwirtschaftsrates vom 4. Aug. 1914 war die Lage des Getreidemarktes folgende:[215]) „Die Getreidemärkte befinden sich angesichts der äußerst ernsten politischen Lage in einem Stand fieberhafter Erregung. Überall sind die Preise in den letzten Tagen sprungweise in die Höhe gegangen. . . So wurde Lokoweizen, der zu Anfang der Woche ca. 204 ℳ erzielte, am Sonnabend, den 1. August 1914, mit 240 ℳ bezahlt mit der Bedingung, daß eine Erhöhung auf 260 ℳ eintritt, falls bis heute der Krieg ausbricht. Roggen ging im Lokogeschäft schon von 174 ℳ auf 205 ℳ, Hafer von 174 ℳ auf 220 ℳ bis 228 ℳ. Heute wurden für Roggenpreise von 215 bis 220 ℳ und für Hafer 245 bis 250 ℳ genannt, aber nicht amtlich notiert, da der Lieferungsverkehr an der Berliner Börse eingestellt ist".

Die Monatspreise betrugen an der Berliner Produktenbörse im Durchschnitt[216]) pro Tonne in Mark:

	Juli	August	September	Oktober	November
Roggen	173,91	193,56	211,53	227,27	220.—[217])
Weizen	204,09	223,71	238,15	257,33	260.—[217])

Für Mehl waren die Preissteigerungen zum Teil sehr hoch. Die Preisangaben des Kaiserlichen Statistischen Amtes für den Berliner Markt lassen erkennen, wie willkürlich die Preissteige-

[212]) Vergl. Anhang, Tab. III und IV.
[213]) Vergl. Anhang, Tabelle III, IV.
[214]) Calwer: a. a. O., S. 62 f.
[215]) Volkswirtschaftl. Chronik 1914, S. 479 f.
[216]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 893.
[217]) Höchstpreis laut Bekanntmachung vom 28. 10. 1914.

rungen waren.[218]) Es notierte Roggenmehl Berlin im August 28,60 ℳ pro Doppelzentner gegen 22,45 ℳ im Juli und Weizenmehl Berlin 34.— ℳ gegen 26.— ℳ.[219])

Die Notierungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes ergaben für Schweinepreise ein ziemliches Anziehen:[220])

Für Berlin	Juli	August
	pro dz in Mk	
Schweine von 100—120 kg Schlachtgewicht	108,89	121,11
Lebendgewicht	87,22	96,67

Desgleichen stiegen die Preise für Butter Berlin I. Sorte von 238,10 im Juli auf 243,10 ℳ pro Doppelzentner im August. Zucker (Raffinade) stieg trotz reichlicher Versorgung von 40.— ℳ auf 44.— ℳ pro Doppelzentner.[220])

2. Planlose Deckung des Heeresbedarfs.

Unter normalen Umständen ist die Befriedigung der Bedürfnisse nach der durch das Einkommen repräsentierten Kaufkraft die Regel; der Krieg jedoch bedeutet eine Störung dieser alten Gleichgewichtslage. Da Produktion und Verbrauch sich nicht nach dem freien Spiel der Kräfte entwickeln können, erfährt durch das Abbrechen des friedensmäßigen Ineinanderzielens von Erzeugung und Bedarf auch der bisherige Verlauf der Güterverteilung einschneidende Veränderungen. Der Grund hierfür liegt in der Verschiebung des Bedürfnisstandes innerhalb Staat und Privaten. Die Störung ergibt sich daraus, daß die Heeresverwaltung als ungeheure, konzentrierte Nachfrage von stärkster Dringlichkeit auftritt; die Kriegsproduktion eröffnet neue Zirkulationswege, denen sich das Wirtschaftsleben anpassen muß. Die Heeresverwaltung verengt so den verfügbaren Gütervorrat teils durch Beschlagnahme teils auch durch marktmäßige Nachfrage, die nicht wie bisher — was besonders für Lebensmittel und Kleider gilt — verstreut sich auswirkt, sondern für die einberufenen Mannschaften zusammengefaßt wird;[221]) jedoch muß festgestellt werden, daß auch von Seiten der Militärbehörden die Eindeckung des notwendigen Konsums für den Heeresbedarf sich größtenteils auf ganz ungeordneten Bahnen, ähnlich wie des Publikums, vollzogen hatte und daß auf diese Weise die Heeresverwaltung unnötigerweise die allgemeine Preistreiberei unterstützte. Der Hauptfehler lag dabei in der Planlosigkeit der Aufkäufe.[222]) Die Handelskammer Stuttgart kritisiert die Heeresaufkäufe folgendermaßen:[223]) „Die

[218]) Vergl. Anhang, Tabelle IV.
[219]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 481.
[220]) Vierteljahreshefte der Statistik, 24. Jahrg. 1915, S. I,3 bis I,5.
[221]) Briefs: a. a. O., S. 990.
[222]) Brandt: a. a. O., S. 64 f.
[223]) Handel und Gewerbe (Zeitschrift, 22. Jahrg., Nr. 8 vom 21. 11. 1914), S. 103.

Klage über das in der Heeresverwaltung bei Vergebung der Aufträge zur fortlaufenden Deckung des gewaltigen Kriegsbedarfs beobachtete Verfahren und über die im Zusammenhang damit stehenden erheblichen Mängel und Mißstände lassen sich im wesentlichen dahin zusammenfassen, daß infolge einer ganz unzulänglichen Organisation und ungenügender Branchenkenntnisse die Vergebung der Aufträge der einzelnen Militärbehörden vielfach in ganz unzweckmäßiger, der Spekulation Vorschub leistender und dadurch der reellen Fabrikation, wie dem Militärfiskus selbst nachteiliger Weise erfolgt ist. Zwar besteht für Kriegslieferungen derzeit beim Preuß. Kriegsministerium in Berlin eine Zentralvermittlungsstelle, die Dankeswertes leistet. Für die Vergebung im einzelnen aber reicht diese Zentralstelle nicht im entferntesten aus. . . Bald sind die Kriegsintendanturen, bald die stellvertretende Intendantur, bald die einzelnen Bekleidungsämter zuständig, bald schreiben reguläre Truppenteile, bald Ersatztruppen ihren Bedarf aus. . . Vor allem fehlt es an jeder Übersicht über den Bedarf selbst und zwar nicht nur bei den Bewerbern, sondern vielfach auch bei den militärischen Verwaltungsbehörden selbst . . . Ebenso regellos sind die Wege der Militärbehörden zur Ermittlung geeigneter Lieferanten. . . Dieser organisatorische Mangel in der Vergebung des Kriegsbedarfs hat nach verschiedenen Seiten ganz erhebliche Nachteile und Mängel: Die Industrie kann sich, soweit sie nicht durch größere Aufträge gedeckt ist, auf eine bestimmte Beschäftigung nicht einrichten und sieht sich benachteiligt durch einen rücksichtslos einsetzenden Zwischenhandel. . . Es kann einzelnen Militärbehörden der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie auch, wenn gewiß unbeabsichtigt und unter Druck eines dringlichen Bedarfes, die angedeutenden Mißstände geradezu großgezogen und gefördert haben."

Die Heereseinkäufer waren in dieser volkswirtschaftlich schädlichen Weise nicht nur im Inland, sondern auch in dem angrenzenden neutralen Ausland tätig, das diese Gelegenheit zu ungeheuren Preisforderungen benützte. In der Folge sah man sich jedoch genötigt, die Deckung des Heeresbedarfs durch eine einheitliche Organisation vornehmen zu lassen, die an Hand von Verzeichnissen alle Angebote zu prüfen in der Lage war und so für eine angemessene und geordnete Deckung der Bedürfnisse von Heer und Marine Gewähr bieten konnte.[224])

Mit der Darstellung der Verhältnisse auf den Märkten der täglichen Konsummittel ist der erste Hauptteil der vorliegenden Arbeit, der sich die Schilderung der ersten Kriegseinwirkungen auf die deutsche Volkswirtschaft zur Aufgabe gemacht hatte, zu Ende geführt. Es ist daraus ersichtlich geworden, daß das deutsche Wirtschaftsleben bei Ausbruch des Weltkrieges einen gewaltigen Stoß erhalten hat, daß aber die Erschütterung nicht gleichmäßig

[224]) Vergl. S. 81 ff. dieser Arbeit.

war, sondern je nach der Konjunkturempfindlichkeit des einzelnen volkswirtschaftlichen Teilgebietes eine mehr oder weniger verhängnisvolle Ausdehnung annahm. Der Gesamteindruck ist aber der, daß die deutsche Wirtschaft die krisenhaften Erscheinungen des Sommers 1914 überraschend schnell überwunden und den Übergang von der Friedens- zur Kriegswirtschaft ohne allzu verlustbringende Reibungen und Störungen gefunden hat. Daß dem so war, war hauptsächlich der inneren Festigkeit und Liquidität der deutschen Volkswirtschaft und den in den ersten Kriegswochen ergriffenen Maßnahmen der amtlichen privaten Stellen, Deutschland auf die Kriegswirtschaft einzurichten, zu verdanken. Davon soll nun im zweiten Hauptteil näher die Rede sein.

III. Teil.

Öffentliche Maßnahmen zur Behebung der krisenhaften Erscheinungen.

Die öffentlichen Maßnahmen,[225]) die zur Überwindung der durch den Kriegsausbruch hervorgerufenen Erschütterung und teilweisen Lähmung der deutschen Volkswirtschaft in den ersten Kriegswochen und Monaten ergriffen wurden, lassen sich in folgende Gruppen zusammenfassen:

1. Maßnahmen zur Regelung der Geld- und Kreditwirtschaft und des Zahlungsverkehrs.
2. Maßnahmen zur Sicherung der Lebensmittel und Rohstoffversorgung.
3. Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit und zur Unterstützung der Kriegerfamilien.

Im weiteren Verlauf des Krieges mußten diese ersten Maßnahmen natürlich ausgebaut und ergänzt werden — man denke nur an die Rationierung auf Grund des Karten- und Markensystems — in diesem Teil soll aber nur eine Darstellung der oben angeführten ersten Maßnahmen gegeben werden, denen in der Folge die Selbsthilfebestrebungen und Anpassungsversuche der Privatwirtschaft angegliedert werden sollen.

I. Kapitel.

Organisation des Kriegs-Kredits.

1. Änderung des Bankgesetzes, Festigung der Stellung der Reichsbank und Deckung des Kreditbedarfs des Reiches.

Entscheidend für die baldige Behebung der durch den Krieg hervorgerufenen Störungen des Wirtschaftslebens war die Lösung des Kreditproblems und die Vermehrung der Zahlungsmittel.[226]) Daher wurden zuerst die mit der Regelung des Geld- und Kreditwesens zusammenhängenden Maßnahmen ergriffen, welche darauf berechnet waren, der Reichsbank die dringlichsten Aufgaben,

[225]) Auf Grund des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen vom 4. 8. 14, RGBl. S. 327.

[226]) R. Knauß: Die deutsche, englische und französische Kriegsfinanzierung, Berlin-Leipzig 1923, S. 54.

namentlich die Bereitstellung der Mobilisierungsausgaben, zu erleichtern, die sich allein für die ersten 6 Mobilmachungstage auf 3/4 Milliarden Mark beliefen.[227]) Um eine unerschütterliche Stellung zu bewahren und den starken Kreditanforderungen gewachsen zu sein, bedurfte die Reichsbank in erster Linie eines starken Goldbestandes, dessen Ansammlung ihr fortgesetztes Bestreben in den Vorkriegsjahren gegolten hatte.[228]) Da in den Tagen vor Kriegsausbruch die starke Erregung in weiten Kreisen der Bevölkerung zu sehr erheblichen Goldabhebungen geführt hatte, sah sich die Bankleitung veranlaßt einzugreifen, um einer weiteren, das öffentliche Interesse schmälernden Schädigung des Goldbestandes vorzubeugen. Es galt die Reichsbank zum Hauptträger der Kriegsfinanzierung zu machen, ohne an ihrer absoluten Sicherheit zu rütteln; dies wurde erreicht, indem die Deckung der Reichsbanknoten aufrecht erhalten wurde, dagegen der Anspruch auf Einlösung der Banknoten in Gold aufgehoben wurde. Die Reichsbank wartete hierzu die Änderung der Gesetzgebung vom 4. 8. 1914 gar nicht ab, sondern machte bereits am Nachmittag des 31. 7. unmittelbar nach der Erklärung des Zustandes der drohenden Kriegsgefahr durch öffentlichen Anschlag bekannt, daß sie ihre Noten nicht mehr in Gold einlöse.[229])

Von dem am 4. August 1914 zur Annahme gelangten, alle Gebiete des Wirtschaftslebens umfassenden 16 Gesetzen bezogen sich folgende auf den Schutz der Währung:[230])

a) Gesetz, betreffend die Reichskassenscheine und die Reichsbanknoten (Reichskassenscheine sind bis auf weiteres gesetzliche Zahlungsmittel) (RGBl. S. 347).
b) Gesetz, betreffend Änderung des Münzgesetzes (die Reichshauptkasse ist zur Einlösung der Reichskassenscheine und die Reichsbank zur Einlösung ihrer Noten nicht mehr verpflichtet) (RGBl. S. 326).
c) Gesetz betreffend Änderung des Bankgesetzes (RGBl. S. 327).

Um die Reichsbank in die Lage zu versetzen, die Kreditbedürfnisse des Reiches zur Kriegführung wie auch der Privaten zu befriedigen, wurde das Bankgesetz geändert. Der § 2 des Gesetzes bestimmte, daß für die nicht metallene 2/3-Deckung Wechsel genügen, die das Reich verpflichteten und eine Verfallzeit von höchstens drei Monaten hatten, auch dann, wenn aus ihnen sonstige Verpflichtete nicht hafteten. In § 3 des obigen Gesetzes wurden diesen Wechseln des Reiches gleichgestellt Schuldverschreibungen des Reiches, welche nach spätestens drei Monaten mit ihrem Nennwert fällig wurden, wodurch die Reichsbank in die Lage ver-

[227]) W. Lotz: Die deutsche Staatsfinanzwirtschaft im Kriege, Berlin 1927, S. 18.
[228]) Vergl. S. 16 dieser Arbeit.
[229]) Briefs: a. a. O., S. 987.
[230]) E. Meier: Art. „Kriegswirtschaft", (Handwörterbuch des Kaufmanns, Lexikon für Handel und Industrie, 2. Bd., Berlin) S. 331.

setzt wurde, dem Reich große Kredite gegen Wechsel oder kurzfristige Schuldverschreibungen jeweils auf drei Monate zu gewähren.[231])

Die neben der Reichsbank noch bestehenden vier Notenbanken (die Bayerische, Sächsische, Württembergische und Badische) mußten natürlich auch in die allgemeine Notenbankpolitik einbezogen werden, wenn das ganze System keine Lücken aufweisen sollte. Um die Goldbestände der Privatnotenbanken im Krieg vor Verschleuderung zu bewahren, hatten die Notenbanken bei den Reichsbehörden die Einführung einer Bestimmung in das bereits vorbereitete Kriegsnotengesetz bewirkt, wonach den Privatnotenbanken im Kriegsfall das Recht zugebilligt war, ihre Noten statt mit Gold mit Reichsbanknoten einzulösen.[232])

Bereits mit Beginn des Krieges wurde die Einlösungspflicht der Banknoten in Gold nicht mehr aufrecht erhalten; geschah das in dem Augenblick, als die Reichsbank durch eine Erhöhung ihres Goldbestandes den Noten eine festere Grundlage verschaffen konnte, war es erklärlich, daß der Uneinlösbarkeit der Noten nicht das geringste Mißtrauen entgegenstand.[233])

Da die Begebung einer Anleihe erst für einen späteren Zeitpunkt in Aussicht genommen werden konnte, sah sich die Reichsfinanzverwaltung zur Beschaffung der für die Mobilmachung und Kriegsführung erforderlichen Mittel[234]) zunächst ganz auf den Reichsbankkredit angewiesen. Die Kreditnahme erfolgte durch Diskontierung von Schatzanweisungen, deren Höhe bis zur Auflage der ersten Kriegsanleihe anstieg, um dann durch den Erlös der Anleihe und der hieraus möglichen Tilgung der Schatzanweisungskredite wieder zu sinken; nachdem in der ersten Kriegswoche der Bestand der Schatzanweisungen um 600 Millionen Mark auf 936 Mill. Mark gestiegen war, erreichte er am 30. 9. 14 bereits 2308 Mill. Mark und sank unter dem Einfluß der ersten Kriegsanleihe in der letzten Oktoberwoche 1914 wieder auf 732 Mill. Mark.[235]) Außerdem gewährte die Reichsbank dem Reiche Kredit durch Diskontierung und Lombardierung der sogen. Zollkriegswechsel, die in Höhe der gestundeten Zölle und Reichssteuern ausgestellt und von der Reichsbank diskontiert wurden. Da die Gesamtsumme der Zollkriegswechsel sich bis zum 15. 9. 14 auf rd. 195 Mill. Mark bezifferte, ergab sich hieraus eine beträchtliche Inanspruchnahme der Reichsbank.[236]) Der Kreditbedarf der Bun-

[231]) Loeb: a. a. O., S. 35.

[232]) Bericht der Notenbank München 1914, S. 2 ff.

[233]) G. Bernhard: Die Politik der Reichsbank im Kriege. (Krieg und Wirtschaft, Kriegshefte des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 40. Bd., Tübingen 1914), S. 56.

[234]) Vergl. S. 30 dieser Arbeit.

[235]) Die Reichsbank 1901 bis 1925, Berlin, Druckerei der Reichsbank, S. 50 f.

[236]) W. Baecker: Die deutschen Banken im Jahre 1914. (Der deutsche Ökonomist, 33. Jahrg. 1915, Nr. 1715 vom 13. 11. 1915), S. 528.

desstaaten wurde von der Reichsbank in der Form des Wechselkredits befriedigt. Da diese Schatzanweisungen im Gegensatz zu denen des Reiches zur Notendeckung nicht verwendbar waren, ihre Hereinnahme somit die Dehnbarkeit des Notenumlaufs unbedingt beeinträchtigt haben würde, so wurde sie von der Reichsbank nicht diskontiert, jedoch war durch Lombardierung bei den Darlehnskassen Gelegenheit gegeben, die Schatzanweisungskredite der Bundesstaaten zu verflüssigen.[237])

Während vor dem Krieg die Reichsbank nur die Aufgabe hatte den Geldumlauf und das Kreditwesen im Reichsgebiete zu regeln und zu überwachen, so trat jetzt bei Ausbruch des Krieges eine völlig neue Funktion an sie heran, nämlich das Reich bei seiner Kriegsführung finanziell zu unterstützen.

2. Errichtung von Darlehenskassen.

Die Fähigkeit, in höherem Maße als bisher, Kredit zu geben, erhielt die Reichsbank auf dem Umwege über die Darlehenskassen. Diese wurden durch das Gesetz vom 4. August[238]) in Berlin und denjenigen Orten innerhalb des Reiches, an welchen sich Reichsbankstellen befanden, errichtet mit der Bestimmung, zur Abhilfe der Kreditbedürfnisse, vorzüglich zur Förderung des Handels- und Gewerbebetriebes, gedeckte Kredite zu geben.[239]) Die Darlehenskassen bildeten selbständige Einrichtungen mit den Eigenschaften und Rechten juristischer Personen; sie sollten von der Reichsbank in erster Linie den Lombardverkehr durch ein von der Reichsbank gesondertes Reservoir erweitern.[240]) Außerdem war ihre Aufgabe, den Besitzern von nicht oder nur schwer realisierbaren Waren und Wertpapieren Kredit zu verschaffen. Ferner sollten die Darlehenskassen der Befriedigung des durch den Krieg stark gestiegenen Bedarfs an Umlaufsmitteln dienen, was durch die Ausgabe von Darlehenskassenscheinen erreicht wurde.[241])

Die Minimalhöhe eines Darlehens war auf 100.— Mk. festgesetzt, die Dauer in der Regel auf 3 Monate, ausnahmsweise bis zu 6 Monaten. Die Darlehenskassenscheine waren zwar kein gesetzliches Zahlungsmittel, wurden aber trotzdem bei allen öffentlichen Kassen in Zahlung genommen.[242]) Sie wurden im Sinne der §§ 9 u. 17 des Bankgesetzes den Reichskassenscheinen gleichgestellt, galten also bei der Reichsbank als Metalldeckung. Gerade deshalb wurde auch die Höchstsumme der auszugebenden Dar-

[237]) Denkschrift des Reichstags, a. a. O., Nr. 26, S. 10 f.
[238]) RGBl. S. 340 (Darlehenskassengesetz).
[239]) Loeb, a. a. O., S. 36.
[240]) O. Stillich: Darlehenskassen und Kriegskreditbanken (Jahrbücher f. Nat.-Ök. u. Stat., 104. Bd., Heft 2, Jena 1915), S. 238.
[241]) Knauß: a. a. O., S. 54 f.
[242]) Denkschrift des Reichstages, a. a. O., S. 103 f.
[243]) Loeb: a. a. O., S. 37 ff.

lehensscheine ursprünglich mit 1500 Mill. ℳ begrenzt und für die Sicherheiten, die für die Darlehen zu stellen waren, strenge Bedingungen vorgeschrieben:[243])

1. Nicht verderbliche, innerhalb des Reichsgebietes lagernde Waren, Boden-, Bergwerks- und gewerbliche Erzeugnisse wurden nur bis zur Hälfte, ausnahmsweise bis zu $^2/_3$ ihres Schätzungswertes beliehen.
2. Wertpapiere, sowohl Staatspapiere wie Aktien und Schuldverschreibungen, wurden mit einem Kursabschlag bedacht.
3. Außerdem konnten andere Papiere, welche die Hauptverwaltung der Darlehenskassen für zuverlässig erklärte, mit einem Abschlag vom Kurswert als Pfand dienen. Gegenstände, die starken Preisschwankungen unterlagen, wurden nur als Sicherheit angenommen, wenn zugleich eine dritte sichere Person für die Erfüllung des Darlehensvertrages verbürgte.

Da die Darlehenskassen die Reichsbank entlasten sollten, wurde der Zinsfuß $^1/_2$% niedriger als der Reichsbanklombardzinsfuß gesetzlich festgelegt.[244])

Die Beträge, über welche die Darlehenskassenscheine lauteten, wurden auf 15, 20 und 50 ℳ festgesetzt.[245]) Da die Darlehenskassenscheine schon im Frieden zur Ausgabe vorbereitet waren,[246]) konnten bereits am 5. 8. 1914, als der Hauptverwaltung 99 Darlehenskassen und 96 Hilfsstellen angeschlossen waren, 4,2 Mill. ℳ Darlehen erteilt werden.[247]) Die Gründe für die verhältnismäßig geringe Inanspruchnahme der Darlehenskassen, die weit hinter den Erwartungen zurückblieb, lagen wohl in der Gepflogenheit der Kaufleute, Waren-Lombardkredite ungern zu nehmen, ferner in der Unmöglichkeit Hypotheken, Lebensversicherungspolicen usw. den Darlehenskassen zu verpfänden. Zudem waren die Beleihungsbedingungen anfangs zu rigoros festgesetzt bzw. war die Beleihungsquote zu niedrig bemessen.[248])

Die Gesamtausgabe von Darlehenskassenscheinen betrug[249]) am

	Millionen Mark
30. Sept. 1914	476,9
31. Okt. „	1110,0
30. Nov. „	1062,0
31. Dez. „	1317,0

[244]) F. Lang: Die deutschen Kriegskreditbanken, Dissertation Fürth 1927, S. 11.

[245]) Ab 31. 8. 14 wurden auch Darlehenskassenscheine auf Beträge von 2 und 1 ℳ ausgestellt (RGBl. S. 393).

[246]) Knauß: a. a. O., S. 55.

[247]) Stillich: a. a. O., S. 248.

[248]) Lang, a. a. O., S. 12.

[249]) Loeb, a. a. O., S. 63.

Hiervon waren

	im Verkehr	im Portefeuille der Reichsbank
30. Sept. 1914	142,9	334,0
31. Okt. „	243,6	866,5
30. Nov. „	322,8	739,2
31. Dez. „	445,8	871,2

3. Einrichtung von Kriegskreditbanken für den Mittelstand.

Die Kommunen und öffentlichen Körperschaften, unterstützt von den Handelskammern, wetteiferten mit dem Reiche in der Schaffung neuer Kreditorganisationen, nachdem die Darlehenskassen mit Rücksicht auf die Stellung der von ihr ausgegebenen Noten als Deckungsmittel für die Reichsbank sich lediglich auf die Realkreditgewährung beschränken mußten. Um die noch bestehende Lücke im Kreditsystem auszufüllen, ergab sich die Notwendigkeit, neue Kredit-Institute zu gründen, die ausgestattet mit einer gewissen Bewegungsfreiheit, berechtigt waren, zur Linderung der durch den Kriegsausbruch geschaffenen Notstände Personalkredit zu gewähren. Wenn auch die Banken in der Befürchtung einer Kreditüberspannung von der Eröffnung neuer Kreditquellen entschieden abrieten, so schien doch in Industrie- und Handelszentren — weniger in agrarischen Gegenden — eine zwingende Notwendigkeit für eine zusätzliche Kreditgewährung vorzuliegen, deren Risiko die Gründung gesonderter Institute notwendig machte.[250])

Nicht zuletzt hatte sich ein starkes Mißtrauen weiter Kreise gegen die Banken breit gemacht, verbunden mit der Furcht, im Bedarfsfalle von den Banken keinen Kredit zu erhalten, sodaß die Gründung neuer Bankinstitute unerläßlich erschien.[251]) Als erste Kriegskreditbank konnte die Hamburger Bank von 1914 A.-G. unter unmittelbarer Beteiligung des Staates bereits am 11. 8. 1914 ihre Tätigkeit aufnehmen;[252]) als nächste Organisation dieser Art wurde die Kriegskreditbank für Groß-Berlin gegründet; damit war der Auftakt zu Gründungen von Kriegskreditbanken, deren sich besonders die Interessenvertretungen des Handels und Gewerbes annahmen, im ganzen Reich gegeben, bis schließlich an 41 Orten Deutschlands Kriegskreditinstitute bestanden.[253])

Die Kriegskreditbanken dienten vorwiegend zur Kredithilfe für Geschäfte, die ihre Außenstände im Inland oder Ausland infolge Kriegsausbruch nicht hereinbringen konnten (z. B. Exportge-

[250]) Lang, a. a. O., S. 16.

[251]) P. Fischer: Die öffentlich rechtlichen und privaten Kriegskreditbanken in Deutschland und den okkupierten Gebieten Belgiens, insbesondere die Kriegskreditkasse für das Herzogtum Sachsen — A. G., Weimar. Dissertation Jena 1916, S. 87.

[252]) E. Alexander: Kriegskreditbanken (Recht und Wirtschaft, 3. Jahrg. Dezember 1914), S. 297.

[253]) Lang, a. a. O., S. 16 f.

schäfte); diese Art Kredit wird von J. Palmen[254]) genau definiert: „Kriegskredit ist ein Kredit, der ein durch Kriegsausbruch ohne Schuld oder Absicht des Kreditnehmers plötzlich auftretendes Kreditbedürfnis befriedigen will, um den durch den Kriegsausbruch gestörten Betrieb den veränderten Verhältnissen anzupassen und neue Produktions- und Absatzmöglichkeiten zu schaffen.“ Die Mitglieder der Kreditkassen, Städte, Landgemeinden und Kommunalverbände übernahmen die Haftpflicht bis zu einer bestimmten Höhe; Kredit wurde jeweils gegen Wechselakzept gewährt, das an die Berliner Kreditkasse weitergegeben wurde, die den Wechsel entweder diskontierte oder als Aussteller fungierte.[255]) Die Gesuche wurden von den Kreditausschüssen nach drei Richtungen geprüft: ob Notlage besteht, die Unternehmungen gesunde Merkmale tragen und ob die Kredite zur Deckung inländischer Warenverpflichtungen gebraucht werden, um zu verhüten, daß sie zur Rückzahlung von Bankschulden dienten.[256]) Da außerdem den Kreditausschüssen eine genaue Bilanz eingereicht werden mußte, scheuten sich viele, davon Gebrauch zu machen, weshalb die Kreditkassen eine geringe Wirksamkeit aufzuweisen hatten. So wurden beispielsweise bei der Kriegsdarlehenskasse Berlin von bereitgestellten 500 000 ℳ innerhalb eines Jahres nur 70 000 ℳ zur Kreditregelung benötigt, von denen rd. 17 000 ℳ zurückgezahlt wurden.[257]) Ähnlich lagen die Verhältnisse im ganzen Reich. Die Kriegskreditbanken wurden durchwegs sehr wenig beansprucht, allerdings muß berücksichtigt werden, daß durchschnittlich 40—50%, somit ein hoher Prozentsatz, der eingegangenen Kreditgesuche zurückgewiesen wurden.[258])

Alle Kriegskreditbanken waren in engstem Anschluß und unter Mitwirkung der Reichsbank entstanden; ihr Charakter war gemeinnützig, eine Dividende durfte satzungsgemäß von vorneherein nicht festgelegt werden.[259]) Da der Aufgabenkreis der Kriegskreditbanken nur negativ festgelegt war,[260]) machte sich in der Behandlung des Hypothekenkredites eine Meinungsverschiedenheit von Seiten der Kriegskreditorganisationen bemerkbar. Es fehlte zunächst gänzlich an Bestimmungen zum Schutz des Grundbesitzes, insbesondere an der Schaffung von Möglichkeiten für den Hypothekengläubiger, sich auf erste und zweite Hypotheken Geld zu verschaffen,[261]) bis schon Mitte August die großen deutschen Hypothekenbanken beschlossen, einen Lombardkredit gegen erste

[254]) J. Palmen: Wie haben sich die Kriegskreditbanken bewährt? Dissertation Heidelberg 1916, S. 13.
[255]) Alexander, a. a. O., S. 298 f.
[256]) Lang, a. a. O., S. 36.
[257]) M. Sokal: Kriegskreditbanken (Bankarchiv, 15. Jahrg., Nr. 11 vom 1. März 1916), S. 214.
[258]) Lang, a. a. O., S. 42 f.
[259]) Ebenda, S. 39.
[260]) Lange: a. a. O., S. 74.
[261]) C. Crüger: Kriegskreditkasse für den Mittelstand e. G. m. b. H. (Blätter für Genossenschaftswesen, 61. Jahrg., Nr. 44, vom 31. Okt. 1914).

Hypotheken in der Form zu gewähren, daß sie dem Geldnehmer den Kredit in ihren eigenen Pfandbriefen gaben und er gegen Verpfändung dieser bei den Darlehenskassen Geld bekam.[262])

Schließlich riefen die Kommunen auch Kriegsbeleihungskassen für nachstellige Hypotheken ins Leben; der Kredit durfte 5% der Hypothek und 5000 ℳ nicht überschreiten.[263])

Um möglichst jedem Kreditbedürfnis nachzukommen, hat der preuß. Minister des Innern in einem Runderlaß vom 16. August Anweisung über die Art und den Umfang eines hilfsweisen Eingreifens der Sparkassen durch Gewährung von Personalkredit erteilt. Demnach konnten Sparkassen Darlehen, Schuldscheine und Wechsel an Einwohner des Garantieverbandes gegen Bürgschaft von mindestens zwei der Sparkasse als sicher bekannten Personen gewähren.[264])

Zu den Störungen des Wirtschaftsbetriebes infolge Kreditschwierigkeiten, Kündigung von Verträgen usw., gesellte sich der Mangel an kleiner Münze, der zum Teil durch Ausgabe von Notgeld — in der Regel in Scheinen von 0,50 ℳ bis 50.— ℳ bekämpft wurde. Es wurden ausgegeben:[265]) in Westpreußen von 12 Gemeinden 980 000 ℳ und von 2 privaten Unternehmungen 46 000 ℳ, in Pommern von 1 Gemeinde 14 000 ℳ, in Posen von 38 Gemeinden 464 000 ℳ und von 3 Privatausgabestellen 17 000 ℳ, in Schlesien von 13 Gemeinden 625 000 ℳ und von 5 Privaten 210 000 ℳ, insgesamt im östlichen Deutschland von 64 Gemeinden 2 083 000 ℳ und von 10 Privatausgabestellen 273 000 ℳ. Im westlichen Deutschland gelangten zur Ausgabe: in Westfalen von 6 Gemeinden 277 000 ℳ und von 1 Privaten 10 000 ℳ, in der Rheinpfalz von 11 Gemeinden 117 000 ℳ und von 3 Privaten 70 000 ℳ, in Elsaß-Lothringen von 2 Gemeinden 3 Millionen ℳ und im übrigen Deutschland von 11 Industrieunternehmungen 443 000 ℳ, von der Gesamtausgabe entfielen auf 86 Gemeinden 5 491 281 ℳ und auf 25 Privatausgabestellen 796 459 ℳ. Da das Notgeld lediglich den Verkehr der Übergangszeit erleichtern sollte, verschwand es wieder Anfangs September durch die Ausgabe von Darlehenskassenscheinen.

Mit Hilfe der geschilderten Maßnahmen und Einrichtungen wurde das durch den Kriegsausbruch erschütterte Währungs- und Kreditsystem wieder in geordnetere Bahnen gewiesen und eine verhältnismäßig glatte Abwicklung des volkswirtschaftlichen Zirkulationsprozesses ermöglicht. —

---

[262]) Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, a. a. O., S. 25 ff.

[263]) Loeb: a. a. O., S. 57. — J. Jastrow: Die Organisation des Kredits im Kriege (Krieg und Wirtschaft, 1. Heft, Tübingen 1914), S. 97 und 106 f.

[264]) A. Seidel: Der Krieg und die Sparkasse (Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 6. Jahrg., Heft 5, Berlin 1915), S. 279.

[265]) Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, Nr. 26, a. a. O., S. 9.

II. Kapitel.

Regelung des Zahlungsverkehrs und Erlaß von Schutzbestimmungen zu Gunsten des Schuldners.

So weitgreifend sich auch die Kreditgewährung seitens der Reichsbank und seitens der Darlehenskassen gestalteten, so waren doch für diejenigen, die weder Wechseldiskontierung noch Wertpapiere oder Waren lombardieren konnten, beide Kreditquellen nicht nutzbar zu machen; so traten alsbald zahlreiche Wünsche wegen Erlasses eines allgemeinen Moratoriums hervor.[266]) Die Gründe, die dagegen sprachen, waren einerseits die Tatsache, daß wohl keine Wirtschaft in dem Maße wie die deutsche vor dem Krieg auf Kredit aufgebaut war, andererseits aber die Erwägung, daß ein Moratorium sich nicht auf die Forderungen und Zahlungsverpflichtungen von Reich, Staat, öffentlichen Körperschaften, Versicherungsanstalten und Kreditinstituten erstrecken könne.[267]) Wenn aber diesen Instituten die Pflicht zur Zahlung ihrer Verbindlichkeiten auferlegt werden sollte, so mußte man ihnen auch das Recht zur Einziehung ihrer Forderungen lassen. Allerdings wurde eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die als Teilmoratorium zu bezeichnen sind;[268]) so wurde durch das Gesetz über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts im Falle kriegerischer Ereignisse vom 6. August 1914[269]) die Möglichkeit eines individuellen Moratoriums geschaffen. Eine Ausführungsverordnung vom 7. 8. 14 regelte die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen, die nach richterlichem Ermessen um 3 Monate verlängert werden konnten.[270])

In gleicher Richtung wirkte die Verordnung des Bundesrats betreff die Anordnung einer Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens vom 8. August 1914.[271]) Im Anschluß daran wurde die Verordnung des Bundesrats betreff die zeitweilige Außerkraftsetzung einzelner Vorschriften des H. G. B. vom 8. 8. 1914 erlassen,[272]) wodurch die Vorschriften des H. G. B. und der Gesetze betreff G. m. b. H. und Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, in denen der Vorstand verpflichtet ist, sowohl im Fall der Zahlungsunfähigkeit als auch im Fall der Überschuldung Konkurs anzumelden, aufgehoben wurden.[273])

Durch Verordnung vom 6. August[274]) wurden zunächst die für Wechsel und Schecks vorgeschriebenen Fristen, soweit sie am

[266]) Die Reichsbank 1901/25, a. a. O., S. 45.
[267]) A. Dix: Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft, Berlin 1920, S. 215.
[268]) Knauß: a. a. O., S. 56.
[269]) Reichsgesetzblatt S. 357.
[270]) Loeb: a. a. O., S. 50 f.
[271]) RGBl., S. 363.
[272]) Ebenda, S. 365.
[273]) Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen, a. a. O., Nr. 26, S. 17 f.
[274]) RGBl., S. 357.

31. Juli abgelaufen waren, um 30 Tage verlängert. Ferner war am 14. 8. 1914 ein Börsenmoratorium in Kraft getreten, das erst im November 1915 wieder beseitigt wurde.[275]) Bestimmungen, die den reinen Charakter eines Moratoriums hatten, sind lediglich über die Auslandsforderungen getroffen worden. Da die deutschen Schuldner keine Möglichkeit hatten, ihre Forderungen im feindlichen oder neutralen Ausland einzutreiben, mußten sie auch gegen die Ansprüche der ausländischen Gläubiger geschützt werden; dies geschah durch die Verordnung über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz hatten vom 7. 8. 1914[276]) und über die Fälligkeit im Ausland ausgestellter Wechsel vom 10. 8. 1914.[277])

Besondere Schwierigkeiten ergaben sich auf dem Gebiet der Miet- und Hypothekenzinszahlung sowohl für die Mieter wie auch für die Hausbesitzer, besonders in großen Städten, in denen die hochverschuldeten Mietskasernen und die kapitalschwachen Hausbesitzer sich gegenüberstanden. Waren die Mieter, soweit sie Kriegsteilnehmer waren, durch allgemeine Bestimmungen für den Fall der Zahlungsunfähigkeit der Familie vor Exmission geschützt, so konnte dadurch aber der Hausbesitzer, ebenso wie durch Hypothekenkündigung in eine Notlage geraten.[278]) Dem wurde durch Unterstützungen abzuhelfen gesucht, die die Gemeinden den Familien von Kriegsteilnehmern und auch anderen durch den Krieg in Not Geratenen gewährten; die zuerst in einigen Gemeinden frei entstandenen, dann gesetzlich geregelten Einigungsämter führten einen billigen Ausgleich zwischen den Interessen der Mieter und Vermieter, sowie der Hypothekenschuldner und -gläubiger herbei. Diese Einrichtung hat sich vielfach bewährt; es konnte in 90% aller Fälle bei den Berliner Mieteinigungsämtern eine Einigung erzielt werden.[279])

Durch das Gesetz betreff den Schutz der infolge des Krieges an der Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen vom 4. 8. 14[280]) wurde den Kriegsteilnehmern für die Dauer des Krieges ein besonderer Rechtsschutz gewährt. Dieser bestand darin, daß das Verfahren vor den ordentlichen Gerichten wie vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten regelmäßig unterbrochen werden konnte, wenn ein Kriegsteilnehmer dabei als Partei beteiligt war. Ferner war die Zwangsvollstreckung in beweglichen Sachen gegen Kriegsteilnehmer nur beschränkt zulässig, die Zwangsvollstreckung

[275]) Knauß: a. a. O., S. 57.

[276]) RGBl., S. 360.

[277]) Handelskammer Berlin, Übersicht über die Moratorien und andere Sonderregelungen des Zahlungsverkehrs im Ausland, 1915, S. 11 ff., RGBl. S. 368.

[278]) Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, Nr. 44, a. a. O., S. 9.

[279]) R. v. d. Borght: Mietämter (Recht und Wirtschaft, 3. Jahrg., Nr. 12, Dez. 1914), S. 283 ff.

[280]) RGBl., S. 328.

in das unbewegliche Vermögen ebenso wie der Zwangsverkauf überhaupt unzulässig. Diesem Rechtsschutz für Kriegsteilnehmer wurden am 22. 10. 14 die Staatsangehörigen von Österreich-Ungarn gleichgestellt.[281])

Durch alle vorstehenden Maßnahmen wurde versucht, unbillige Härten zu vermeiden und den Schuldnern, die durch den Kriegsausbruch ohne ihr Verschulden in Zahlungsschwierigkeiten geraten waren, eine Schonfrist gewährt. Diese Bestimmungen zum Schutz der inländischen Gläubiger trugen wesentlich dazu bei, eine Beruhigung des Wirtschaftslebens alsbald eintreten zu lassen.

III. Kapitel.

Verordnung von Höchst- und Richtpreisen.

Für die Regelung der Wirtschaft im Kriegsfalle sind zwei Möglichkeiten gegeben:[282]) einmal, daß der Staat grundsätzlich auf jeden Eingriff verzichtet und die Preisbildung dem freien Spiel der Kräfte überläßt. Die Umorientierung wird sich dann unter dem Druck der Preisbildung vollziehen müssen; für örtliche Ausschreitungen sind notwendigerweise Höchstpreise als Regulativ der freien Konkurrenz festzusetzen.

Die andere Möglichkeit besteht darin, daß der Staat regelnd in die Wirtschaft eingreift; hierfür sind als erste Stufe zentraler Bewirtschaftung verschiedene Mittel, wie Verbote für gewisse Verwendungszwecke, Reservierung der vorhandenen Vorräte für den menschlichen Gebrauch, Verbote von Verfütterung und gewerblicher Verwendung, Strecken der Vorräte, schließlich Höchstpreise notwendig. Unter Umständen müßten noch radikalere Maßnahmen angeordnet werden bis zur vollständigen staatlichen Zwangswirtschaft, denn die Höchstpreise vermögen nicht den steigenden Verbrauch zu regeln. Bei beschränkter Menge aber ist die Regelung des Verbrauchs ebenso wichtig als die Regelung der Preise; es müßte also gleichzeitig eine Rationierung einsetzen. Das Äußerste wäre die Ausschaltung der privatwirtschaftlichen Entscheidung und deren Ersatz durch zwingende Norm des Staates, also Einführung der staatlichen Eigenwirtschaft.

Die heftigen Preisschwankungen, die bei einem Kriegsausbruch jedesmal eintreten, sind für die betreffende Volkswirtschaft in hohem Grade nachteilig. Starken Preisstürzen stehen uferlose Preistreibereien gegenüber. Dadurch aber, daß nicht nur die Preise der Rohstoffe, sondern auch die Preise der Konsumwaren, vor allem die der Lebensmittel, den stärksten Veränderungen ausgesetzt sind — bei den letzteren nur nach oben — so werden durch die labile Preisbewegung neben den Produzenten auch die breiten

[281]) Ebenda, S. 350.

[282]) E. Lederer: Die Regelung der Lebensmittelversorgung während des Krieges in Deutschland (Krieg und Wirtschaft, 3. Heft, Tübingen 1915) S. 759.

Massen der Konsumenten unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen. In einem Staat wie Deutschland, der durch den Kriegsbeginn vom Weltmarkt zum größten Teile abgeschnitten wurde und daher nur noch auf seine eigenen Hilfsquellen angewiesen war, mußten die Preise besonders stark beeinflußt werden. Die Gefahr einer baldigen Entblößung der Märkte hat auch, wie schon früher dargestellt wurde, in erster Linie die Preise der Nahrungsmittel anziehen lassen. Eine höchst gefährliche Beunruhigung der Bevölkerung war von einer solchen wild aufwärts gerichteten Preisbewegung zu erwarten. Im Interesse der Konsumenten wie auch der gesamten Volks- und Kriegswirtschaft war der Staat daher gezwungen, zum Mittel der Höchstpreispolitik zu greifen.

Die Organisation der deutschen Kriegswirtschaft war nicht das Ergebnis der systematischen Durchführung eines von vornherein aufgestellten Planes, sondern die Zwangswirtschaft war nichts als eine Kette von momentanen Notmaßnahmen, meist aus dem Augenblicksbedürfnis entstanden, was später oft zu einer Abänderung und Aufhebung vorher getroffener Maßnahmen geführt hat.[283]) Entsprechend waren auch die Ziele, die die staatliche Preispolitik verfolgte, nicht von vornherein einheitlich festgesetzt, sondern ergaben sich ebenfalls erst im Laufe der Zeit aus der tatsächlichen Entwicklung.

Am 4. August 1914 wurde das Höchstpreisgesetz, das bereits im Frieden vorbereitet war, erlassen, welches folgendes bestimmte: „Für die Dauer des gegenwärtigen Krieges können von den Landesbehörden oder den von diesen bestimmten Behörden für Gegenstände des täglichen Bedarfs insbesondere für Nahrungs- und Genußmittel aller Art sowie für rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe aller Art Höchstpreise festgesetzt werden.“ [283a])

In den Ausführungsbestimmungen wurde bekanntgegeben:[284]) „Bei Festsetzung der Höchstpreise ist das Interesse des konsumierenden Publikums zu berücksichtigen, daneben aber auch der Lage der Händler und Produzenten Rechnung zu tragen. Es muß dem Verkäufer ein den Verhältnissen entsprechender Nutzen verbleiben.“ Von diesen Befugnissen zur Höchstpreisfestsetzung ist vom Bundesrat sowie den Militär- und Ortsbehörden, denen nach dem anfangs eingeführten dezentralen System auch das Recht zustand, Höchstpreise festzusetzen, in sehr verschiedenem Umfang Gebrauch gemacht worden. Während einzelne Orte für fast alle wichtigen Gegenstände des notwendigen Bedarfs Richtpreise festsetzten, machten andere von diesem Rechte gar keinen Gebrauch;[285]) die Höchstpreise wurden von Fall zu Fall festgelegt ohne aufeinander abgestimmt und dem gesamten Preissystem an-

[283]) W. Le Coutre: Die Grundlagen der deutschen Preispolitik im Weltkrieg 1914—1918, Berlin 1920, S. 25.

[283a]) RGBl. S. 339.

[284]) Ebenda, S. 26.

[285]) Ebenda, S. 7 ff.

gepaßt zu sein. Da auf diese Weise an verschiedenen Orten ganz verschiedene Höchstpreise entstanden, mußten die örtlichen Höchstpreise versagen und es machte sich eine natürliche Verschiebung der Hauptmärkte bemerkbar. Infolge der Transportschwierigkeiten bei Kriegsbeginn und der Zurückhaltung seitens der Händler fand häufig eine völlige Absperrung der Bezirke für verschiedene Waren statt;[286]) dadurch wurde der freie Handel lahmgelegt, Überfluß auf der einen, Mangel auf der anderen Seite hervorgerufen. Durch diese ungünstigen Marktverhältnisse wurden Schiebungen und Spekulationen aller Art veranlaßt,[287]) weshalb durch Bundesratsverordnung vom 29. 10. 14 die Abänderung des Höchstpreisgesetzes dahin erfolgte, daß das Recht der Festsetzung der Höchstpreise in erster Linie auf den Bundesrat übertragen wurde. Nur soweit dieser von seinem Rechte keinen Gebrauch machte, konnten die nachgeordneten Behörden Höchstpreise festsetzen.

Besonders notwendig war für Brotgetreide aus Anlaß der stark gestiegenen Getreidepreise eine durchgreifende Höchstpreisfestsetzung; die hohen Preise waren eine notwendige Folge des Konkurrenzkampfes der am Krieg beteiligten Völker um die noch erlangbaren Getreidebestände auf dem Weltmarkt.[288]) Jedoch war es infolge der verschiedenen preisbestimmenden Voraussetzungen der einzelnen Gebiete nicht möglich, die Höchstpreise einheitlich zu gestalten.

Der Höchstpreis für die Tonne Roggen und Gerste betrug am 4. 11. 1914[289]) gemäß Festsetzung des Bundesrats:

Aachen	237 ℳ	Dortmund	235 ℳ
Berlin	220 „	Dresden	225 „
Bremen	231 „	Hamburg	228 „
Breslau	212 „	Königsberg	209 „
Bromberg	209 „	München	237 „
Köln	236 „	Posen	210 „
Danzig	212 „		

Der Höchstpreis für die Tonne Weizen war jeweils um 40 ℳ höher als der Höchstpreis für die Tonne Roggen; für gequetschte Gerste wurde auch ein entsprechendes Preisverhältnis geschaffen;[290]) der Preis für Hafer betrug in Berlin 212 ℳ.[291])

Dienten die Höchstpreise für Lebensmittel zur Beruhigung der breiten Konsumentenmassen, so sollten Höchstpreise für Industrie-

[286]) G. v. Below: Mittelalterliche Stadtwirtschaft und gegenwärtige Kriegswirtschaft, Tübingen 1917, S. 30 f.

[287]) J. Hirsch: Der Kettenhandel in wirtschaftlicher Darstellung (Beitr. zur Kriegswirtschaft, Heft 3, Berlin 1916), S. 3.

[288]) Aereboe: a. a. O., S. 103.

[289]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 803 f.

[290]) Durch Festsetzung von 10 ℳ über den Höchstpreis. Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 804.

[291]) Durch Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Höchstpreise für Hafer vom 5. 11. 14. RGBl. S. 469.

stoffe die Produktion schützen und ihre Ingangsetzung beschleunigen. In der Industrie war wohl die Möglichkeit, die Höchstpreise zu umgehen infolge der Schwierigkeiten, die eine plötzliche Umschichtung des Produktionsapparates boten, nicht so leicht durchzuführen wie bei der Lebensmittelwirtschaft. Am 4. August 1914 erließ der Bundesrat eine Verordnung über die Zwangsablösung der Börsentermingeschäfte in Metallen, da diese bei der allgemeinen Unsicherheit nicht bestehen bleiben konnten. Am 26. August wurden die Ablösungspreise für die Hamburger Metallbörse, am 27. 8. für die Berliner Metallbörse veröffentlicht. So wurde in Berlin ein Ablösungspreis für Kupfer, dessen Lieferung im August 1914 vereinbart war, mit 117 ℳ pro 100 kg festgesetzt, der um je 25 Pfg. mit jedem späteren Lieferungsmonat stieg.[292]) Letzter und höchster Preis war 119,5 ℳ für Lieferungen im Juni 1915. Für Hamburg waren die Preise um 25 Pfg. niedriger. Dort wurde für Zinn (Augustlieferung) ein Preis von 217 ℳ festgesetzt. Dadurch, daß man die Ablösungspreise für die Metallzeitgeschäfte nach den Angstkursen der letzten 5 Börsentage festgesetzt hatte, wurden der Industrie, soweit sie Käufer am Terminmarkt gewesen war, Riesenverluste zugefügt, da die Metalle nicht geliefert wurden, zugleich aber die noch benötigten Metallmengen im offenen Markte zu viel höheren Preisen eingekauft werden mußten. Unter solchen Verhältnissen kann die Festsetzung von Höchstpreisen für Metalle vom 10. 12. 14,[293]) von denen Aluminium von 1,60 ℳ auf 5.— ℳ, Antimon von 45 ℳ auf 220 ℳ, Elektrolytkupfer von 120 ℳ auf 220 ℳ, Nickel von 325 ℳ auf 600 ℳ und Zinn von 135 ℳ auf 600 ℳ gestiegen waren, äußerst erwünscht. Die Höchstpreise wurden ca. 20—30% unter den damals geltenden Preisen festgesetzt. Da auch diese nur für das Inland bestimmt waren, wurde vielfach von einem ausländischen Abnahmeort zu höheren Preisen verkauft. Auch für Wolle sind am 22. 12. 14 Höchstpreise[294]) festgelegt worden, die den Preis für 1 kg Rohwolle AAA auf 8,85 ℳ und für Rohwolle EE auf 5,70 ℳ begrenzten; auf dieser Grundlage wurde der Preis für 1 m Militärtuch auf 10,75 ℳ, für 1 m Marinetuch auf 11,75 ℳ und 1 m Militärkammgarnstoff auf 12,25 ℳ festgesetzt.[295])

Das Urteil über die Höchstpreise ist dahin zusammenzufassen, daß sie zum Teil zu spät und z. B. für Brotgetreide nicht umfassend genug festgesetzt waren. Bei Bestimmung der Höchstpreise für Brotgetreide gleich nach der Kriegserklärung wäre wahrscheinlich nicht das hohe Niveau erreicht worden, das dann Ende Oktober zur allgemeinen Preisbasis wurde; denn in der Praxis war der Höchstpreis häufig nur Mindestpreis, der Verkäufer

---

[292]) Brandt: a. a. O., S. 88 ff.
[293]) RGBl., S. 501.
[294]) RGBl., S. 545.
[295]) Brandt: a. a. O., S. 93 f. — Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 829.

versuchte darüber noch höhere Preise zu erzielen.[296]) Ferner wurde bei Festsetzung der Höchstpreise für die einzelnen Waren übersehen, auch deren Surrogate, die bei herrschender Knappheit an ihre Stelle traten, zu erfassen. So führte das Gesetz über die Höchstpreise bei der geringen Verdienstmöglichkeit für den Handel[297]) zu Umgehungen und Überschreitungen, oft war nur schwer zu dem gesetzlich zulässigen Höchstpreis Getreide zu erhalten. Eine Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide mußte es allerdings dem Handel mit einem Schlag unmöglich machen, von den Weltmarktbeständen für Deutschland etwas hereinzubringen. Zugleich mit der Höchstpreisfestsetzung wurde eine Bestimmung über die Beschlagnahme zurückgehaltener Vorräte erlassen.[298])

Ferner ist zu beachten, daß durch die Höchstpreisbelastung bestimmter Produkte leicht eine volks- und kriegswirtschaftlich unwillkommene Verwendung derselben herbeigeführt werden konnte, eine Orientierung nach der privatwirtschaftlichen Rentabilität statt nach dem volkswirtschaftlichen Bedarf. Dieser Nachteil ist nur zu deutlich während des Weltkrieges aufgetreten und hat seine Ursache in der Höchstpreisfestsetzung gefunden. Die Einrichtung der Höchstpreise hatte im Verlauf des Krieges eine außerordentliche Ausdehnung erfahren und führte auch zu bedenklichen Erscheinungen unserer kriegswirtschaftlichen Organisation. Die Meinungen über die Höchstpreise während des Krieges waren recht geteilt. Mag dies nun sein wie es will, auf jeden Fall steht fest, daß die zur Überleitung von der friedensmäßigen organisierten Wirtschaft in den Kriegszustand getroffene Einführung von Höchstpreisen zu Beginn des Krieges wesentlich zur Beruhigung der Bevölkerung beigetragen hat.

IV. Kapitel.

Die Nahrungsmittelbewirtschaftung.

Nahrungsmittelvorräte für den Kriegsfall waren bei Kriegsausbruch im Inlande nicht aufgespeichert. Ebenfalls war organisatorisch für eine Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmittel für den Kriegsfall in keiner Weise vorgesorgt. Deshalb mußte das Deutsche Reich auf diesem Gebiete gänzlich unvorbereitet in den Weltkrieg eintreten; für die Organisation der Kriegsernährungswirtschaft gab es mit Ausnahme der Sicherstellung der Zufuhren von Milch und leicht verderblichen Lebensmitteln nach den großen Städten bei Verkehrssperre z. Zt. der Mobilmachung keinen durchgearbeiteten Plan.[299]) Man hatte sich darauf verlassen, daß die

[296]) Hirsch: a. a. O., S. 3.
[297]) Zeitschrift für Handel und Gewerbe, 22. Jahrg. 1914, S. 37.
[298]) K. Thieß: Höchstpreispolitik (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 1, Berlin 1916) S. 10.
[299]) A. Skalweit: Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft, Berlin 1927, S. 5.

privatwirtschaftliche Vorratshaltung und besonders die heimische Nahrungsmittelerzeugung ausreichen würde, um die Bevölkerung für den Fall eines Krieges, von dessen kurzer Dauer man fest überzeugt war, mit dem Nötigen zu versorgen.[300]) Es wurde nicht erwogen, welche neuen Formen der Kriegführung ein Krieg mit sich bringen konnte, daß nicht ausschließlich der Kampf zu Wasser und zu Land gelte wie vordem, sondern daß es auch möglich ist, den Gegner wirtschaftlich zu treffen. Deutschland war von dieser Art der Kriegführung überrascht, und es machte sich mit Recht eine gewisse Verwirrung bemerkbar, als das Deutsche Reich nach der Marneschlacht im Herbst 1914 ziemlich bar jeglicher Lebensmittelvorräte sich auf einen längeren Krieg einrichten mußte. Um die inländischen Vorräte wenigstens im Lande zu behalten, wurden noch vor Kriegsbeginn Ausfuhrverbote erlassen. Im Deutschen Reich wurden durch kaiserliche Verordnung vom 31. Juli 1914 und den folgenden Tagen die Ausfuhr und Durchfuhr folgender Waren verboten:[301]) Tiere und tierische Erzeugnisse,[302]) Streu- und Futtermittel,[302]) Kraftfahrzeuge,[302]) Mineralöle und Steinkohlenteer,[302]) Waffen, Munition, Sprengstoffe sowie andere Artikel des Kriegsbedarfs, Eisenbahnmaterial, Telegrafen- und Fernsprechgerät, Luftschiffergerät, Rohstoffe, die bei der Herstellung und in Betrieb von Gegenständen des Kriegsbedarfs zur Verwendung gelangten, Verband- und Arzneimittel sowie ärztliche Instrumente und Geräte, Tauben etc.

In der Bekanntmachung betreff vorübergehender Einfuhrerleichterung vom 4. 8. 14[303]) hat der Bundesrat von der ihm erteilten Ermächtigung zur Zollbefreiung Gebrauch gemacht und die zollfreien Gegenstände ausdrücklich bezeichnet: Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Buchweizen, Reis, Bohnen, Erbsen, Rotkohl, Weißkohl, Wirsingkohl, Mehl, Graupen, Gries und sonstige Müllereierzeugnisse, Backwerk, Palmöl, Palmkernöl, Kokosnußöl und anderer pflanzlicher Talg, Butter, Käse, Margarine, Kunstspeisefett, Schweinespeck, Fleisch, Wurst, Heringe, Fische, Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Federvieh, Nahrungs- und Genußmittel aller Art in luftdicht verschlossenen Behältnissen, Erdöl usw. . . Ferner wurde Einfuhrerleichterung erlassen für Fleisch,[304]) Zollbefreiung für verdorbene Waren zur Verwendung als Viehfutter[305]) und Zollerleichterung auf Gerstenmalz erlassen.[306])

[300]) H. Warmbold: Futtergetreide im Kriege (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 4, Berlin 1917) S. 27 ff.

[301]) Volkswirtschaftliche Chronik 1914, S. 572, RGBl. S. 259, 260, 265, 266, 267, 268, 269.

[302]) Bei diesen Gegenständen wurde nur die Ausfuhr verboten.

[303]) RGBl., S. 352.

[304]) Durch Bekanntmachung betreff vorübergehende Einfuhrerleichterung für Fleisch vom 4. 8. 14, RGBl. S. 350.

[305]) Durch Bekanntmachung betreff Zollbefreiung für verdorbene Waren zur Verwendung als Viehfutter vom 25. 9. 14, RGBl. S. 416.

[306]) Durch Bekanntmachung betreff Zollerleichterung für Gerstenmalz vom 13. 10. 14, RGBl. S. 433.

Nachdem die Panik, die in den ersten Mobilmachungstagen das Volk dazu trieb, die Lebensmittelläden zu stürmen, überwunden war, erschien es im weiteren Verlauf jedoch notwendig, die Ernährung dem verminderten Nahrungsmittelquantum anzupassen, denn die Abhängigkeit der Nahrungsmittelversorgung Deutschlands vor dem Kriege vom Ausland war eine vierfache.[307]) Es importierte:

1. ungeheure Mengen von Kraftfuttermitteln und Rohstoffen, aus denen für das Vieh Kraftfutter gewonnen wurde;
2. es holte regelmäßig große Mengen der verschiedensten Nahrungsmittel im fertigen Zustand aus allen Ländern, besonders aber Brotgetreide aus Nordamerika;
3. es bezog eine große Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte in Form der Saison- oder Wanderarbeiter alljährlich für die Sommerzeit vom Auslande;
4. es importierte große Massen von Kunstdüngermitteln, insbesondere Stickstoffdüngemittel (Chilesalpeter und Rohphosphate).

Deutschland war mit 1/5 seines Nahrungsmittelbedarfes im Werte von 2,4 Milliarden Mark jährlich auf das Ausland angewiesen. Der jährliche Bedarf stellte sich im einzelnen folgendermaßen:[308])

	in 1000 Tonnen		
Brotgetreide	2000	= 350	Millionen Mark
Tierische Nahrungsmittel	1050	= 600	„ „
Handelsgewächse	1650	= 200	„ „
Kolonialwaren	500	= 500	„ „
Futtermittel	700	= 800	„ „
	5900	= 2450	Millionen Mark.

Als mit einer längeren Dauer des Krieges zu rechnen war, wurde die Nahrungsmittelversorgung, die in den ersten Kriegszeiten unter dem Zeichen eines planlosen Überkonsums stand, ernster in Erwägung gezogen.[309]) Die staatliche Regelung der Nahrungsmittelversorgung erschien dringend angebracht. Größte Sparsamkeit und rationelle Wirtschaft mußte angestrebt werden, sollte man mit den vorhandenen Mengen an Nahrungsmittel auskommen können; es wurden umfangreiche Berechnungen über die im Inland vorhandenen Kalorien aufgestellt,[310]) die dem Nahrungsmittelbedarf bei entsprechender Umstellung genügen sollten, die aber auf falscher Basis gemacht wurden.[311]) So wurde be-

[307]) Aereboe: a. a. O., S. 29.
[308]) Skalweit: a. a. O., S. 10 ff.
[309]) Aereboe: a. a. O., S. 30.
[310]) P. Eltzbacher: Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan, Braunschweig 1914, S. 63.
[311]) Skalweit: a. a. O., S. 9.

rechnet, daß bei günstigster Verwendung des Futters durch erwachsene Tiere zur Milch- und Fleischproduktion höchstens 45% der Eiweißkörper und von den kalorischen respektive Stärkewerten der verfütterten Substanzen im besten Falle über 40% des Futtermittels in den Produkten wiedergefunden werden. Infolgedessen wurde die Umstellung auf die Erzeugung unmittelbar konsumierbarer Nahrungsmittel empfohlen, um bei den Erzeugnissen der landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion, die durch einen Umwandlungsprozeß entstehen, einen Nährwertverlust zu verhüten.[312])

Nach Kriegsausbruch hörte die Zufuhr ausländischen Weizens, der in Friedenszeit mit inländisch gewonnenem Roggen umgetauscht wurde, fast vollständig auf. Damit nun kein Mangel an Brotkorn eintreten würde, verbot der Staat das Verfüttern von Brotgetreide, ohne allerdings ein Ersatzfutter vorschlagen zu können.[313]) In der Folge stiegen auch die Futterpreise derart in die Höhe, daß dadurch auf die gesetzliche verbotene Verfütterung Getreide und Kartoffeln ein Anreiz ausgeübt wurde.[314])

Auch die Kartoffeln, deren Verbrauch in Friedenszeiten 13 Millionen Tonnen betragen hatte, wurden den Tieren in steigendem Maße entzogen, um sie der menschlichen Ernährung direkt zuzuführen.[315]) So war es erklärlich, daß die ganze Viehhaltung zusammenzubrechen drohte, wenn nicht bald eine Lösung gefunden werden sollte.

Unter der herrschenden Futtermittelknappheit hatten besonders die Schweinemästereien zu leiden,[316]) die sich seit 1905 vor allem infolge des niedrigen Einfuhrzolles für russische Gerste sehr stark entwickelt hatten und nun durch den Kriegsausbruch äußerst empfindlich getroffen wurden. Die großen Schweinebestände Deutschlands mit ca. 25 Millionen Stück mußten dem verminderten Futtermittelbestand angepaßt werden. Die Nutzviehhaltung war im Verhältnis zur inländischen Futtererzeugung viel zu groß, deshalb ergab sich eine verhängnisvolle Verkettung: wurde die Nutzviehhaltung entsprechend der Verminderung der Futtermittel eingeschränkt, so litt die Fett-, Fleisch- und Milchversorgung not. Geschah das nicht, so ergab sich die Gefahr, daß der Landwirt, weil er sein Vieh nicht verhungern lassen wollte, Brot, Getreide, und Hackfrüchte verfütterte, anstatt sie unmittelbar der menschlichen Ernährung zuzuführen.

Das Wirksamste wäre praktisch wohl von Anfang an eine planmäßige Verminderung der Schweine gewesen, jedoch war immerhin zu berücksichtigen, daß die Schweine nur zu einem Teile auf ausländisches Futter angewiesen waren, und daß außerdem das Schwein auch das frißt, was der menschlichen Ernährung nicht

[312]) Ebenda, S. 62.
[313]) Lt. Bekanntmachung über das Verfüttern von Brotgetreide und Mehl, vom 28. 10. 14, RGBL. S. 460.
[314]) Aereboe: a. a. O., S. 47.
[315]) Ebenda, S. 48 f.
[316]) Ebenda, S. 48 f.

mehr dienen kann;[317]) auch ist zu beachten, daß der Deutsche ohne die Fleischnahrung, an die er sehr gewöhnt ist — der Fleischverbrauch pro Kopf und Jahr betrug 1912 in Deutschland 52,3 kg im Gegensatz zu England mit 47,6 kg und Frankreich mit 33,6 kg[318]) — nicht gut auskommen kann; diese liefert ihm das Schwein mehr als das Rind, das in stärkerer Weise als Produktionsmittel ausgenutzt wird.

Das Überangebot durch Futtermittelknappheit am Schweinemarkt wurde immer größer und infolge des verstärkten Auftriebs auf die Schlachtviehmärkte sanken die Schweinepreise stetig. Diesen Tiefstand der Preise machte sich die Konservenindustrie zunutze, indem sie in großem Umfange Dauerwaren herstellte.[319]) Am 11. 9. 1914 erließ die Regierung Schlachtbeschränkungen,[320]) die naturgemäß bei dem damals herrschenden Mangel an Kraftfuttermitteln als verfehlt zu betrachten waren.[321]) Doch auch diese Regelung erwies sich nicht als die richtige, da zu erwarten war, daß durch die Schlachtbeschränkungen der Kartoffelbestand zu sehr angegriffen würde. Als sich vollends laut Viehzählung vom 1. 12. 14 herausstellte, daß sich seit 2. 6. 14 die Zahl der Schweine nicht vermindert, sondern sogar um 40 000 Stück vermehrt hatten, wurde infolgedessen die Schlachtbeschränkung wieder aufgehoben und das Gegenteil geplant, nämlich eine staatlich erzwungene Abschlachtung der Schweine durchzuführen.[322]) Außerdem erfolgte die Rationierung der Kraftfutterabgaben für die Zugtiere, verbunden mit der Abgabepflicht des Überschusses und dem Verbot der Verfütterung der Speisekartoffeln. Die Abschlachtung der Schweinebestände, der sogen. Schweinemord, wurde dann behördlich angeordnet; es wurden beispielsweise im Januar 1915 ca. 2 bis 2½ Millionen Stück junger Schweine zwangsweise geschlachtet.[323])

Jedoch zeigte es sich, daß diese Regelung auf dem Gebiete der Nahrungsmittel nicht den erwarteten Erfolg brachte, als im Frühjahr 1915 wohl noch ein großer Kartoffelüberschuß vorhanden, der Schweinebestand jedoch stark zurückgegangen war.[324]) Inzwischen hatte bereits am 12. 1. 15 eine staatliche Beschlagnahme und Regelung der Getreidebestände in Form der Reichsgetreidegesellschaft eingesetzt, die eine gewisse Einheitlichkeit und größere Übersicht über die Marktlage ermöglichte.[325])

[317]) A. Skalweit: Das Schwein in der Kriegsernährungspolitik, (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 12—25, Berlin 1917) S. 3.

[318]) Frank: Volksernährung und Landwirtschaft in der Kriegszeit (Chem.-Ztg., 38. Jahrg. Nr. 148/49 v. 12. 12. 14).

[319]) Skalweit: a. a. O., S. 31.

[320]) Lt. Bekanntmachung betreff Verbot des vorzeitigen Schlachtens von Vieh, vom 11. 9. 14, RGBl. S. 405.

[321]) Aereboe: a. a. O., S. 5.

[322]) Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen, a. a. O., Nr. 44, S. 53 f.

[323]) A. Skalweit: Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft, Berlin 1927, S. 93 ff.

[324]) Ebenda, S. 97.

[325]) Aereboe: a. a. O., S. 104.

V. Kapitel.

Gründung von Zentralorganisationen und Reichsstellen zur Deckung des Bedarfs der Wehrmacht und der Zivilbevölkerung.

Die Regelung der eigenen Produktion und die Einfuhr von Waren aus neutralen Ländern sowie die gleichmäßige Verteilung der produzierten wie der eingeführten Waren konnten sich nicht wie in Friedenszeiten ohne ein Eingreifen des Staates vollziehen. In Friedenszeiten ergab sich ein gewisser Preisausgleich als natürliche Wirkung von Angebot und Nachfrage und der Konkurrenz innerhalb der Produzenten, Groß- und Kleinhändler. Als Deutschland jedoch mit einem Schlage die meisten seiner früheren Welthandelsbeziehungen aufgeben mußte und zunächst die Erreichung einer größtmöglichsten Einfuhr die Hauptsorge war, versagten demgemäß auch die preisregulierenden Faktoren, zumal die zunehmende Lebensmittelknappheit auch auf den Märkten der benachbarten neutralen Staaten schnell eine unverhältnismäßig große Nachfrage nach den wichtigsten Nahrungsmitteln zur Folge gehabt hatte. Die Preise der wichtigsten Lebensmittel wie der meisten Handelswaren wiesen eine Steigerung auf, weil sich die deutschen Aufkäufer im neutralen Ausland gegenseitig überboten. Die Zentralisierung von Einkauf und Einfuhr der wichtigsten Massennahrungsmittel wurde mithin im Interesse der deutschen Volkswirtschaft notwendig, um den schweren finanziellen und wirtschaftlichen Schäden, die mit dem regellosen Aufkauf im neutralen Ausland verbunden waren, zu steuern.[326])

Schließlich entstand dem Staate noch eine andere und wohl die wichtigere Aufgabe, nämlich die sämtlichen vorhandenen im Lande produzierten und eingeführten Waren entsprechend den Bedürfnissen der verschiedenen Landesteile gleichmäßig zu verteilen.

Nur eine organisierte Erfassung und Verteilung konnte zum Ziele führen. Man ging daher an die Gründung von Zentralgesellschaften oder Zentralstellen, um die Durchführung der verschiedenen Aufgaben im Rahmen einer straffen Organisation zu bewerkstelligen. Um die Gefahr einer allzu bürokratischen Handhabung zu bannen, mußten die verantwortlichen Staatsleiter Industrie, Handel und Gewerbe dazu heranziehen und den privaten Wirtschaftskreisen bei der Mitarbeit eine gewisse Selbständigkeit einräumen.

Die erste deutsche zentrale Kriegsorganisation war der „Reichseinkauf", der zunächst als lose Organisation am 2. August 1914 gegründet wurde mit der Aufgabe, Deutschland mit Lebens- und Futtermitteln aus den neutralen und möglichst auch aus dem feindlichen Ausland zu versorgen und besonders eine Ergänzung der heimischen Brotgetreidebestände durch Einfuhr aus

[326]) L. Reemtsen: Die Organisation der Lebensmittelversorgung im Kriege, Berlin 1917 (Volkswirtschaftliche Zeitfragen, Heft 298), S. 6 f.

dem Auslande zu ermöglichen.[327]) Da im Frieden zu dieser Organisation keine Vorbereitung getroffen war, war es vorteilhaft, daß in Hamburg durch das Reichsmarineamt im Verein mit der Einkaufsorganisation der Hamburg-Amerika-Linie für die Versorgung der Marine mit Lebens- und Futtermittel bereits eine Stelle geschaffen war.[328]) Diese bildete die Grundlage für die Einrichtung des Reichseinkaufs, der späteren Zentraleinkaufsgesellschaft; sein Aufgabenkreis bestand vorzüglich in der Erfassung und Verteilung von Waren jeder Art unter Berücksichtigung der durch die Kriegslage geschaffenen besonderen Verhältnisse.

Ein weiteres Ziel war die Hereinschaffung der Getreidevorräte aus Rumänien, da die Entente alles daran setzte, die Abgabe rumänischen Getreides an die Mittelmächte zu verhindern.[329]) Die Zentraleinkaufsgesellschaft konnte aber trotzdem für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, Deutschland in jener Zeit mit rumänischem Getreide versorgt zu haben, was dem privaten Handel wohl nicht gelungen wäre.[330]) Seit Januar 1915 in die Form einer privatwirtschaftlichen Gesellschaft m. b. H. gekleidet, war die Zentraleinkaufsgesellschaft nach wie vor die große Einkaufsorganisation des Reiches. Die Gesellschafter dieser G. m. b. H. waren das Deutsche Reich und die Bundesstaaten; um nach außen hin einen privatwirtschaftlichen Charakter zu zeigen, wurden 5 Firmen der Munitions- und der Rüstungsindustrie gebeten, einige 100 000 ℳ Kapital der Zentraleinkaufsgesellschaft zu übernehmen.

Die Gesellschaft stand unter ständiger Aufsicht des Reichsamts des Innern, sie arbeitete gemeinnützig, ein eventueller Überschuß verfiel dem Reiche.

Wenn auch die Zentraleinkaufsgesellschaft sich das Scherzwort gefallen lassen mußte, daß England seinen Aushungerungsplan gegen Deutschland aufgegeben habe, nachdem es der Zentraleinkaufsgesellschaft nicht gelungen sei, Deutschland auszuhungern,[331]) so steht doch fest, daß diese erste Organisation des Reichseinkaufs segensreich wirkte, weil sie in Erkenntnis der zu erwartenden Knappheit an Lebens- und Futtermitteln darauf ausging, unabhängig von den Käufen des freien Handels im neutralen Auslande möglichst große Mengen von Waren zu erwerben, wobei der Handel in keiner Weise gestört werden sollte. Die ZEG. legte besonderes Gewicht darauf, solche Waren zu beschaffen, deren Einfuhr mit einem erheblichen Risiko verknüpft war, in der richtigen Erwägung, daß der Krieg es zur Notwendigkeit machte, ohne Rücksicht auf das Risiko Waren im Auslande zu erwerben; auf diese Weise konnten größere Bestände, besonders von Eiern,

[327]) Ebenda, S. 8.
[328]) Lübbert: Die Zentraleinkaufsgesellschaft, Berlin 1917, S. 2 ff.
[329]) Ebenda, S. 7.
[330]) A. Dix: Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft, Berlin 1920, S. 280 ff.
[331]) G. Stresemann: Industrie und Krieg (Veröffentlichungen des Bundes der Industriellen, Heft 9 a, November 1916), S. 7.
[332]) Die Zentraleinkaufsgesellschaft (Bericht) Juni 1917, S. 5.

Butter und Gefrierfleisch angesammelt werden. Zur Organisation des Systems waren in den neutralen Ländern Vertrauensleute angestellt, deren Vermittlung die Gesellschaft sich beim Einkauf bediente. Bald jedoch übertrug die ZEG. den Einkauf im Auslande angesehenen Firmen in den einzelnen Ländern.[332])

Die Anfangs September 1914 gegründete Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung, eine dem Reichsamt des Innern angegliederte Reichskommission, sollte den Wettbewerb der verschiedenen Intendanturen beseitigen, den Einkauf für die Heeresverwaltung einheitlich gestalten[332]) und Preissteigerungen verhindern, die durch gleichzeitige Kaufgebote verschiedener Intendanturen zu befürchten waren. Nach den Ausführungsbestimmungen war der Heeresbedarf durch Vermittlung der „Zentralstelle" von den Landwirtschaftskammern mit Hilfe des Handels der Genossenschaften und der Landwirte möglichst durch freihändigen Ankauf zu decken. Die Zentralstelle, deren Tätigkeit sich auf das ganze Reich mit Ausnahme von Bayern und Württemberg erstreckte, hatte in besonderen Fällen das Recht zur Beschlagnahme der Vorräte.[334])

Durch die einheitliche Festsetzung der Höchstpreise stockten die Getreidemassen in den Überschußgebieten, da die Zuschußgebiete dieselben nicht durch Preisaufschläge heranziehen durften; deshalb mußte, um nach Möglichkeit Vorsorge für die rechtzeitige Verteilung der Vorräte zu treffen, die ganze Regelung des Brotgetreideverkehrs einer staatlichen Zentralorganisation übertragen werden, die am 25. November 1914 in der Form der Kriegsgetreidegesellschaft als G. m. b. H. mit einem Stammkapital von 50 Millionen Mark und dem Sitz in Berlin gegründet wurde.[335]) Gesellschafter waren der Preußische Staat mit einer Einlage von 21 Millionen Mk., 48 deutsche Städte mit einer Einlage von 20 Mill. Mk. und 13 großgewerbliche Firmen mit 9 Mill. Mk. Zweck der Gesellschaft war der Erwerb und die Lagerung inländischen Roggens, insbesondere das Herausziehen der Getreidevorräte und ihre Behandlung bis zur Umwandlung in Mehl, sowie Maßnahmen zur Sicherung der deutschen Volksernährung und Aufrechterhaltung des deutschen Wirtschaftslebens im Kriege.[336])

Um die Deckung des Bedarfs mit den vorhandenen Getreidevorräten bis zur nächsten Ernte sicherstellen zu können, suchte die Kriegsgetreidegesellschaft die für nötig erachteten Mengen Roggen zunächst durch freihändigen Ankauf unter Umständen im Wege der Enteignung zu erwerben; mit diesem Getreide mußten die Mühlen versorgt werden, die ihrerseits einen geringen Beitrag

[333]) Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges. . . S. 78 ff. (Nr. 26).
[334]) Brandt: a. a. O., S. 75 f.
[335]) Loeb: a. a. O., S. 89.
[336]) Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges . . . ., Nr. 44, S. 45.

für das zugewiesene Mahlgut zu entrichten hatten.[337]) Jedoch die Lahmlegung des Handels durch das Auftreten der Kriegsgetreidegesellschaft, welche das an sich schwache Angebot von Getreide noch weiter einengte, die Verfütterung von Brotgetreide namentlich seitens kleiner Landwirte, die trotz Belehrung, Kontrolle und Strafen schlechterdings nicht zu verhindern war, die unerwartete Steigerung des Verbrauchs von Kuchen und Weizenbrot machten diese Erwartung zuschanden. Die Bestandaufnahme der Vorräte an Brotgetreide, die am 1. Dezember stattfand, zeigte, daß die Kriegsgetreidegesellschaft mit keinem Mittel die gewünschte Menge von über 2 Mill. t Brotgetreide aufzukaufen durchsetzen konnte.[338]) Da sich nun Mitte Januar laut Bestandsaufnahme erwies, daß im ganzen nur noch 8,5 Mill. t Brotkorn vorhanden waren, wurde vom Bundesrat der Entschluß zur Errichtung der staatlichen Getreidezwangswirtschaft gefaßt und binnen kürzester Zeit die Reichsgetreidestelle geschaffen; bereits am 25. Januar 1915 trat die Zwangswirtschaft in Kraft.[339])

Der allmähliche Übergang zur staatlichen Zwangswirtschaft auf fast allen Bedarfsgebieten führte im Laufe des Krieges zu einer Unmenge von Kriegsgesellschaften und Reichsstellen, deren Tätigkeit zu schildern nicht mehr in den Bereich vorliegender Abhandlung fällt.

VI. Kapitel.

Regelung des Arbeitsmarktes.

1. Zentralisierung des Arbeitsmarktes.

Der Krieg übte in erster Linie auf den Arbeitsmarkt einen gewaltigen Einfluß aus. Auf der einen Seite hatte die Mobilmachung eine außerordentlich große Zahl von Arbeitern aus den Betrieben aller Art herausgezogen, auf der anderen Seite äußerten sich die Wirkungen des Krieges und der Grenzsperrungen in zahlreichen Betriebseinschränkungen und Betriebsschließungen. Die starke Verschiebung von Angebot und Nachfrage nach Arbeit äußerte sich zunächst am auffälligsten in der Landwirtschaft, die während der Ernte einen großen Teil ihrer Arbeiter verlor.[340]) Um einen raschen Ausgleich der Arbeitskräfte zu ermöglichen, ergab sich alsbald die Notwendigkeit neue Einrichtungen zu schaffen, da es an einer einheitlichen Spitze fehlte, die ein Zusammenwirken sämtlicher Arbeitsvermittlungsstellen ermöglichte. Zur Abhilfe die-

[337]) Brandt: a. a. O., S. 77 f.

[338]) Loeb: a. a. O., S. 92 f.

[339]) E. Lederer: Die Regelung der Lebensmittelversorgung während des Krieges (Krieg und Wirtschaft, III. Heft, Tübingen 1915) S. 774. Lt. Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl v. 25. 1. 15. RGBl. S. 35.

[340]) Reichsarbeitsblatt 1914, 12. Jahrg., Nr. 8 und 9, S. 622, 691.

ser Mißstände wurde beim Reichsamt des Innern die Reichszentrale der Arbeitsnachweise errichtet, die mit den bereits bestehenden Einrichtungen, wie z. B. dem Verband deutscher Arbeitsnachweise, den Landes- und Provinzialverbänden der öffentlichen Arbeitsnachweise, den Landwirtschaftskammern usw. ein planmäßiges Zusammenarbeiten durchführen sollte.[341]) Außerdem hatte die Reichszentrale der Arbeitsnachweise die Unterbringung der zahlreichen in Deutschland noch zurückgebliebenen ausländischen, insbesondere russischen Arbeiter, zu regeln, ferner Arbeitskräfte, die in den einzelnen Industriezweigen arbeitslos geworden waren, der Landwirtschaft zuzuführen. Der deutsche Landwirtschaftsrat unterstützte die Bergung der Ernte durch einen allgemeinen Aufruf. Erleichterte Arbeitsbedingungen, freie Wohnung und Verpflegung, freie Eisenbahnfahrt zur einmaligen Reise nach der Arbeitsstelle und zurück,[342]) sollten den Zudrang von Arkeitskräften auf dem Land steigern.[343]) Die Zentralisation des Arbeitsmarktes konnte nur insoweit die Arbeitslosigkeit vermindern, als es sich darum handelte, unbeschäftigte Arbeitskräfte in Betrieben unterzubringen; das Bestreben, jede Art Arbeit anzunehmen, erleichterte die Umstellung der Arbeiter auf ungewohnte Beschäftigungsarten.[344])

Unmittelbarer als das Reich hatten sich die Bundesstaaten mit der Regelung des Arbeitsnachweises befaßt; seit Kriegsausbruch waren in zahlreichen Kreisen Kreisarbeitsnachweise, in einigen Gemeinden auch Gemeindearbeitsnachweise gegründet worden.[345])

2. Fürsorgemaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt.

Ebenso wie auf allen anderen Gebieten der Wirtschaft der Krieg eine starke Desorganisation zur Folge hatte, so traf dies auch für den Arbeitsmarkt zu. Es war daher notwendig, so rasch als möglich Einrichtungen zu schaffen, um einen den Verhältnissen der Zeit entsprechenden Ausgleich von Angebot und Nachfrage an Arbeitskräften durchzuführen, wie Verteilung vorhandener Aufträge auf eine größere Zahl von Betrieben, Vermeidung von Überstunden und Nachtschichten durch Zerlegung in doppelte und dreifache Schichten u. a. m.[346])

Erwähnenswert sind auch die freien Gewerkschaften, die mit Vorschlägen zur Behebung der Arbeitslosigkeit an die Reichsregierung herangetreten sind; sie forderten Beseitigung der Ver-

[341]) Loeb: a. a. O., S. 75.
[342]) Bayerische Staatszeitung Nr. 181 vom 3. 8. 1914.
[343]) Korrespondenzblatt der Generalkommission Nr. 36 vom 8. 8. 1914.
[344]) E. Lederer: Die Lage des Arbeitsmarktes und die Aktionen der Interessenverbände zu Beginn des Krieges (Krieg und Wirtschaft, 1. Heft, Tübingen 1914) S. 168.
[345]) H. Lindemann: Die deutsche Stadtgemeinde im Kriege (Kriegswirtschaftliche Zeitfragen, Heft 6/7, Tübingen 1917) S. 48 ff.
[346]) Reichsarbeitsblatt, 12. Jahrg., Nr. 9 am 23. 9. 14, S. 691.

kehrserschwerungen, Erleichterung in der Zufuhr von Kohlen und Rohstoffen an die Industrie und Befreiung unentbehrlicher Betriebsleiter von der Einberufung zum Heere.[347])

Allgemein wurden zur Beseitigung der großstädtischen Arbeitslosigkeit eine Reihe von Richtlinien aufgestellt;[348]) so sollten in Rücksicht auf arbeitsfähige Arbeitslose keine unentgeltlichen Arbeitskräfte oder Arbeitskräfte mit Nebeneinkommen, wie Invalidenrentner oder pensionierte Offiziere, eingestellt werden. Die Weiterführung des häuslichen Bedarfs in gewohnter Ausdehnung wurde empfohlen, Dienstboten sollten möglichst nicht entlassen, Aufträge nicht zurückgenommen werden; überhaupt sollten die Betriebe die geringstmögliche Einschränkung erfahren; zu diesem Zweck sollten die Aufträge räumlich wie zeitlich tunlichst verteilt werden, um Überbeschäftigung zu verhindern.

Abgesehen von der Erhaltung der Arbeitsgelegenheit erwies sich die Beschaffung neuer Arbeitsmöglichkeit als notwendig; sie konnte im wesentlichen nur durch die öffentlichen Körperschaften erfolgen, die durch größere Aufträge[349]) unter voller Ausnützung der bewilligten Kredite über die Arbeitsmarktkrisis hinweghelfen sollten.[350])

Trotz aller durch Kapitalknappheit gebotenen Sparsamkeit, sah sich das Reich veranlaßt, die Bauten am Kaiser-Wilhelm-Kanal weiterzuführen; die preußische Eisenbahnverwaltung, die jährlich etwa 1100—1200 Millionen Mark für den Bau von Stationen und Bahnstrecken verwendet hatte, erhöhte zur Förderung des gewerblichen Lebens diesen Betrag noch um 250 Millionen Mark.[351]) Ebenso verfuhren die Staatsbahnverwaltungen mit der Vergebung des Baues von Wagen und Lokomotiven.[352]) Nachdem unter dem ersten Eindruck des Kriegsausbruches die Stadtverwaltungen ihre Bauarbeiten größtenteils eingestellt hatten, wurden Ende August, als die Gefahr einer Invasion im Westen als abgewehrt gelten konnte, die Arbeiten wieder aufgenommen.[353])

Eine große Zahl von Gemeinden ist bei der zunehmenden Arbeitslosigkeit der Forderung nach Notstandsarbeiten nachgekommen; an der Elbe und Oder wurden Hochwasserregulierungsarbeiten vorgenommen, der Plauer Kanal wurde ausgebaut und der Lippeseitenkanal hergestellt; die übrigen Notstandsarbeiten in der ersten Kriegszeit erstreckten sich hauptsächlich auf Straßenbau und Umbruch von Moorflächen besonders in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein;[354]) damit war aber nur einem Teil der Arbeitslosen geholfen. Die große Masse der Frauen blieb nach

[347]) Lederer: a. a. O., S. 169.
[348]) Loeb: a. a. O., S. 75 f.
[349]) Reichsarbeitsblatt, 12. Jahrg., Nr. 9, am 23. 9. 14, S. 690 f.
[350]) ebenda, S. 701.
[351]) Brandt: a. a. O., S. 28.
[352]) Nach Bericht der Firma J. A. Maffei, A.-G., München.
[353]) Lindemann: a. a. O., S. 49 ff.
[354]) Brandt: a. a. O., S. 28 f.

wie vor ohne Fürsorge; für diese suchte der „Ausschuß zur Beratung und Durchführung von Maßnahmen zur Linderung der Not unter den weiblichen Arbeitskräften", dem ein „Ausschuß für Konfektionsnotarbeit" am 26. 8. 1914 nachfolgte,[355]) besonders durch die Einrichtung von Nähstuben Erwerb zu schaffen.

3. Einführung von Arbeitslosenunterstützung und Kriegswohlfahrtspflege.

Soweit die Arbeitsvermittlung und die Maßnahmen zur Erhaltung und Beschaffung von Arbeitsgelegenheit nicht ausreichten, um die Arbeitslosigkeit zu verhindern, war eine ergänzende Kriegsfürsorge durch Unterstützung der erwerbslos gewordenen Arbeitswilligen geboten.

An der Spitze der sozialen Kriegsmaßregeln stand die Bereitstellung von 200 Millionen Mark durch den Bundesrat für Kriegswohlfahrtspflege, die auf Bundesstaaten nach Maßgabe der Matrikularbeiträge verteilt wurden; die Gemeinden, die in besonderem Maße für die Kriegswohlfahrtspflege zu sorgen hatten,[356]) erhielten durch Reichszuschüsse für ihre Aufwendungen auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge und der Familienunterstützung Beihilfen.[357]) Weiterhin hatten die Landesversicherungsämter 5% ihres Vermögens für die Arbeitslosenunterstützung bereitzustellen.[358])

Durch Rundfrage[359]) bei 800 Gewerkschaftskartellen sind im Deutschen Reich bis 10. Dezember 1914 301 Gemeinden ermittelt worden, die in irgend einer Form Arbeitslose unterstützt haben, sei es durch Barunterstützungen, Mietzuschüsse oder durch Roggen, Kartoffel, Brennmaterial und ähnliches.[360]) Davon haben 186 Gemeinden eine Arbeitslosenunterstützung nach festen Grundsätzen mit Geldbeträgen eingeführt; in 10 Orten erhielten die Arbeitslosen weniger als drei Mark in der Woche; in 10 Großstädten, 7 Gemeinden mit 50 000 bis 100 000, 11 mit 25—50 000, 19 mit 10—25 000, 12 mit 2000—10 000 und 2 Gemeinden unter 2000 Einwohnern wurden durchschnittlich 3 bis 6 Mark, teilweise bis zu 11 Mark pro Woche gezahlt. In Düsseldorf und mehreren anderen Städten betrug z. B. die tägliche Unterstützung 0,60 Mark.[361])

Hatte man bei den Arbeitslosenkassen der Friedenszeit bei Eintreten von Arbeitslosigkeit Unterstützung ohne weiteres ge-

[355]) Reichsarbeitsblatt, 12. Jahrg., Nr. 9, am 23. 9. 14, S. 706.

[356]) H. Lindemann: Aufgaben und Tätigkeit der Gemeinden im Krieg (Krieg und Wirtschaft, Tübingen 1915, 1. Heft), S. 196.

[357]) Brandt: a. a. O., S. 187.

[358]) Reichsarbeitsblatt, 12. Jahrg., Nr. 10, S. 779.

[359]) Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 24. Jahrg., Nr. 52, v. 26. 12. 14.

[360]) H. Lindemann: Die deutschen Stadtgemeinden im Kriege (Kriegswirtschaftliche Zeitfragen, 3. Heft, Tübingen 1917), S. 18.

[361]) Brandt: a. a. O., S. 33 f.

währt, so wurde im Kriege nur bei vorhandener Bedürftigkeit eine Unterstützung in der Zeit der Arbeitslosigkeit bewilligt; auch die Verpflichtung, jede Art Arbeit anzunehmen, mußte bei Anspruch auf Unterstützung erfüllt sein.[362]) Da von den Großstädten bis 10. 10. 1914 überhaupt nur 15 Arbeitslosenunterstützung eingeführt hatten,[363]) war es verständlich, daß sich die Gewerkschaften mit diesen Ergebnissen nicht zufrieden erklärten und daher die Einführung der vergeblich geforderten Arbeitslosenversicherung verlangten; grundsätzliche Bedenken jedoch sprachen gegen die Durchführung.[364]) So sahen sich die Gewerkschaften einer Anhäufung von Arbeitslosigkeit gegenüber gestellt, deren Umfang der gewerkschaftlichen Praxis zur damaligen Zeit noch fremd war. Durch Einziehung zum Heere gingen viele Mitglieder und Beiträge verloren, während zugleich die Unterstützungen nach Möglichkeit aufrecht erhalten werden mußten. Zur Bestreitung der Unterstützungsaufwendungen waren einzelne Gewerkschaften gezwungen, ihren Mitgliedern eine Steuer aufzuerlegen.[365]) Die Unterstützung konnte nicht ausschließlich auf die Arbeiter beschränkt bleiben, weshalb zahlreiche Städte, wie Berlin, Bremen u. a. m. Angestellte aller Art und auch Selbständige, wie Handwerker, Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe in den Kreis ihrer Fürsorge einbezogen.[366]) Wie sehr die Gewerkschaften durch Unterstützungsbeiträge beansprucht wurden, zeigt der durchschnittliche Wochenaufwand des Metallarbeiterverbandes im ersten Kriegsmonat mit 450 000 Mark, eine Summe, die trotz der durch die Einberufung verlorenen Mitgliederbeiträge von zirka 8 Millionen Mark (auf ein Jahr berechnet) gezahlt wurde. Nach den Ermittlungen der Zentralverbände betrug die Gesamtausgabe für Arbeitslosenunterstützung in der ersten Septemberwoche 1 648 120 Mark, was bei einer Verringerung der Mitgliederzahl um zirka 30% eine hohe Belastung für die Gewerkschaften bedeutete, die durch Sonderbeiträge der Mitglieder ausgeglichen werden mußte.[367]) Die freien Gewerkschaften, die mit Kriegsausbruch den Arbeitskampf völlig eingestellt hatten, verwendeten bis zum 31. Oktober 1914 12,8 Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützung. Im einzelnen erhielt der freigewerkschaftliche Bauarbeiter, der nicht anderweitig unterstützt wurde, verheiratet oder erwerbsunfähig war, 0,60 bis 1.— Mark pro Tag, Maschinisten und Heizer erhielten verheiratet 6—9.— Mark, ledig 5.— Mark pro Woche, Lithographen, verheiratet 5.— Mark, ledig 3.— Mark. Bei den christlichen Gewerkschaften erhielten die Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter 2,40—2,80 Mk. für 4—8 Wochen je nach der Beitragsklasse bei

[362]) Lindemann: a. a. O., S. 53 f.
[363]) Lederer: a. a. O., S. 184 f.
[364]) Brandt: a. a. O., S. 187.
[365]) Lederer: a. a. O., S. 179 ff.
[366]) Lindemann: a. a. O., S. 52 f.
[367]) Lederer: a. a. O., S. 183 f.

52 vollen Wochenbeiträgen; Holzarbeiter verheiratet 6.— Mk., ledig 4.— Mk., Textilarbeiter 6—7.— Mk.[368])

Da eine Kontrolle der Arbeitslosigkeit nur durch berufliche Organisationen möglich war, denen der Arbeitslose Beiträge leistete, fehlte es nicht an Beispielen engen Zusammenwirkens von Gemeinden und gewerkschaftlichen Organisationen, wobei freilich der Grad der Zusammenarbeit im einzelnen recht verschieden war. In geradezu vorbildlicher Weise gestaltete sich das Zusammenwirken von Stadt, Versicherungsträgern und Gewerkschaften in der Reichshauptstadt.[369])

[368]) Brandt: a. a. O., S. 32 f.
[369]) Lindemann: a. a. O., S. 54.

IV. Teil.

Maßnahmen der Privatwirtschaft zur Behebung der krisenhaften Erscheinungen.

I. Kapitel.

Anpassung der Produktion an die Kriegsverhältnisse.

Die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der durch den Kriegsausbruch hervorgerufenen Wirtschaftskrise waren allein nicht imstande, den so plötzlich unterbrochenen volkswirtschaftlichen Kreislauf wieder in Gang zu bringen; sie konnten nur die Grundlage bilden, auf der die Privatwirtschaft die aufbauende Hauptarbeit leisten mußte. Diese bestand in der möglichst schnellen und rationellen Anpassung der nationalen Produktivkräfte an die durch den Krieg geschaffenen neuen Verhältnisse, die durch die Nachfrage des Heeres und der Marine nach Kriegsmaterial bestimmt waren. Der normale Produktionsprozeß wurde infolge schwer zu beschaffendem oder schlechtem Material gefährdet und damit die Erzeugung der Güter nach Menge und Qualität erheblich beeinträchtigt. Die Unmöglichkeit, den Zustand der Betriebsanlagen mit der im Frieden üblichen Sorgfalt zu ergänzen und erneuern, mußte auf die Dauer zu beschleunigter Erschöpfung der Produktivkapitalien führen, — in der Landwirtschaft zur Erschöpfung des lebenden und toten Inventars — und damit letzten Endes zur Senkung der Erträge.

1. Anpassung der Landwirtschaft.

Der Landwirtschaft ist die Anpassung an die Kriegsverhältnisse nur im negativen Sinne gelungen, d. h. auf Kosten des Produktionsapparates. Durch die ganze Kriegswirtschaft zog sich, soweit die Ernährungswirtschaft in Frage kam, ein Kampf zwischen Interessen der Verteilung der im Augenblick vorhandenen Nahrungsmittel — des Konsumenten — und die Interessen der Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion, die nur durch Zurückdämmen der Konsumentenanforderungen möglich war.[370]) Ein Produktionszwang im Sinne einer staatlichen Regelung der

[370]) Aereboe: a. a. O., S. 99 f.

Landwirtschaft schien undurchführbar und wurde auch nicht ernsthaft in Erwägung gezogen.[371]) Eine Vorratsstreckung konnte wohl die zu knappe Nahrungsmitteldecke dehnen, aber eine absolute Vermehrung der vorhandenen Nahrungsmittel war durch sie nicht zu erreichen. Eine planmäßige Umstellung der Landwirtschaft konnte aber in Verbindung mit Produktionseinwirkungen die Menge der unmittelbar für die menschliche Ernährung nutzbar zu machenden Nährwerte steigern, jedoch unter der Voraussetzung, daß von den nötigsten Früchten möglichst viel angebaut, von den Erzeugnissen des Bodens möglichst wenig im Betriebe verbraucht und möglichst viel zur Ernährung von Volk und Wehrmacht abgeliefert würde; damit ergab sich für die Landwirtschaft als neues Bewirtschaftungssystem der Raubbau.

Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszweigen, die bereits im Verlauf des Monats August den Kriegszustand mit allen seinen erschütternden Folgen zu verspüren hatten, zeigten sich in der Landwirtschaft, infolge des ihr eigenen längeren Produktionsprozesses, in der Hauptsache erst in absehbarer Zeit die nachteiligen Wirkungen des Krieges. Genügte es, bisher die einzelnen Gebiete des Wirtschaftslebens unter dem Einfluß des Krieges lediglich für das Jahr 1914 zu untersuchen, so muß in diesem Abschnitt zeitlich weiter gegriffen werden, um die durch den Krieg verursachten Erscheinungen (z. B. Ernte 1915) beobachten zu können. Immerhin sind auch in der Landwirtschaft gleich nach Ausbruch des Krieges Momente aufgetreten, die bereits den Produktionsprozeß erheblich zu stören geeignet waren.

Die Landwirtschaft, die im Gegensatz zur Industrie sehr erheblich auf menschliche Arbeitskräfte angewiesen ist, hatte durch die Mobilmachung die größten Arbeitsschwierigkeiten in Kauf zu nehmen; um für die Zahl der Einberufenen einen Ausgleich zu schaffen, wurden besonders zur Bergung der Ernte neben den Frauen auch Schulen und jugendliche, freiwillige Hilfskräfte, schließlich auch Kriegsgefangene herangezogen. Gelegentlich wurden auch Arbeitskommandos von immobilen Formationen auf kurze Zeit zur Hilfeleistung gestellt.[372]) Ferner wurde von der allgemeinen Einziehung der Betriebsleiter zum Wehrdienst entsprechend Abstand genommen, teilweise wurden sogar Gutsbesitzer, Betriebsleiter und landwirtschaftliche Angestellte, die bereits eingezogen waren, wieder zurückgerufen, in der richtigen Erkenntnis, daß die landwirtschaftlichen Betriebe nicht unter unzureichender Leitung stehen dürfen.[373]) In den mittel- und kleinbäuerlichen Betrieben konnte naturgemäß eher als in den Großbetrieben eine

[371]) W. Wygodzinski: Produktionszwang und Produktionsförderung in der Landwirtschaft (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 5, Berlin 1917) S. 22.

[372]) E. Meier: Art. „Kriegswirtschaft" Handwörterbuch des Kaufmanns, Lexikon für Handel und Industrie, 3. Bd., Berlin), S. 523.

[373]) Aereboe: a. a. O., S. 32.

Stellvertretung durch Frauen und heranwachsende Kinder, die mit dem Betrieb vertraut waren, für die eingezogenen Arbeitskräfte Platz greifen.[374])

Durch die Remontierung von Militärpferden wurden besonders die landwirtschaftlichen Großbetriebe in Norddeutschland und Ostdeutschland schwer betroffen;[375]) dieser Ausfall wurde, ähnlich wie in den kleinbäuerlichen Betrieben, wo die Kuh als Arbeitstier die Hauptrolle spielte,[376]) durch Verwendung von Milchkühen als Zugtiere auszugleichen versucht.[377]) Als weiterhin die Fütterung[378]) der Gespanntiere eine gesetzliche Einschränkung erfuhr,[379]) wurden die umfangreichsten Fütterungsversuche erprobt, um die immer knapper werdenden Futtermittel irgendwie zu ersetzen. Ammoniak unter bestimmten Gesetzen in karges Futter eingemischt, sollte für Wiederkäuer den wichtigen Eiweißgehalt ersetzen können. Ferner wurde durch ein Verfahren mittels Einwirkung von Soda und gelöschtem Kalk das Stroh aufgeschlossen, wodurch der Gehalt an verdaulichen stickstoffhaltigen Nährstoffen gegenüber dem Naturstroh um ein Vielfaches gesteigert wurde.[380])

Die Wirkungen des Krieges auf die Anbauverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe äußerten sich in einem Rückgang der bestellten Ackerflächen, in der Ausdehnung des Brachlandes und in einer Umwandlung von Ackerland in Dauerweiden. Bei der Auswahl der anzubauenden Ackerfrüchte gab diejenige Kultur den Ausschlag, die die geringste Arbeit erforderte; die Wintersaaten wurden eingeschränkt, dafür die Sommerfrucht über das sonst übliche Maß hinaus angebaut, selbst in Gegenden, in denen die klimatischen Verhältnisse diese Getreideart nicht begünstigen konnten. Besonders machte sich allgemein die Einschränkung des Hackfruchtbaues zugunsten des Getreidebaues geltend, der für Zuckerrüben teilweise durch gesetzlichen Zwang geboten war.[381]) In der Folge wurde auch der Kartoffelbau und damit die Schweinefütterung eingedämmt, ein Umstand, der bald eine empfindliche Fettnot herbeiführte. Diese versuchte man durch Ausdehnung des Ölfruchtbaues zu lindern, da bekanntermaßen die bei dem Ölfruchtbau vom Hektar Landes erzielten Fettmengen jede andere Form der Fettgewinnung erheblich übertreffen.[382])

Bei dem ständig zunehmenden Mangel an Arbeitskräften erwies sich die Durchführung technischer Verbesserungen vielfach

---

[374]) Ebenda, S. 34.
[375]) Ebenda, S. 35.
[376]) Ebenda, S. 35.
[377]) P. Eltzbacher: Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan, Braunschweig 1914, S. 95.
[378]) Durch Bekanntmachung über das Verfütterungsverbot von Getreide und Mehl vom 28. 10. 14, RGBl. S. 461.
[379]) Skalweit: a. a. O., S. 89, 107.
[380]) Aereboe: a. a. O., S. 62 f.
[381]) Ebenda, S. 31.
[382]) Ebenda, S. 66 f.

als notwendig, wenn es dadurch im allgemeinen auch nicht gelang, einen Rückgang in den Anbauflächen, in der Güte der Bodenbearbeitung, der Düngung, der Pflege des Viehes und demgemäß auch in der Erzeugung zu verhindern. Zur Erzeugung möglichst vieler menschlicher Nahrung mußte der Boden voll ausgenützt werden, kein Feld durfte unbewirtschaftet bleiben. Der Vorschlag, Moorländereien zu kultivieren und für die Landwirtschaft nutzbar zu gestalten, mußte ohne Erfolg bleiben, weil man die letzte Ursache, den Mangel an Arbeitskraft, nicht abstellen konnte.[384]) Wenn vielleicht unter Anwendung von Zwangsmitteln die Anbaufläche vergrößert worden wäre, so hätte sich wohl ergeben müssen, daß diese neu angebaute Fläche in Ermanglung ausreichender Pflege einen kleineren Gesamtertrag abgeworfen hätte, als die sorgsam bebaute geringere Fläche. Wygodzinski drückt sich ähnlich aus:[385]) „Man ist sich in einsichtigen Kreisen klar darüber, daß durchaus nicht immer die Ausdehnung der Anbaufläche eine größtmögliche Erzeugung gewährleistet . . . Da es aber so liegt, daß wir mit karg bemessenen Mitteln unter Vermeidung jeglicher Wagnisse unbedingt das Höchstmaß der Erzeugnisse erreichen müssen, wird es der pflichtmäßigen Überlegung jedes einzelnen Produzenten zu überlassen sein, ob er dieses Höchstmaß durch intensivere Bearbeitung des alten Kulturbodens oder durch Ausdehnung der Anbaufläche erreichen zu können glaubt." Der Rückgang der Anbauflächen während der ersten Kriegsjahre bekräftigt diese Ansicht.

Die Anbaufläche betrug[386]) im Jahre 1913/14 592 843 ha
1914/15 546 736 „
1915/16 364 542 „

Außer der Anbaufläche wiesen auch die Hektarerträge einen Rückgang auf:[387])

	Roggen absolut	%	Weizen absolut	%	Gerste absolut	%	Hafer absolut	%
	in Doppelzentner pro Hektar							
1910/12	16	100	19,2	100	18,4	100	17,6	100
1913	17,2	108	21,2	110	20	109	19,7	112
1914	15	94	18	93	17,8	95	20,5	116
1915	14,3	89	19,2	100	15,3	83	13	74

Zu berücksichtigen ist hierbei allerdings, daß das Jahr 1913 eine Rekordernte brachte.

Ein weiteres Beispiel für das Sinken der landwirtschaftlichen Ergiebigkeit bieten die Ziffern der Milchzufuhr nach Berlin:[388])

[383]) Eltzbacher: a. a. O., S. 71.
[384]) Eltzbacher: a. a. O., S. 109
[385]) Wygodzinski: a. a. O., S. 7 ff.
[386]) Aereboe: a. a. O., S. 31.
[387]) Aereboe: a. a. O., S. 86.
[388]) Ebenda, S. 90.

im Frieden	ca.	900 000 l	täglich
1914		846 000 l	„
1915		619 000 l	„

Ein wichtiges Problem für die Landwirtschaft war die Bereitstellung der unbedingt notwendigen Düngemittel, die durch die einsetzende Blockade immer mehr erschwert wurde. Da hauptsächlich die Zufuhren von Rohphosphaten und Chilesalpeter vom Ausland aufhörten, war die deutsche landwirtschaftliche Produktion aufs äußerste gefährdet,[389]) denn während Deutschland in der Kaliversorgung unabhängig war, standen ihm nur beschränkte Mengen an schwefelsaurem Ammoniak und Thomasmehl zur Verfügung, die den Bedarf nicht annähernd decken konnten. Die im besetzten Gebiet von Belgien entdeckten Phosphatlager wiesen nur sehr wenig Gehalt auf und konnten nicht als vollwertiger Ersatz gelten. Der deutschen Landwirtschaft wurde an reiner Düngerphosphorsäure zugeführt:[390])

in den Jahren	in Tausend Tonnen
1913/14	630
1914/15	519
1915/16	425

Nach Stickstoff war die Nachfrage noch ungleich größer als nach Phosphaten, da er für die Herstellung der Sprengstoffe im Krieg verwendet wurde; wenn es auch durch den Bau neuer Fabriken gelang, durch Bindung des atmosphärischen Stickstoffes mittels Einwirkung von reinem Luftstickstoff auf Calciumkarbid Kalkstickstoff herzustellen, so mußte sich die Landwirtschaft in Rücksicht auf die Wehrmacht mit einem nur geringen Anteile bescheiden.[391]) Durch verstärkte Düngung mit den reichlich vorhandenen Kalisalzen war es möglich, im gewissen Sinne dem Stickstoffmangel zu begegnen. Die der Landwirtschaft zugewiesene Menge an Stickstoff und Kalisalzen betrug:[392])

Stickstoff		Kalisalze	
1913/14	210	1914	484
1914/15	98	1915	520
1915/16	73	1916	680

Um außerdem die mangelhafte Stickstoffdüngung einigermaßen ersetzen zu können, wurden, wo es die Bodenverhältnisse gestatteten, Klee, Lupine, Luzerne, Erbsen und Linsen als Leguminosen im Anbau gegenüber sämtlichen Getreidearten bevorzugt.[393])

[389]) Eltzbacher: a. a. O., S. 105 ff.
[390]) Aereboe: a. a. O., S. 41.
[391]) Frank: a. a. O., Nr. 148/49, vom 12. 12. 14 (Chem.-Zeitg.).
[392]) Aereboe: a. a. O., S. 43.
[393]) ebenda.

2. Anpassung der Industrie.

a) Umstellung der Betriebe auf den Kriegsbedarf.

Die Umstellung der Industrie auf die Kriegswirtschaft vollzog sich verhältnismäßig rasch und mit großer Anpassungsfähigkeit. Die Hauptprobleme waren die Einstellung auf die veränderte Bedarfsrichtung und die Beschaffung der nötigen Rohstoffe. Die Arbeits- und Kapitalbeschaffungsfrage trat zunächst in den Hintergrund, wenn sie naturgemäß auch mit der technischen Betriebsumstellung verbunden war. Der Kriegsbedarf zeigte gegenüber dem Friedensbedarf ein stark verändertes Gesicht. Der Luxuskonsum fiel zum großen Teil aus und der Heeresbedarf nahm so gewaltige Dimensionen an, daß die eigentliche Rüstungsindustrie, die vor dem Kriege nur 1% bis höchstens 10% der gesamten industriellen Anlagen und Arbeitskräfte darstellte, dem gesteigerten Bedarf nicht nachkommen konnte;[394]) die Heranziehung heterogener Industriezweige und deren Umstellung auf die Rüstungsindustrie war daher das Gebot der Stunde.

Große Tatkraft verbunden mit technischem Können erleichterte die Anpassungsfähigkeit der einzelnen Betriebe; Geheimrat Dr. Richard Freund gibt ein anschauliches Bild dieser Einstellung der Industrie auf die Kriegslieferungen:[395]) „Großbetriebe und Kleinbetriebe, welche bisher mit der Herstellung von Munition nichts zu tun hatten, richteten mit erstaunlicher Schnelligkeit und Geschicklichkeit ihren Betrieb auf die Herstellung von Zündern und Granaten ein. Der ungeheure Bedarf an Stacheldraht konnte durch schnellste Aufstellung der erforderlichen Maschinen gedeckt werden und beschäftigte zahlreiche Arbeitskräfte bei gesteigertem Verdienst. Selbst ein Teil der deutschen Spielwarenindustrie, die durch die Unterbindung der Ausfuhr stark darniederlag, konnte sich auf die Herstellung von Zündern einrichten. Die Hut- und Filzindustrie schlug mit Erfolg bei Helmen und Käppis den Ersatz von Leder durch Filz vor und konnte auf diese Weise ihrer Arbeiterschaft Brot geben. Zahlreiche Konfektionsbetriebe und zwar nicht nur der Herren-, sondern auch der Damenkonfektion richteten sich auf die Herstellung von Uniformen ein.“

Schirmfabriken stellten aus wasserdichten Schirmbezügen Ärmelwesten her, für die bei den kämpfenden Truppen großer Bedarf war; auch warme Lederwesten wurden bald in den mannigfachsten Ausführungen angeboten. Damenwäschefabriken fertigten Leibbinden und Lungenschützer, Modenwarenfabriken Verbandzeuge an. Fabriken von Kinderstiefeln warfen sich auf die Anfertigung von Säbelgurten, Fabriken von Lederartikeln auf die Erzeugung von Patronentaschen. Töpfer und Drechsler gingen als Former und Dreher in die Metallindustrie über. Elektrizitätsbetriebe stellten sich auf Metallknöpfe, Nähmaschinenfabriken auf

[394]) Brandt: a. a. O., S. 67.
[395]) Brandt: a. a. O., S. 68 f.

Schrapnells, Pianofortefabriken auf Patronenhülsen und Fahrradfabriken auf eiserne Bettstellen für Lazarette um.[396])

Die ersten Kriegswochen haben der deutschen Industrie ungeheure Schwierigkeiten verursacht und große Opfer und Mühen hat es gekostet, bis die Anpassung glückte. Jedoch waren nicht alle Industrien in der Lage unter den veränderten Verhältnissen den gewohnten Betrieb aufrecht zu erhalten. In schlechten Verhältnissen waren besonders die Luxusindustrien, wie z. B. die Porzellan- und Steingutfabriken, denen der auswärtige Markt und die heimische Nachfrage fehlten; im Gegensatz dazu setzte für diejenigen Wirtschaftsgruppen, denen die Umstellung gelungen war, eine Hochkonjunktur ein.

Mit Ausbruch des Weltkrieges wurden von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern die sozialen Kämpfe völlig eingestellt. Zur Beseitigung der auf dem Arbeitsmarkt aufgetretenen Schäden hat die Industrie im eigenen Interesse tatkräftig mitgeholfen, besonders durch Gewährung von Unterstützungen an die Kriegerfamilien. Durch die schnelle Umstellung auf den Kriegsbetrieb, durch Aufrechterhaltung der Betriebe bis zur Grenze des Möglichen und durch die Vermeidung von Härten bei der Entlassung haben zahlreiche Unternehmungen in den kritischen August- und Septembertagen eine Entlastung des Arbeitsmarktes herbeigeführt. Man einigte sich in der Industrie auf gewisse Richtlinien, um eine gleichmäßige Verteilung der Unterstützungen an die Familien der Kriegsteilnehmer zu ermöglichen; zu erwähnen ist hier die Hilfeleistung der Düsseldorfer Industrie;[397]) sie gewährte den Familienangehörigen der zu den Fahnen einberufenen Arbeiter der Stadt Düsseldorf je nach Bedürfnis einen Zuschuß zur staatlichen Kriegsunterstützung bis zu 40 Pfennig täglich für die Familie, ferner Erleichterung der Mietzahlung durch Barzuschüsse und Stundung der Miete, ärztliche Hilfe, Unterstützung in besonderer Notlage, Stellung von Hilfskräften zur Aufrechterhaltung des Haushaltes der ausgezogenen Krieger bei Erkrankung der Frau, die Zuwendung besonderer Unterstützungsgelder (Ruhegeld, Witwen-, Waisenkassen) an die Familien der im Felde stehenden Arbeiter u. a. m.

Die Arbeitgeberverbände und schließlich viele einzelne Unternehmer haben bei Kriegsausbruch beträchtliche Mittel entweder für allgemeine Wohlfahrtspflege oder für die Linderung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung gestellt. So haben der Verband der Metallindustrieellen in Frankfurt a. M. 200 000 ℳ, der Arbeitgeberverband im Bayerischen Industriebezirk und der Bayerische Metallindustriellenverband, der Arbeitgeberverband deutscher Stahl- und Eisenindustrie, der Verband sächs. Textilindustrieller 100 000 ℳ, sowie der Arbeitgeberverband der Edelmetallindustrie in Pforzheim, der Verband Münsterländischer Textilindustrieller je 50 000 ℳ,

[396]) W. Stieda: Krieg und Industrie (Kriegsschriften des Kaiser Wilhelm Dank, Heft 51, 1914, 1915, 1916), S. 13.

[397]) Brandt: a. a. O., S. 14 ff.

der Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer 60 000 ℳ zur Unterstützung der Arbeiterfamilien bereitgestellt.[398])

In vielen Fällen haben Arbeitgeber beschlossen, Lohn und Gehalt den einberufenen Arbeitern und Angestellten weiter zu zahlen; so die der Stempelvereinigung angeschlossenen Berliner Banken und Bankiers, ferner die Frankfurter Bankenversicherung.[399]) Bei Krupp A.-G. wurde den Beamten weitestgehende Unterstützung wie Gehaltfortzahlung, zunächst für die ersten drei Kriegsmonate, Stundung, Zuschüsse usw. zuteil.[400]) Ähnlich die Hamburg-Amerika-Linie, die den einberufenen ledigen Angestellten bis zum Oktober 1914 und für die ledigen nicht Einberufenen bis zum 31. August 1914 das volle Gehalt unverkürzt auszahlte. Die Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung der Kriegsteilnehmer und der durch den Krieg arbeitslos gewordenen Arbeiter bot eine bemerkenswerte Unterstützung, wodurch die Kassen leistungsfähiger erhalten wurden.[401])

Mit zunehmender Kriegsdauer erweiterte und vertiefte sich die Tätigkeit der Arbeitgeberverbände; zahlreiche Verbände des Bau- und Malergewerbes, der Steindruckereibesitzer und keramischer Gewerbe, des Papierfaches, der bayerischen und sächsischen Industriellen, bildeten Ausschüsse und Kriegszentralen zur Schaffung und Begünstigung von Arbeitsgelegenheit und Arbeitsbedingungen.[402])

b) Gründung von Kriegsgesellschaften.

Bereits am 2. August 1914 schlossen sich der Zentralverband Deutscher Industrieller und der Bund der Industriellen, die beiden unversöhnlichen Zentraloragnisationen der deutschen Industrie, zusammen und gründeten den „Kriegsausschuß der deutschen Industrie" (KA).[403]) Seine wichtigste Aufgabe war zuerst auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung zu leisten. Gleich in den ersten Tagen der Gründung galt es die Arbeitsgelegenheit zu regeln, da die Gesuche um Anstellung oder um Nachweis von Arbeitsplätzen überaus zahlreich waren. In der Frage der Arbeitsvermittlung war der KA darauf angewiesen, sich mit den zuständigen Organisationen in Verbindung zu setzen. Auch an den deutschen Landwirtschaftsrat ist der KA mit der Bitte herangetreten, dahin zu wirken, daß der Industrie durch die Landwirtschaft Unterstützung zuteil werde.[404]) Ferner übernahm der Ausschuß die Bearbeitung der

[398]) E. Lederer: Die Lage des Arbeitsmarktes und die Aktionen der Interessenverbände zu Beginn des Krieges (Krieg und Wirtschaft, 1. Heft, Tübingen 1914) S. 186.

[399]) Reichsarbeitsblatt, 12. Jahrg., Nr. 9, v. 23. 9. 14, S. 718.

[400]) Krupp'sche Mitteilungen, Nr. 30 vom 1. 8. 14.

[401]) Reichsarbeitsblatt, 12. Jahrg., Nr. 9, vom 23. 9. 14, S. 718.

[402]) Ebenda, Nr. 10, vom 28. 10. 14, S. 794 ff.

[403]) Der Kriegsausschuß der deutschen Industrie (Bericht der Geschäftsführung), S. 5 ff.

[404]) Reichsarbeitsblatt, 12. Jahrg., Nr. 9, 23. 11. 1914.

Gesuche um Befreiung vom Waffendienst; in der Mehrzahl der Fälle, in denen ein ausreichender Grund für die Befreiung vorlag, ist dem Antrag wenn möglich entsprochen worden, wodurch manchem Betriebe die für seine Fortführung notwendigen Kräfte erhalten blieben. Da der Hauptbedarf für Kriegszwecke durch das Kriegsministerium und das Reichsmarineamt angefordert wurde, setzte sich demgemäß der KA im Interesse der liefernden Industrie damit in Verbindung, um eine planmäßige Arbeitsteilung und Verwendung der gegebenen nationalen Wirtschaftskräfte im Interesse der Landesverteidigung und der Versorgung des privaten Bedarfs zu ermöglichen.[405]) Außerdem stellte vor allem das starke Kreditbedürfnis an die Tätigkeit des KA von Anbeginn an außerordentliche Anforderungen. Bereits am 21. 8. 1914 wandte sich der KA in einer öffentlichen Kundgebung wie gegen jede unbillige Forderung von „Kriegspreisen", so besonders auch gegen die rigorose Kreditentziehung;[406]) hiermit erfüllte der KA Wünsche, die immer dringender aus dem Geschäftsleben laut wurden.

Als Vermittler und Ratgeber in der Regelung des Personen- und Güterverkehrs hatte der KA ebenfalls einzugreifen. Auf Grund zahlreicher Anträge aus der Industrie auf Beförderung von Stückgütern in den Tagen der Mobilmachung konnte der KA bei den zuständigen Behörden Genehmigung zur Zulassung erwirken. Der KA, der sich aus den Industriellenspitzenvereinigungen zusammensetzte, war ein wesentlicher Bestandteil der industriellen Kriegsorganisation.

Im Verlauf des Krieges wurde eine große Anzahl von Einrichtungen getroffen, hauptsächlich zu dem Zwecke, um eine geregelte Produktion für die Heeresverwaltung durchführen zu können; eine der ersten dieser Art war die „Kriegsmetall-A. G.", die mit 6 Millionen ℳ Aktienkapital am 14. 8. 14 mit Hilfe von 25 Metallfirmen gegründet wurde; dieser folgten am 24. 9. 14 die „Kriegsleder-A. G." mit 2 Millionen ℳ Aktienkapital und die „Deutsche Rohhäute-A. G." im November 1914. Weiterhin wurden mit zunehmender Kriegsdauer immer mehr Kriegsgesellschaften ins Leben gerufen, die schließlich die Aufgabe hatten, die immer knapper werdenden Rohstoffe zu beschaffen und verteilen.[407])

c) Organisierung der Rohstoffversorgung und Bereitstellung von Ersatzstoffen.

Da bei dem außergewöhnlichen Heeresbedarf an einzelnen Rohstoffen anzunehmen war, daß die Deckung durch das Inland nur beschränkte Zeit gesichert sei, bestand die Notwendigkeit,

[405]) A. Dix: Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft, Berlin 1920, S. 314 ff.

[406]) Kriegsausschuß der deutschen Industrie, a. a. O., S. 12 f.

[407]) Brandt: a. a. O., S. 69 ff.
E. Lederer: Die Organisation der Wirtschaft durch den Staat im Kriege (Krieg und Wirtschaft, 1. Heft, Tübingen 1914), S. 142.

in die Gesamtwirtschaft der Rohstoffe regelnd einzugreifen. In den Kreisen der Großindustrie wurde der Frage der Rohstoffbeschaffung vom ersten Augenblick an besondere Bedeutung beigemessen, so war es dem Zusammenarbeiten der beiden Hauptinteressenten, des Kriegsministeriums und der Industrie zu verdanken, daß schon zwei Wochen nach Kriegsbeginn die Organisierung der Rohstoffversorgung aufs energischste in Angriff genommen wurde. Am 13. August 1914 trat die Kriegsrohstoffabteilung auf unmittelbare Anregung von Walther Rathenau ins Leben. Welche Erwägungen zu ihrer Gründung geführt haben, geht aus dem Bericht des Kriegsministeriums hervor:[408]) „Wenn mit einer längeren Dauer des Krieges gerechnet wird, gewinnt die Wirtschaft der Rohstoffe, die zur Verteidigung des Landes dienen, eine Bedeutung, die für den Feldzug entscheidend sein kann. Eine Reihe von Rohstoffen wird nicht oder nur unzureichend im Lande gewonnen; Abhilfe oder zum mindesten Ausdehnung der Versorgungszeit kann geschaffen werden durch Regelung der inländischen Wirtschaft, insbesondere des Privatindustriellenverbandes, durch Käufe im Ausland und durch Requisition in okkupierten Gebieten."

Um eine ausreichende Versorgung der Wehrmacht und des Wirtschaftslebens mit industriellen Rohstoffen herbeizuführen, sah die Kriegsrohstoffabteilung ihre wichtigste Aufgabe darin, auch die aus den besetzten feindlichen Gebieten zu erwartenden Rohstoffe im Interesse der Landesverteidigung zweckmäßig zu verteilen und das Verhältnis des Privatverbrauches zum Heeresbedarf festzustellen;[409]) ausgenommen waren Heiz-, Trieb- und Schmieröle sowie Nahrungsmittel.[410]) Die Kriegsrohstoffabteilung, ausgestattet mit Beschlagnahmerecht und Verfügungsgewalt war gegründet als zentrale Stelle, die dem Kriegsminister unmittelbar unterstellt war; ihr waren ursprünglich noch als Selbstverwaltungskörper, unter Heranziehung der beteiligten Industrien für die verschiedenen Rohstoffe, Kriegsrohstoffgesellschaften für Metalle, Chemikalien, Baumwolle, Jute, Kautschuk, Leder, Häute, Hölzer und auch für organische Produkte angeschlossen.[411]) Diese Gesellschaften — meist in der Form von A.-G. — hatten die Aufgabe, die kriegswichtigen Rohstoffe zu erfassen und zu verteilen, auch ungerechtfertigte Preistreibereien zu bekämpfen. Die Verantwortung für die gesamte Organisation trug als oberste Zentralstelle die Kriegsrohstoffabteilung.[412])

---

[408]) A. Dix: Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft, Berlin 1920, S. 308 ff.

[409]) Dix: a. a. O., S. 309.

[410]) Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges Nr. 26, a. a. O., S. 82.

[411]) W. Rathenau: Die Organisation der Rohstoffversorgung, Berlin 1915, S. 38.

[412]) E. Meier: Art. „Kriegswirtschaft" (Handwörterbuch des Kaufmanns, a. a. O., 3. Bd.), S. 519 f.

Nur zu bald kam man zu der Einsicht, daß aus den nach Einsetzen der Blockade noch zur Verfügung stehenden Rohstoffvorräten und Rohstoffquellen die deutsche Kriegswirtschaft mit den erforderlichen Rohstoffen auch nur annähernd nicht versorgt werden konnte. Um den Ausfall zu decken, war es notwendig, neue geeignete Ersatzstoffe bereitzustellen. Vielfach gelang dies einfach durch Rückgewinnung von Altmaterialien und Wiederverarbeitung gebrauchter Stoffe. Auf zahlreichen Gebieten aber mußte unter Ausnützung der neuesten Erfindungen an die Schaffung neuer Stoffe gedacht werden.

Der ungeheure Bedarf des Heeres an Textilstoffen stellte die Frage des Ersatzes für Erzeugnisse der Textilindustrie sogleich nach Beginn der Mobilmachung in den Mittelpunkt. Wenngleich erhebliche Vorräte von Wolle und Baumwolle bei Kriegsausbruch, namentlich in Bremen, noch im Lande vorhanden waren,[413]) so mußte doch gleich mit Kriegsbeginn mit den Beständen möglichst sparsam umgegangen werden. Am 20. 10. 1914 fand bereits bei 86 deutschen Firmen eine Beschlagnahme von Rohwolle und Halbfabrikaten aus Wolle statt.[414]) Mit der Besetzung von Antwerpen und Lodz setzte dann im Oktober 1914 die planmäßige Bewirtschaftung der erbeuteten Textilrohstoffe durch die Besatzungsbehörde ein.[415]) Zur Streckung der Vorräte wurden die Gewebe mit Kammgarn und anderen Erzeugnissen verarbeitet; hierbei sind vielfach Ersatzstoffe zur Einführung gekommen. Die Kunstwoll- und Kunstbaumwollindustrie arbeitete darauf hin, gewirkte und gewebte Lumpen der Textilindustrie wieder zuzuführen. Die neugegründete Kriegswollgesellschaft[416]) hatte sich außer der Erzeugung von Surrogaten die Beschaffung, Verarbeitung und Verwertung von Stoffabfällen zur Aufgabe gemacht, um den Bedarf des Heeres und der Marine sicherzustellen.[417]) Durch Vervollkommnung der technischen Hilfsmittel sollte zur Förderung des Flachs- und Hanfbaues, der im August 1914 in größerem Maße als bisher für den Anbau empfohlen wurde,[418]) ein rasches Trocknen der gerösteten Pflanzenstengel erreicht werden. Da zu Kriegsbeginn nur Vorräte für 2—3 Monate für Jutespinnereien vorhanden waren,[419]) sah man sich bald gezwungen, zu Ersatzstoffen zu greifen, z. B. die Hanffaser für die Jutefaser zu verwenden. Auch andere Pflanzen wurden in den Dienst der Fasergewinnung ge-

[413]) E. Jaffé: Die „Militarisierung" des Wirtschaftslebens (Krieg und Wirtschaft, 3. Heft, Tübingen 1915) S. 517.

[414]) Bekanntmachung der Kriegsrohstoffabteilung am 20. 10. 14 Nr. 3563, Zusammenstellung von Gesetzen, herausgeg. vom Preuß. Kriegsministerium 1917, S. 7.

[415]) Wolf: a. a. O., S. 30.

[416]) E. Lederer: Die Organisation der Wirtschaft durch den Staat im Krieg (Krieg und Wirtschaft, 1. Heft, Tübingen 1914), S. 142.

[417]) Glafey: a. a. O., S. 18 ff.

[418]) Wolf: a. a. O., S. 30.

[419]) Ebenda, S. 53.

stellt; man ließ die Nesseln sammeln und befürwortete sogar deren Anbau, von denen man ein besonders geeignetes Material für die Herstellung hochwertiger Garne zu gewinnen glaubte. Als weiterer Ersatz für Jute wurden Zellstoff- oder Papiergarne hergestellt,[420]) die nach den Regeln der Papierfabrikation durch Drehen von Faserbändern gewonnen wurden. In erster Linie war die Erzeugung von Bindefäden, Pack- und Sackstoffen maßgebend, die eine große Festigkeit haben mußten.[421]) Besonders wichtig war die Feststellung, daß die kurze Faser des Holzes, die bisher schon in großen Mengen auf Zellstoff und Papier verarbeitet wurde, die Baumwolle bis zu einem entsprechenden Grad ersetzen könne. Man hat sich dabei von der Erfahrung leiten lassen, die die Japaner mit dem Papier als Kälteschutzmittel gemacht haben. Es wurden nicht nur papierene Fußlappen, Socken, Unterhosen zum Schutz gegen Kälte hergestellt, sondern auch Holzstoffwatte, die vielseitiger Verwendung diente. Außerdem wurde die nitrierte Holzzellulose an Stelle von Schießbaumwolle zu Sprengladungen benützt. Die Holzzellulose ließ sich auch verspinnen und lieferte die sogenannten Papiergarngewebe, die für Sandsackstoffe, Treibriemen und anderes mehr verwendet wurden.[422])

Die für die Stickstoffindustrie besonders wichtige Salpetersäure wurde bis zu Kriegsanfang durch die Behandlung von Chilesalpeter mit Schwefelsäure hergestellt. Schon vor dem Kriege hatten Versuche ergeben, daß die Herstellung von Salpetersäure im Großen ohne erheblich höhere Kosten möglich ist.[423]) Im Kalkstickstoffverfahren und in dem bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik bereits erprobten Verfahren von Haber und Bosch war das Problem, den Stickstoff der Luft nutzbar zu machen, bereits gelöst. Durch entsprechende Behandlung mit Salpetersäure wurde nach einem Vorschlag Ostwald's Nitroglyzerin hergestellt, das für Sprengzwecke von größter Bedeutung war. Zur Herstellung von Schießbaumwolle und Dynamit waren große Mengen von Salpeter, Schwarzpulver und Salpetersäure für die Nitrokörper notwendig.[424]) Der Teer liefert einen großen Teil der erforderlichen Rohstoffe, unterstützt durch die hochentwickelte deutsche Kokerei-Leuchtgasfabrikation und Teerdestillation, darunter auch Benzol, das gleich wie der Spiritus als Ersatz für das fehlende Benzin als Treibmittel für Motore diente.[425]) Der Hauptabnehmer für Schwefelsäure, die für eine Reihe von anderen chemischen Produkten einen unumgänglich notwendigen Hilfsstoff darstellte, war in Friedenszeiten die Superphosphatfabrikation, die zu Kriegsbeginn durch

[420]) Aereboe: a. a. O., S. 74 f.
[421]) Glafey: a. a. O., S. 21.
[422]) Brandt: a. a. O., S. 81.
[423]) Frank: a. a. O. Nr. 148/49 vom 12. 12. 1914.
[424]) Bueb: Stickstoffwirtschaft und Volkswirtschaft (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 15, Berlin 1917), S. 35.
[425]) Aereboe: a. a. O., S. 37.

die fehlende Zufuhr von Rohphosphaten sehr eingeschränkt werden mußte; auch die Gewinnung von Thomasschlacke ging stark zurück, als nach dem ersten Kriegsmonat das Becken von Briè mit seinen Erzlagern in die Kampfzone hineinfiel.[426]) Erhebliche Schwierigkeiten brachten die Abschneidung der Zufuhr der Fette und Öle, auf die die chemische Industrie vor dem Krieg angewiesen war, doch konnte auch hier eine andere chemische Zubereitung gefunden werden. Bei der Fabrikation der Fette, Öle, Seifen und Kerzen wurde an Stelle des Glyzerins Tran benützt, das sich infolge des Fetthärtungsverfahrens vielseitig verwenden ließ.[427]) Die Notwendigkeit, mit den Mineralölen sparsam umzugehen, zwang zur Wiedergewinnung der verwendeten Schmieröle und zu deren Ersatz durch die sogenannten trockenen Öle aus verschiedenen Harzen, weiter zum Ersatz der Leuchtöle durch elektrische Beleuchtung, Steinkohlengas, Spiritus- und Acetylen-Beleuchtung.[428]) Da ein großer Mangel an Kupfer mit Kriegsausbruch entstanden war, konnten, bis schließlich in Belgien, Nordfrankreich und Polen größere Vorräte davon erbeutet wurden, zur Gewinnung von Rohmaterial bei den festgelegten elektrischen Leitungen die Kupferleitungen durch Verwendung von Eisendrähten mit Papierhüllen und wasserdichter Metallumhüllung ersetzt werden. Für Gummi wurden Ersatzerzeugnisse verwendet in Gestalt von Metallschläuchen aus Stahl, Kupfer, Messing und Aluminium.[429]) Besonders nachteilig war der Mangel an Mangan- und Wolframerzen; es gelang aber auch hier in der Kriegsnot das für die Stahlerzeugung unentbehrliche Ferromangan, soweit es als Desoxidationsmittel für Flußeisen- und Stahlbäder in Betracht kam, zu ersetzen.[430])

Mit der Schilderung der Anpassungsversuche der Privatwirtschaft an die Kriegsverhältnisse dürften die Ausführungen beendet sein. Aus der Gesamtdarstellung, die aus der Unmenge der mit dem Ausbruch des Weltkrieges aufgetretenen Erscheinungen nur die Hauptwirkungen herausschälen konnte, dürfte ersichtlich geworden sein, daß die deutsche Volkswirtschaft durch die Kriegsgefahr bis auf ihre Grundfeste erschüttert wurde, daß aber durch das Zusammenwirken aller Wirtschaftsgruppen, unterstützt durch die Staatsgewalt, die Krisensymptome auf die kürzeste Zeitspanne beschränkt werden konnten. Es hat sich aber auch gezeigt, daß die Institutionen des Wirtschaftslebens für deren Mobilmachung schon in Friedenszeiten Vorarbeit geleistet worden war — Reichsbank, Geld- und Währungswesen — dem Kriegssturm am besten standgehalten und den Übergang zur Kriegswirtschaft am schnellsten gefunden haben.

---

[426]) Ebenda S. 41.

[427]) O. Witt: Die deutsche chemische Industrie und der Krieg (Chemikerzeitung, 38. Jhg., Nr. 122/23, vom 13. Oktober 1914).

[428]) Aereboe: a. a. O., S. 69.

[429]) Brandt: a. a. O., S. 82 f.

[430]) Dix: a. a. O., S. 328.

Deutschlands Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt im Jahre 1913 (in Mill. Mark):[431])

	Ausfuhr	Einfuhr	Mehrausfuhr (+ A) Mehreinfuhr (+ E)
Roggen	132,9	42,2	+ A 90,7
Weizen	87,6	417,3	+ E 329,7
Gerste	1,0	365,7	+ E 364,7
Hafer	93,1	60,4	+ A 32,7
Dari, Mais	—	101,9	+ E 101,9
Eier	0,6	188,2	+ E 187,6
Mehl	83,5	4,8	+ A 78,7
Zucker	216,6	—	+ A 216,6
Baumwolle	56,0	607,1	+ E 551,1
Wolle (roh u. bearbeitet)	479,6	640,1	+ E 160,5
Baumwollgarn	31,3	114,8	+ E 83,5
Eisenerz	7,6	227,0	+ E 219,4
Roheisen	51,8	10,6	+ A 41,2
Zinn	23,3	58,1	+ E 34,8
Kupfer	10,4	335,2	+ E 324,8
Kautschuk	23,1	137,1	+ E 114,0
Steinkohlen	516,4	204,6	+ A 311,8
Mineralöle	9,1	174,7	+ E 165,6
Maschinen	643,5	74,1	+ A 569,4

Einnahmen der Eisenbahnen.

Die Ziffern für die Einnahmen stellen sich im einzelnen wie folgt:

	in Millionen Mark Einnahmen 1913	1914	Zu- bezw. Abnahmen	Prozentuale Zu- bezw. Abnahme
	aus dem Güterverkehr[432])			
Januar	178,69	174,81	— 3,88	— 2,2
Februar	178,85	179,55	+ 0,70	+ 0,3
März	187,35	190,09	+ 2,74	+ 1,4
April	189,28	184,69	— 4,59	— 2,5
Mai	181,01	188,38	+ 7,37	+ 4,1
Juni	176,28	177,4	+ 1,12	+ 0,6
Juli	188,9	—	—	—
August	191,48	78,98	— 112,40	— 58,8
September	197,06	135,44	— 61,62	— 31,3
Oktober	214,43	170,90	— 43,53	— 20,2
November	193,3	157,35	— 35,95	— 18,6
Dezember	177,70	169,53	— 8,17	— 4,6

[431]) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1914, S. 182 ff.
[432]) Volkswirtschaftliche Chronik für das Jahr 1914, S. 936.

Einnahmen aus dem Personenverkehr

	in Millionen Mark Einnahmen 1913	1914	Zu- bezw. Abnahmen	Prozentuale Zu- bezw. Abnahme
Januar	63,36	64,81	+ 1,45	+ 2,3
Februar	57,53	61,17	+ 3,44	+ 5,7
März	83,32	75,62	— 7,70	— 10,4
April	72,89	89,81	+ 16,92	+ 23
Mai	99,19	89,96	— 9,23	+ 9,8
Juni	91,01	103,39	+ 12,38	+ 13,6
Juli	110,59	—	—	—
August	109,87	62,07	— 47,80	— 43,5
September	95,80	47,52	— 47,28	— 50,4
Oktober	83,94	51,87	— 32,07	— 38,2
November	68,56	51,69	— 6,87	— 24,6
Dezember	74,63	58,30	— 16,33	— 31,9

Kleinhandelspreise in den städtischen Markthallen zu Berlin.[433])

Für 1 Pfund in Pfg. (mittl. Preise)

	Rindfleisch			Kalbfleisch		
1914	Keule Schulter Schwanzstück	Brust	Bauchfleisch	Keule Rücken	Brust	Schulter Bauchfleisch
April	101	86	77	103	92	85
Mai	101	84	73	103	92	86
Juni	102	83	73	102	92	85
Juli	101	85	74	102	95	87
Aug.	106	86	78	109	100	92
Sept.	104	85	77	100	94	88
Okt.	103	87	77	99	92	87
Nov.	103	87	79	99	93	88
1913 Nov.	103	89	80	105	93	86

	Hammelfleisch		Schweinefleisch		
	Keule Rücken	Brust Bauch	Schulterblatt Bauch	Rücken Rippenspeck	Schinken
April	101	86	73	94	80
Mai	100	87	71	97	79
Juni	104	88	68	100	78
Juli	102	90	69	100	78
Aug.	111	101	76	104	81
Sept.	105	95	76	99	80
Okt.	99	90	79	94	82
Nov.	98	88	81	93	83
1913 Nov.	99	88	82	102	89

[433]) Preiszusammenstellung des Statist. Amtes d. Stadt Berlin.

Monatspreise im Durchschnitt.[434])

1914	Weizen 1000 kg Mk.	Roggen 1000 kg Mk.	Gerste Inländische mittel und gering 1000 kg Mk.	Futter gute 1000 kg Mk.	Inländischer Durchschnitt Mk.
Jan.	187,06	155,47	142,37	151,10	146,74
Feb.	188,56	152,92	144,06	151,50	147,78
März	190,46	154,15	144,94	152,56	148,75
April	189,76	157,93	146,32	155,67	151
Mai	203,59	171,12	151,40	163,02	157,21
Juni	209	175,78	158,40	167,9	163,15
Juli	204,09	173,91	159,74	168,59	164,17
Aug.	223,71	193,56	—	—	199,68
Sept.	238,15	211,53	—	—	224,02
Okt.	257,33	227,27	—	—	246,24
Nov.	+ 260	+ 220	+ 205	+ 205	+ 212
Dez.	× 260	× 220	× 205	× 220	212

Monatspreise im Durchschnitt.[435])

1914	Hafer fein 1000 kg Mk.	Hafer mittel 1000 kg Mk.	Mais Mk.	Weizenmehl No. 00 brutto einschl. Sack 100 kg Mk.	Roggenmehl No. 0/1 gemischt 100 kg Mk.
Jan.	172,42	158,5	147,11	24,49	20,24
Febr.	170,45	156,79	146,35	24,42	20,01
März	171,40	155,96	148,11	24,65	20,01
April	169,98	155,93	149,27	24,73	20,31
Mai	175,64	164,76	152,64	25,71	22,09
Juni	181,92	173,28	152,26	26,34	22,84
Juli	184,44	176,48	150,41	26,39	22,90
Aug.	215,25	216,84	187,70	35,91	29,40
Sept.	220,63	213,61	214,42	35,05	29,37
Okt.	224,32	218,86	239,12	35,97	30,77
Nov.	+ 212	—	—	36,63	30,13
Dez.	214	—	—	—	—

---

[434]) Volkswirtschaftl. Chronik f. d. Jahr 1914 S. 893.

+ = Höchstpreis lt. Bekanntmachung v. 28. Okt. 14.

× = Lt. Bekanntmachung v. 19. Dez. kommt Qualitätsgew. f. Weizen u. Roggen v. 24. Dez. in Wegfall.

[435]) Volkswirtschaftliche Chronik für das Jahr 1914, S. 893 f.

Monatspreise für Metalle.[436])

1914 Tonnen in Mark	Juli	August	September	
Eisen. Bessemer Roheisen				
Dortmund b. Oberhausen	78	78	83	
Breslau ab Werk, Gießerei	66,5	73	73	
Blei. Berlin-Tarnowitz	39,3	46,25	46	f. dz in Mk.
Kupfer. Berlin-Mansfelder	134	174	185	„ „ „ „
Zink. Köln, rhein. roh. WH und SS	46	48	49	„ „ „ „
Zinn. Köln Banka	301	336	338	

[436]) Ebenda, S. 825 f.

Lebenslauf.

Guido von Maffei, Sohn des Fabrik- und Gutsbesitzers Rudolf von Maffei und dessen Ehefrau Ida von Maffei, geb. von Gietl, katholischer Konfession, bayerischer Staatsangehörigkeit, am 15. Mai 1905 in Freiham bei München geboren, besuchte ab 1. 9. 1915 das Wilhelmsgymnasium zu München, das er am 9. 4. 1924 mit dem Reifezeugnis verließ, nachdem er inzwischen von der 2ten bis zur 7ten Klasse das Gymnasium des Klosters Ettal bei Oberammergau besucht hatte. Hierauf trat er am 1. 11. 24 bis 31. 7. 25 zur Erlernung der kaufmännischen Praxis in die Firma J. A. Maffei, München ein, studierte an der Universität München Volkswirtschaft und legte im Juli bezw. Oktober 1927 die Diplomprüfung für Volkswirtschaft ab, um mit vorliegender Dissertation zum Dr. rer. pol. zu promovieren.

Literaturverzeichnis.

Aereboe, Fr.: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland. Stuttgart 1927.

Alexander, E.: Kriegskreditbanken (Recht und Wirtschaft, 3. Jahrg. Dezember 1914).

Arndt, P.: Neue Beiträge in der Frage der Kapitalanlage im Ausland (Zeitschrift für Sozialwissenschaft, VI. Jahrg., Heft 5), 1915.

Baecker, W.: Die deutschen Banken im Jahre 1914. (Der deutsche Ökonomist, 33. Jahrg., 1915, Nr. 1715 vom 3. 11. 15.)

v. Below, G.: Mittelalterliche Stadtwirtschaft und gegenwärtige Kriegswirtschaft, Tübingen 1917.

Bendix, L.: Krieg und Geldmarkt (volkswirtschaftliche Zeitfragen) Berlin 1915.

Bernhard, G.: Die Politik der Reichsbank im Kriege (Krieg und Wirtschaft) Tübingen 1914.

Bericht der Notenbank in München 1914.

Biermann, W. E.: Volkswirtschaftliche Lehren des Weltkrieges. Berlin 1915.

Borght, R. v. d.: Mietämter (Recht und Wirtschaft, 3. Jahrg. Nr. 12), 1914.

Brandt, O.: Die deutsche Industrie im Kriege, Berlin 1915.

Bueb: Stickstoffwirtschaft und Volkswirtschaft (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 15), Berlin 1917.

Calwer, R.: Das Wirtschaftsleben und der Krieg (Monatsbericht des wirtschaftsstatistischen Büros, Heft 18), Berlin 1914.

Cassel, G.: Deutschlands wirtschaftliche Widerstandskraft, Berlin 1916.

Coutre, W. le: Die Grundlagen der deutschen Preispolitik im Weltkrieg 1914—1918, Berlin 1920.

Crüger, C.: Kriegskreditkasse für den Mittelstand e. G. m. b. H. (Blätter für Genossenschaftswesen, 61. Jahrg., Nr. 44, 31. 10. 14).

v. Delbrück, Cl.: Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland, München 1924.

Denkschrift des Reichstages über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges (Druckschriften des Reichstages, Bd. 315, 1914—1918).

Denkschrift über die Tätigkeit des Bundes der Landwirte während der Kriegszeit, Berlin 1915.

Direktion der Diskontogesellschaft: Die deutsche Volkswirtschaft im Kriege, Berlin 1915.

Dix, A.: Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft, Berlin 1920.

—, —: Deutschlands wirtschaftliche Zukunft in Krieg und Frieden (Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik. Bd. 40), Jena 1910.

—, —: Deutschland im Wirtschaftsleben seiner Gegner. Berlin 1915.

Eltzbacher, P.: Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan, Braunschweig 1914.

Fischer, P.: Die öffentlichrechtlichen und privaten Kriegskreditbanken in Deutschland und den okkoupierten Gebieten Belgiens. Dissertation Jena 1916.

Föllmer, W.: Landwirtschaft und Industrie. Berlin 1920.

Frank, A.: Volksernährung und Landwirtschaft in der Kriegszeit (Chemiker-Zeitung, 38. Jahrg., Nr. 148/49 vom 12. 12. 1914).

Fuchs, C. J.: Die deutsche Volkswirtschaft im Kriege. Tübingen 1915.

Glafey, H.: Krieg und Textilindustrie (Volkswirtschaftliche Zeitfragen, Heft 8), Berlin 1915.
Gothein, E.: Krieg und Wirtschaft, Festrede an der Universität Heidelberg am 21. 11. 1914, Heidelberg 1914.
Großmann, H.: Der deutsche Außenhandel mit Chemikalien und der Weltkrieg (Chemiker-Zeitung, 38. Jahrg., Nr. 132/33, vom 5. 11. 1914).
–, —: Krieg und chemische Industrie (Krieg und Volkswirtschaft, Nr. 285, Heft 2), Berlin 1915.
–, —: Die Versorgung Deutschlands mit Düngemittel vor und in dem Kriege. Berlin 1917.
Gruber, K.: Die Lage des Baumarktes in Deutschland während des Krieges. Dissertation Erlangen 1928.
Günther, E.: Die wirtschaftlichen Hilfskräfte Deutschlands und seiner Hauptgegner. Essen 1915.
Harms, B.: Deutschland am Welthandel und Weltschiffahrt. Stuttgart 1916.
Hirsch, J.: Der Kettenhandel in wirtschaftlicher Darstellung. (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 3), Berlin 1916.
Hoff, F.: Am Abgrund vorüber. Berlin 1919.
Jaffé, E.: Die „Militarisierung" unseres Wirtschaftslebens. (Krieg und Wirtschaft, 3. Heft), Tübingen 1915.
Kähler, J.: Betrachtungen über den deutschen Außenhandel, München 1913.
Knauß, R.: Die deutsche, englische und französische Kriegsfinanzierung. Berlin 1923.
Kriegsausschuß der deutschen Industrie. Bericht über die gemeinschaftliche Sitzung der Ausschüsse des Bundes der Industriellen und des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Berlin 1915.
Kuntzemüller, A.: Krieg und Verkehr. (Krieg und Wirtschaft, Heft 10), Berlin 1916.
Lang, Fr.: Die deutschen Kriegskreditbanken. Dissertation, Fürth 1927.
Lansburgh, A.: Der internationale Kapitalmarkt im Krieg und nach dem Kriege, Berlin 1916.
Lederer, E.: Die Regelung der Lebensmittelversorgung während des Krieges in Deutschland. (Krieg und Wirtschaft, 3. Heft) Tübingen 1915.
–, —: Die Lage des Arbeitsmarktes und die Aktionen der Interessenverbände zu Beginn des Krieges. (Krieg und Wirtschaft, Heft 1) Tübingen 1914.
Lindemann, H.: Die deutsche Stadtgemeinde im Kriege. (Kriegswirtschaftliche Zeitfragen, Heft 6, 7), Tübingen 1917.
Loeb, E.: Wirtschaftliche Vorgänge, Erfahrungen und Lehren im europäischen Krieg. Jena 1918.
Lotz, W.: Die deutsche Staatsfinanzwirtschaft im Kriege. Berlin 1927.
Mathesius, W.: Die deutsche Eisenindustrie und der Krieg. (Chemiker-Zeitung, 38. Jahrg., Nr. 136/37 vom 14. 11. 14).
Palmen, J.: Wie haben sich die Kriegskreditbanken bewährt? Dissertation, Heidelberg 1916.
Pesch, H.: Krieg und Wirtschaftsleben. Deutschlands finanzielle Leistungsfähigkeit . . .
Pfülf, E.: Die Panik im Kriege. München 1918.
Plenge, J.: Der Krieg und die Volkswirtschaft. Berlin 1916.
Prenzlow, A. G. M.: Beiträge zu einer volkswirtschaftlichen Wehrpolitik. Berlin 1913.
Rathenau, W.: Die Organisation der Rohstoffversorgung. Berlin 1915.
Reemtsen, L.: Die Organisation der Lebensmittelversorgung im Kriege. (Volkswirtschaftliche Zeitfragen, Heft 298.)
Reichsarchiv: Der Weltkrieg 1914/18. Das deutsche Feldeisenbahnwesen. Berlin 1928.
Reichsverkehrsministerium: Die deutschen Eisenbahnen 1910 bis 1920. Berlin 1923. I. und II. Bd. Das deutsche Eisenbahnwesen der Gegenwart.

Riesser, J.: Finanzielle Kriegsbereitschaft und Kriegsführung. Jena 1913.
—, —: Die deutschen Großbanken. Jena 1912.
Rümker, K. v.: Kriegsmaßnahmen für Ackerbau und Viehzucht. Berlin 1915.
Schneider, A.: Das deutsche Feldeisenbahnwesen unter dem Einfluß des Weltkrieges. Dissertation, Erlangen 1928.
G. v. Schulze-Gaevernitz: Die deutsche Kreditbank. (Grundriß der Sozialökonomie, 5. Abt., II. Teil) Tübingen 1915.
Seidel, A.: Der Krieg und die Sparkasse. (Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 6. Jahrg., Heft 5), Berlin 1915.
Skalweit, A.: Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft, Berlin 1927.
—, —: Das Schwein in der Kriegsernährungspolitik. (Beiträge zur Kriegswirtschaft, 12.—25. Heft.)
Sokal, M.: Kriegskreditbanken. (Bankarchiv, 15. Jahrg. Nr. 11 vom 1. 3. 1916.)
Steinemann-Bucher, A.: 350 Milliarden deutsches Volksvermögen. Berlin 1909.
—, —: Deutschlands Volksvermögen im Krieg. Stuttgart 1916.
—, —: Wegweiser durch die deutsche Kriegswirtschaft, Berlin 1918.
Stieda, W.: Krieg und Industrie. Berlin 1916.
Stillich, O.: Darlehenskassen — Kriegskreditbanken. (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 104. Bd., Heft 2), Berlin 1915.
Stresemann, G.: Industrie und Krieg. (Veröffentlichungen des Bundes der Industriellen, Heft 9 a) Berlin 1916.
Thieß, K.: Höchstpreispolitik. (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 1) Berlin 1916.
Tyszka, C. v.: Der Konsument in der Kriegswirtschaft. (Kriegswirtschaftliche Zeitfragen, Heft 5) Tübingen 1916.
Verzeichnis der Kriegsorganisationen. Berlin 1916.
Völcker, C.: Der deutsche Eisenbahnverkehr und der Krieg. (Krieg und Wirtschaft, 3. Heft) Tübingen 1915.
Warmbold, H.: Futtergetreide im Kriege. (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 4.) Berlin 1917.
Weber, Ad.: Allgemeine Volkswirtschaftslehre. München 1929.
Winterthür, Th.: Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften für das Deutsche Reich. München 1914.
Witt, O.: Die deutsche chemische Industrie und der Krieg. (Chemiker-Zeitung Nr. 120—123 vom 8. u. 13. 10. 1914.)
Wygodzinski, W.: Produktionszwang und Produktionsförderung in der Landwirtschaft. (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 5) Berlin 1917.
Bankarchiv von 1911, 1912, 1913, 1914. (Zeitschrift.)
Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 1—25. 1914/17.
Chemiker-Zeitung 1914.
Conrads Jahrbücher.
Frankfurter Zeitung 1. 8. 1914, Nr. 211.
Grundriß der Sozialökonomie, V. Abt., II. Teil, Tübingen 1915.
Handel und Gewerbe. (Zeitschrift.) 22. Jahrg. 1914.
Handwörterbuch des Kaufmanns, Lexikon für Handel und Industrie.
Handwörterbuch der Staatswissenschaften.
Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, vom 26. 12. 1914.
Krieg und Wirtschaft (Zeitschrift), 1914/17.
Reichsarbeitsblatt, 12. Jahrg., Nr. 9, 10, 1914.
Vierteljahrhefte der Statistik, 1913/15.
Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1914/15, 1925/26.
Volkswirtschaftliche Chronik für das Jahr 1914/15.
Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 6. Jahrg., Heft 5, 1915.
Berliner Tageblatt, 29. 6. 1914, Nr. 380.

Graphische Kunstanstalt
Jos. C. Huber
Diessen vor München.